



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET
 EUROPAISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
 PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA ĦEORPA PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLaments
 EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT
 PARLAMENT EUROPEJSKI PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN
 EURÓPSKY PARLAMENT EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPARLAMENTET

Das Europäische Parlament VOR 50 JAHREN

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT VOR 50 JAHREN



ISBN 978-92-823-2403-5



9 789282 324035





REFERAT ARCHIV- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM (CARDOC)
GENERALDIREKTION PRÄSIDENTSCHAFT
EUROPÄISCHES PARLAMENT

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT VOR 50 JAHREN

STUDIE ÜBER DIE KONSTITUIERUNG UND DIE ERSTEN ARBEITEN
DER EUROPÄISCHEN PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG (MÄRZ-JUNI 1958)
MIT EINEM ANHANG VON ARCHIVDOKUMENTEN

Verfasser der Studie und verantwortlich für die Textdokumentation: Franco PIODI
Verantwortlich für die Bilddokumentation: Margret SCHELLING
Koordination der Studie: Donato ANTONA

Hinweis: Die in diesem Dokument vertretenen Ansichten sind die des Verfassers und geben in keiner Weise den Standpunkt des Europäischen Parlaments, eines seiner Organe bzw. einer seiner Dienststellen wieder.

© Titelseite: Europäisches Parlament

GENERALDIREKTION PRÄSIDENTSCHAFT
REFERAT „ARCHIV- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM“ (CARDOC)
arch-info@europarl.europa.eu

© Europäische Gemeinschaften 2008

Printed in Luxembourg

INHALT

VORWORT DES GENERALESEKRETÄRS	5
<hr/>	
ERSTES KAPITEL – DIE NEUE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG	7
<hr/>	
1. Grundmerkmale	7
2. Die Befugnisse	7
3. Die Beziehungen zwischen den Institutionen und zu den nationalen Parlamenten	8
a) Beziehungen zur Hohen Behörde und zur Kommission	8
b) Beziehungen zum Rat.....	9
c) Die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten.....	10
4. Der interne Haushaltsplan der Versammlung	10
<hr/>	
ZWEITES KAPITEL – INTERNE ORGANISATION	13
<hr/>	
1. Fraktionen und Ausschüsse	13
2. Die Geschäftsordnung: hauptsächliche Fragen, die behandelt wurden	13
a) Fraktionen.....	14
b) Stenographischer Sitzungsbericht: der so genannte „Regenbogen“.....	14
c) Ort der Sitzungen: das Problem der Sitzfrage zeichnet sich ab.....	15
d) Sitzungskalender.....	15
e) Missbilligung des Ministerrates: eine verworfene Hypothese	16
f) Sitzordnung der Abgeordneten im Plenarsaal nach Fraktionen.....	16
g) Einführung von stellvertretenden Mitgliedern der Versammlung: ein abgelehnter Entschließungsantrag	16
3. Stellenplan und Haushalt	16
<hr/>	
DRITTES KAPITEL – ERSTE POLITISCHE AUSSPRACHE	21
<hr/>	
1. Eröffnungssitzung	21
2. Europäische Integration	22
3. Die Beziehungen zwischen den Organen: die Kontrolle der Versammlung zur Förderung des Integrationsprozesses und zur Abwehr der Gefahr des Demokratiedefizits.....	23
4. Euratom: welche Ziele?	24

VIERTES KAPITEL – DIE KOORDINIERUNG DER GEMEINSCHAFTEN	27
1. Ein einheitliches dreigliedriges Europa: das Problem der Koordinierung.....	27
2. Die Koordinierungsinitiativen der Staaten und der Exekutivorgane	28
3. Die Initiativen der parlamentarischen Ausschüsse.....	29
4. Die Vorschläge der Versammlung	29
5. Die Hallstein-Erklärung: Koordinierungsfortschritte	30
6. Der Ausschuss der Vertreter: Gemeinschaftsorgan oder diplomatisches Corps?	31
FÜNFTES KAPITEL – DIE FRAGE DES SITZES DER ORGANE	33
1. Die Ursache des Problems	33
2. Die Entscheidung über das Verfahren in der Versammlung	35
3. Die Abstimmung über den Sitz.....	37
4. Nach der Abstimmung der Versammlung.....	37
SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	39
MITGLIEDER DES PRÄSIDENTIALAUSSCHUSSES	41
ANHANG	51

VORWORT DES GENERALSEKRETÄRS

Im Zuge der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der ersten Sitzung der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, aus der später das Europäische Parlament hervorgegangen ist, entstand diese Veröffentlichung, in der anhand von Archivdokumenten unserer Institution an die geschichtlich bedeutsamsten Debatten der ersten drei Monate der Tätigkeit der Europäischen Parlamentarischen Versammlung erinnert wird.

Die erste gemeinschaftliche Versammlung war bekanntlich die im EGKS-Vertrag vorgesehene und im Rahmen dieser Gemeinschaft von 1953 bis 1958 tätige „Gemeinsame“ Versammlung, deren historische und rechtliche Fortsetzung die Europäische Parlamentarische Versammlung ist, die aber mit den Römischen Verträgen sowie mit der Gründung von EWG und Euratom als einzige Versammlung für die drei Gemeinschaften nicht mehr die demokratische Vertretung einer sektoralen Organisation, d. h. des Kohle- und Stahlsektors, sondern eines Gemeinschaftssystems darstellt, das die gesamten Bereiche Produktion und Handel umfasst. Der damit vollzogene Wandel der Versammlung zu einem echten Parlament macht den 19. März 1958 zu einem Meilenstein, der es verdient, gefeiert zu werden.

Bemerkenswert am zweiten Quartal 1958 sind die euphorische Atmosphäre, die Begeisterung für Europa, aber ebenso die akribische Analyse der Problemstellungen. Das Gemeinschaftssystem erstreckte sich jetzt zwar auf alle Bereiche der europäischen Wirtschaft, jedoch blieb eine Gliederung in drei Gemeinschaften, für die es drei Verträge gab, von denen zwei ähnlich waren und der dritte – der EGKS-Vertrag – wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Verteilung der Befugnisse aufwies. Somit stellte sich das Problem der Koordinierung der drei Gemeinschaften, zu dessen Lösung die Zusammenlegung der Exekutiven neun Jahre später einen entscheidenden Beitrag leisten sollte.

Es ist ein Verdienst der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, dass sie dieses Problem sofort erfasst und sich in einem ihrer ersten Berichte damit beschäftigt hat, der in verhältnismäßig kurzer Zeit erstellt und behandelt wurde, denn das gesamte diesbezügliche parlamentarische Verfahren wurde binnen drei Monaten abgewickelt. Die vorliegende Publikation befasst sich mit diesem Bericht hauptsächlich im Zusammenhang mit der während der Sitzungen der Märztagung 1958 geführten sehr ausführlichen Debatte über die Art und die Zukunft der Integration. Im letzten Kapitel werden die Hintergründe des damit zusammenhängenden Problems des Sitzes der Gemeinschaftsorgane, behandelt und die weiter zurückliegenden Ursachen dieser schwierigen Frage aufgezeigt.

Dem Leser dieser Veröffentlichung, der mit den Gemeinschaften vertraut ist, wird sich darin der historische Ursprung noch immer aktueller, wenngleich anders gearteter Problem- und Fragestellungen erschließen, und er wird sich damit auseinandersetzen können. Der in die „Geheimnisse“ der Gemeinschaften weniger eingeweihte Leser wird, so hoffe ich, darin einen entscheidenden Moment einer Geschichte entdecken, die auch heute noch von unverminderter Bedeutung ist.



Harald RØMER

ERSTES KAPITEL

DIE NEUE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

1. GRUNDMERKMALE

Die Römischen Verträge, die am 25. März 1957 unterzeichnet wurden, treten am ersten Januar des folgenden Jahres in Kraft.

Die Europäische Parlamentarische Versammlung, die die Verträge als Volksvertretung der nunmehr bestehenden drei Gemeinschaften vorsehen, ist keine aus dem Nichts entstehende Institution: sie ist Nachfolgerin und Inkorporation der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, deren Charakteristika und Befugnisse von ihr beibehalten und erweitert werden, wenngleich mit einigen, mitunter nicht unwesentlichen Unterschieden.

Eines der von der neuen Versammlung beibehaltenen Grundmerkmale, das ihr die Entwicklungen der letzten 50 Jahre ermöglichen wird, ist die Unabhängigkeit sowohl gegenüber den übrigen Institutionen als auch gegenüber den Mitgliedstaaten. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang erscheint der Hinweis auf einen politisch-diplomatischen Vorgang, der sich zwischen Januar und Februar ereignete. Auf einer Tagung am 6. und 7. Januar verpflichteten sich die Minister der Sechs, den Mitgliedern der künftigen Versammlung aus den jeweiligen Ländern die Wahl eines Italieners zum Präsidenten der Versammlung zu empfehlen. Eine Woche später fordern das Präsidium der Gemeinsamen Versammlung und die Vorsitzenden ihrer Fraktionen mittels einer Erklärung das Recht der Versammlung, ihre internen Organe in voller Souveränität zu benennen¹. Wie wir noch sehen werden, wird der Franzose Robert Schuman der erste Präsident der Europäischen Parlamentarischen Versammlung sein.

Zusammen mit dem Gerichtshof ist die Europäische Parlamentarische Versammlung ein gemeinsames Organ der drei Gemeinschaften². Das gleichzeitig mit den Römischen Verträgen unterzeichnete Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften bestimmt, dass die Befugnisse und Zuständigkeiten, die jeder der Verträge der entsprechenden Versammlung überträgt, durch eine einzige Versammlung ausgeübt werden; der EGKS-Vertrag wird entsprechend geändert. Mithin handelt es sich um eine einzige Versammlung, die jedoch nach drei verschiedenen Rechtsvorschriften tätig ist und in jeder der drei Gemeinschaften demnach unterschiedliche Funktionen wahrnimmt. Gemäß den Bestimmungen der neuen Verträge unterscheiden sich die Befugnisse der Versammlung in einigen Aspekten von denen, die ihr im Rahmen der EGKS zugewiesen sind.

2. DIE BEFUGNISSE

Die neuen Verträge übernehmen im Bereich der Kontrolle den Besitzstand der Gemeinsamen Versammlung, die über den Buchstaben des Vertrags hinaus eine nach und nach rigorosere Kontrolle über die Hohe Behörde und insbesondere über die Ausgaben auszuüben vermochte³. Ebenso wird die parlamentarische Befugnis des Einbringens von Misstrauensanträgen gegen die Kommissionen auf jedes Thema ausgedehnt, während der Hohen Behörde der EGKS das Misstrauen nur in Bezug auf den Gesamtbericht ausgesprochen werden kann. Allerdings verlagern die neuen Verträge den Schwerpunkt der Exekutivbefugnis auf den Ministerrat, der damals

¹ P. WIGNY *Die parlamentarische Versammlung im Europa der Sechs*, 1958 (ohne Druckortangabe), S. 74-75. Das in den vier Amtssprachen der Gemeinsamen Versammlung veröffentlichte Werk ist ein Bericht des Autors über die Errungenschaft der Versammlung selbst und über Zukunftsaussichten ihrer Nachfolgerin. Im Februar 1958 billigt die Gemeinsame Versammlung den Bericht und beschließt, für dessen angemessene Verbreitung zu sorgen.

² Der Wirtschafts- und Sozialrat ist nur für die EWG und Euratom gemeinsam.

³ In diesem Sinne P. VISCHER *Die EGKS und die Mitgliedstaaten* in Amtliche Dokumente des Internationalen Studienkongresses über die EGKS, Mailand 1957, Band II, S. 29, zitiert in P. WIGNY, S. 13.

als Zweig dieser Befugnis galt, wobei der Rat keine so engen Verbindungen zur Europäischen Parlamentarischen Versammlung hat und nicht an ihr Vertrauen gebunden ist. Dadurch sind die Neuerungen auf dem Gebiet des Misstrauens von geringerer Tragweite und werden die Beziehungen zum Rat, der im Rahmen der EGKS eine weniger bedeutsame politische Rolle spielt, problematischer.

Im Haushaltsbereich markieren die Römischen Verträge einen Fortschritt gegenüber dem EGKS-Vertrag: während dieser der Versammlung lediglich die Befugnis übertrug, eine Aussprache über den Haushalt zu führen, ohne über ihn beschließen zu können, sehen sie die Möglichkeit der Beantragung von Änderungen des Haushaltsplans der neuen Gemeinschaften vor. In diesem Punkt übernehmen die Römischen Verträge den Standpunkt der Gemeinsamen Versammlung, in deren im Februar 1957 im Hinblick auf den Abschluss der Römischen Verträge verabschiedeten Memorandum über die Wiederbelebung des Europagedankens unter Verweis auf die Bedeutung der Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber der Versammlung an die erste Prärogative demokratischer Versammlungen erinnert wurde, nämlich den Haushalt zu verabschieden⁴.

Ein weiterer Qualitätssprung ist die neben der Kontrollbefugnis, durch die die Rolle der Versammlung im EGKS-System gekennzeichnet war, neu zuerkannte Beratungsbefugnis: eine Konsultation der Versammlung ist vom EWG-Vertrag in 18 Fällen und vom Euratom-Vertrag in 11 Fällen zwingend vorgeschrieben. Hierin liegt der Ansatzpunkt zu einer Gesetzgebungsbefugnis, da die Fälle der zwingend vorgeschriebenen Konsultation fast alle die Ausarbeitung der europäischen Gesetzgebung betreffen⁵.

3. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN INSTITUTIONEN UND ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

A) BEZIEHUNGEN ZUR HOHEN BEHÖRDE UND ZUR KOMMISSION

Im institutionellen Gefüge der EGKS, das sich mehr an das klassische Modell internationaler Organisationen anlehnt, als dies anschließend bei den institutionellen Systemen der beiden durch die Römischen Verträge gegründeten Gemeinschaften der Fall sein wird, genießt die Hohe Behörde weitgehende Autonomie und kann ihr das Misstrauen durch die Gemeinsame Versammlung nur im Rahmen der Beratung des Gesamtberichts ausgesprochen werden⁶. Zu diesem Dokument kann ein Misstrauensantrag eingebracht werden, über den die Versammlung nicht vor Ablauf von drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in offener Abstimmung entscheiden darf und der, wenn er mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen wird, bedeutet, dass die Mitglieder der Hohen Behörde geschlossen zurücktreten müssen⁷.

Mit anderen Worten, die Gemeinsame Versammlung – und später die Parlamentarische Versammlung – kann im Rahmen ihrer Befugnisse in Bezug auf die EGKS ihre politische Missbilligung nur einmal jährlich, nur zu einem Dokument und nur dann geltend machen, wenn es sich um eine solch umfassende Missbilligung handelt, dass ein wesentlicher Teil ihrer Mitglieder beteiligt ist.

Die entsprechende Bestimmung der Römischen Verträge⁸ ist identisch, mit Ausnahme eines Elements, durch das die Befugnisse der Versammlung wesentlich geändert werden: der Misstrauensantrag kann nicht nur zu dem Bericht der Kommission eingebracht werden, sondern jederzeit und zu jedwedem Rechtsakt. Auf diese Weise erlangt die Europäische Parlamentarische Versammlung eine politische Kontrolle allgemeiner Art, wengleich

⁴ Punkt III des *Memorandum über die Wiederbelebung des Europagedankens*, heute wiedergegeben in EUROPÄISCHES PARLAMENT-CARDOC *Auf dem Weg zu einem einzigen Parlament*, Anhang A6, Luxemburg 2007.

⁵ P. WIGNY, *Die parlamentarische Versammlung im Europa der Sechs*, a.a.O., S. 71.

⁶ Es handelt sich um den jährlichen Bericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften und über ihre Verwaltungsausgaben (Artikel 17 EGKS-Vertrag).

⁷ Artikel 24 EGKS-Vertrag.

⁸ Artikel 144 EWG-Vertrag.

diese durch die hohe qualifizierte Mehrheit, die für die Annahme des Misstrauensantrags erforderlich ist, beschränkt bleibt.

Die Beziehungen zu den Exekutiven müssen jedoch unter dem Aspekt nicht nur des schwerstmöglichen institutionellen Konflikts, der übrigens nur wenige Jahrzehnte später eintrat, sondern auch der von der Versammlung mit den Römischen Verträgen erlangten Beratungsbefugnis gesehen werden, durch die die Exekutivorgane, die das Initiativrecht besitzen, gezwungen sind, zu der Versammlung Beziehungen zu unterhalten, die ihre ständige Unterrichtung und vorherige Anhörung implizieren.

B) BEZIEHUNGEN ZUM RAT

Wie schon erwähnt, verlagern die Römischen Verträge den Schwerpunkt des Beschlussfassungsprozesses von den Kommissionen zu den Räten, die nicht der Kontrolle und dem Misstrauensvotum der Versammlung unterliegen. Ein Teil der Anhänger des Europagedankens fürchtete als Folge eine Schwächung der von der Versammlung ausgeübten Rolle, der das wichtigste Entscheidungszentrum der neuen Gemeinschaften entzogen sein werde. Bei dieser ausschließlich auf das Fehlen rechtlich relevanter vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Organen fixierten Auslegung der neuen Verträge wird indes die Bedeutung der Rechtsnormen der Verträge unterschätzt, kraft derer der Rat gezwungen ist, der Versammlung Rechenschaft abzulegen. Über die bereits in dem vorhergehenden Abschnitt dargelegte vorherige Anhörung zu spezifischen Rechtsakten hinaus sehen nämlich die Artikel 140 EWG-Vertrag und 110 Euratom-Vertrag vor, dass der Rat von der Versammlung gehört wird (d. h. auf deren Initiative), wenngleich nach den von ihm frei gewählten Modalitäten. Dies ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem EGKS-Vertrag, nach dessen Artikel 23 die Initiative für die Durchführung von Anhörungen beim Rat lag.

In Wirklichkeit hatte sich bereits in der EGKS eine Mitteilungspraxis des Ratspräsidenten herausgebildet, die die Versammlung jedoch nicht zufrieden stellte. In den Monaten zwischen der Unterzeichnung der Römischen Verträge und ihrem Inkrafttreten greift diese Praxis weiter um sich, und mit der ausdrücklichen Forderung nach einem Dialog findet die Unzufriedenheit ihren kategorischen Ausdruck in den von Schöne an den Ratspräsidenten Rey gerichteten Worten:

„Woran wir in diesem Haus schon immer interessiert waren, und woran uns gerade jetzt, da die Übergangszeit dem Ende zugeht, läge, wäre ein lebendiges Wechselgespräch zwischen Hoher Behörde, Versammlung und Ministerrat und zwischen Hoher Behörde und Versammlung. Es gibt viele Punkte, bei denen man sich nicht mit einseitigen Erklärungen zufrieden geben kann, die man nur hinterher diskutieren kann, sondern wo es sehr schön und sehr nützlich wäre, sie in einem Wechselgespräch in aller Öffentlichkeit ausdiskutieren“⁹.

Als erstes Dialogthema nannte der deutsche sozialistische Abgeordnete die allgemeine Konjunkturpolitik, und genau zu diesem Thema findet am 8. November eine Aussprache statt, deren Bedeutung von dem Präsidenten der Versammlung, Furler, unterstrichen wird und deren Initiierung von ihm in der Überzeugung als notwendig erachtet wird, dass diese Sitzung einen bedeutsamen Schritt auf institutioneller Ebene zu einem Zeitpunkt markiert, da *wir im Begriffe sind, von einer Etappe der europäischen Politik in eine neue, größere und, ich meine sogar, auch wichtigere hinüberzugehen*¹⁰.

Durch den direkten Gedankenaustausch vom 8. November ändert sich zwar nichts an den Befugnissen der Gemeinsamen Versammlung, aber damit wird ein neues Modell der Beziehungen zwischen der Versammlung und dem Rat eingeführt, das nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge zur Regel wird und dessen Erfordernis sich implizit aus der von diesen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung übertragenen Befugnis, zwingend konsultiert zu werden, ergibt.

⁹ GEMEINSAME VERSAMMLUNG - *Verhandlungen, Sitzung vom 25. Juni 1957, S. 550.*

¹⁰ GEMEINSAME VERSAMMLUNG - *Verhandlungen, Sitzung vom 8. November 1957, S. 126.*

Ersucht der Rat die Versammlung um Stellungnahme, muss er ihr nämlich auch die Probleme, die Lösungen und seine Zielsetzungen darlegen; außerdem bedeuten der politische Charakter der beiden Organe sowie die Tatsache, dass die Mitglieder der Versammlung zugleich nationale Abgeordnete sind, für den Rat die Verpflichtung, seine Entscheidungen zu begründen, wenn diese von der Stellungnahme der Versammlung abweichen. So entwickelt sich politisch ein wesentlich anderes System der Zusammenarbeit zwischen Versammlung und Rat, als es sich bei einer von der politischen Realität losgelösten Interpretation der Verträge ergeben mag, durch die das Bild eines allmächtigen und unzugänglichen Rates gegenüber einer Versammlung ohne Kontrollinstrumente vermittelt wird. Die Macht des Rates wird im Übrigen dadurch weiter beschränkt, dass er nicht aus eigener Initiative tätig werden kann, sondern nur auf Vorschlag der Kommission, die ihrerseits der Versammlung gegenüber verantwortlich und ihr Rechenschaft schuldig ist¹¹.

Aus diesen Gründen kann ab 1958 von einem institutionellen System gesprochen werden, das sich auf drei politische Organe gründet, die in Beziehungen zueinander stehen, deren Trend von Wigny erfasst wird:

„...Da letzterer [der Rat] in zahlreichen Fällen gezwungen ist, ihre Stellungnahme [der Versammlung] einzuholen, und sobald es einmal zur Gewohnheit geworden ist, sich vielleicht der Nützlichkeit einer Erweiterung dieses Meinungswechsels bewusst werden wird, wird sie auf die Beschlussfassung einwirken und an der Ausarbeitung der Politik unmittelbar teilnehmen.

Diese Prognose bestätigte sich sogar schon, bevor die Europäische Parlamentarische Versammlung zum ersten Mal zusammengetreten ist. Da sie sich über die Frage des Sitzes der Gemeinschaften nicht einigen konnten (EGM-Vertrag, Art. 216, Euratom-Vertrag, Art. 189), haben die Minister beschlossen, die Stellungnahme der Versammlung einzuholen“¹².

C) DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

Ein weiterer Aspekt, der hervorzuheben ist, wiewohl er mehr die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten als zum Rat betrifft, ist das – später beanstandete und schließlich verbotene – Doppelmandat, das seinerzeit als Bindeglied zwischen Europäischer Parlamentarischer Versammlung und nationalen Parlamenten gedacht war, parallel zur Zusammensetzung des Ministerrates aus Mitgliedern der nationalen Regierungen. Diese Verbindung galt als zweckdienlich für die Koordinierung, weshalb sogar gewünscht wurde, die eventuelle Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen für die Europäische Parlamentarische Versammlung dergestalt vorzusehen, dass zumindest ein Teil der gewählten Vertreter über ein Doppelmandat verfügt¹³.

4. DER INTERNE HAUSHALTSPLAN DER VERSAMMLUNG

Die korrektere Bezeichnung dessen, was hier interner Haushaltsplan genannt wird, damit das Thema unmittelbar verstanden werden kann, ist der *Haushaltsvoranschlag*, dessen Feststellung gewisse Probleme der Finanzautonomie aufwirft, die seinerzeit als eine Schmälerung der uneingeschränkten Souveränität der Versammlung galten.

Der Mechanismus zur Finanzierung der gemeinsamen Organe sieht vor, dass sie einen Haushaltsvoranschlag der Ausgaben aufstellen, die zu je einem Drittel aus den Haushaltsplänen der Gemeinschaften finanziert werden¹⁴. Die drei Haushaltspläne werden jedoch von unterschiedlichen Organen nach unterschiedlichen Verfahren angenommen: der EGKS-Haushalt, d. h. der allgemeine Voranschlag der Ausgaben der EGKS, wird vom Ausschuss

¹¹ In diesem Sinne P. WIGNY, *Die parlamentarische Versammlung im Europa der Sechs*, a.a.O., S. 74-76.

¹² *Ibidem*, S. 18. Wigny vertrat die Ansicht, die EWG müsse als „Gemeinschaft des Gemeinsamen Marktes“ bezeichnet werden: daher das in dem Text verwendete Kürzel EGM.

¹³ *Ibidem*, S. 92-93.

¹⁴ Artikel 6 *des Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften*, das gleichzeitig mit den Römischen Verträgen unterzeichnet wurde.

der Präsidenten¹⁵ verabschiedet, die anderen beiden vom jeweiligen Ministerrat, der die Änderungsanträge der Versammlung berücksichtigen und diese gegebenenfalls konsultieren muss. In seiner Abhandlung stellt sich Wigny die Frage, ob dies bedeutet, dass der Rat die Verwaltungsausgaben der Versammlung von sich aus verringern kann, und indem er einräumt, dass diese Schwierigkeiten mehr rechtlicher als praktischer Natur sein werden, beurteilt er die Situation folgendermaßen:

„Die Mehrdeutigkeit der Texte kann nicht den Willen der Verfasser verbergen, die Versammlung dem Rat unterzuordnen und diesem die Möglichkeit zu geben, deren Aktionsmittel zu beschneiden...

Es muss von Anfang an feststehen, dass eine parlamentarische Versammlung in der Beurteilung ihrer eigenen Bedürfnisse und der Erfordernisse ihres Funktionierens souverän ist...“¹⁶.

Wignys Standpunkt wird von Janssen übernommen, der Berichterstatter zu den beiden Haushaltsvoranschlägen der Versammlung für 1958 und für 1959¹⁷ ist und der die Zustimmung der Vorsitzenden der drei Fraktionen zu dem Entwurf eines Übereinkommens zwischen den aus den drei Verträgen hervorgehenden acht Institutionen über die Durchführung des *Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften* mitteilt¹⁸. Der Übereinkommensentwurf sieht vor, dass der Haushaltsvoranschlag der Versammlung, der gemäß den Bestimmungen ihrer Geschäftsordnung aufgestellt wird, von einem Ausschuss festzulegen ist, der sich aus den Vorsitzenden der acht Institutionen zusammensetzt, die gemeinsam die drei Gemeinschaften bilden, und dass der entsprechende Betrag sodann zu je einem Drittel in die drei Haushaltspläne eingesetzt wird¹⁹. Auf diese Weise soll ein Gegengewicht zur Haushaltsbefugnis der Räte geschaffen werden.

¹⁵ Besteht aus den Präsidenten der Hohen Behörde, des Rates, der Versammlung und des Gerichtshofs.

¹⁶ P. WIGNY *Die parlamentarische Versammlung im Europa der Sechs*, S. 81.

¹⁷ EPV – Ausschuss für Verwaltungsfragen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung und Haushaltsfragen der Gemeinschaften *Bericht über den Haushaltsvoranschlag der Ausgaben und Einnahmen der Parlamentarischen Versammlung für die Zeit vom 19. März bis 31. Dezember 1958 und über den Haushaltsvoranschlag der Ausgaben und Einnahmen der Parlamentarischen Versammlung für das Rechnungsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1959*, Dok. 10/58. Siehe insbesondere S. 6-8. CARDOC PE0 AP RP/BUDG. A0-0010/58 0010.

¹⁸ Es handelt sich um ein in Artikel 6 Absatz 2 des Abkommens ausdrücklich vorgesehenes Übereinkommen über die Festlegung der Modalitäten für die Anwendung der Bestimmung über die gleichmäßige Verteilung der Ausgaben der Versammlung auf die drei Gemeinschaftshaushalte.

¹⁹ Der Text des Übereinkommensentwurfs bildet die Anlage IIIA des Dokuments EPV – Ausschuss für Verwaltungsfragen der Versammlung und Haushaltsfragen der Gemeinschaften *Mitteilung an die Mitglieder*, EPV – 34. CARDOC PE0 AP RP/BUDG. A0-0019/59 0250. Er findet sich auch in EPV – Ausschuss für Verwaltungsfragen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung und Haushaltsfragen der Gemeinschaften *Bericht über den Haushaltsvoranschlag...a.a.O.*, S. 10-12.

ZWEITES KAPITEL INTERNE ORGANISATION

1. FRAKTIONEN UND AUSSCHÜSSE

Die Versammlung besteht aus 142 Mitgliedern, davon jeweils 36 für Deutschland, Frankreich und Italien, 14 jeweils für Belgien und die Niederlande und 6 für Luxemburg. Fraktionen gibt es drei: die christlich-demokratische, die 67 Mitglieder zählt, die sozialistische mit 38 Mitgliedern sowie die Fraktion der Liberalen und Nahestehenden mit 35 Mitgliedern; außerdem gibt es 2 fraktionslose Mitglieder.¹

In der Sitzung am 20. März wird die Bildung von dreizehn Ausschüssen beschlossen², als da sind:

1. Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen;
2. Ausschuss für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern;
3. Ausschuss für Fragen der Landwirtschaft;
4. Ausschuss für Fragen der Sozialpolitik;
5. Ausschuss für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft;
6. Ausschuss für Fragen der Investitionen, der Finanzen und der Politik auf lange Sicht;
7. Ausschuss für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete;
8. Ausschuss für Verkehrsfragen;
9. Ausschuss für Fragen der Energiewirtschaftspolitik;
10. Ausschuss für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung;
11. Ausschuss für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes;
12. Ausschuss für Verwaltungsfragen der Versammlung und Haushaltsfragen der Gemeinschaften;
13. Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen, für Petitionen und Immunitäten.

Die ersten acht Ausschüsse setzen sich aus 29 und die übrigen aus 27 Mitgliedern zusammen.

2. DIE GESCHÄFTSORDNUNG: HAUPTSÄCHLICHSTE FRAGEN, DIE BEHANDELT WURDEN

In ihrer ersten Sitzung am 19. März 1958 nimmt die Versammlung vorläufig die Geschäftsordnung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS an und beauftragt den zuständigen Ausschuss, gelegentlich der nächsten Sitzungsperiode Vorschläge für die notwendigen Anpassungen auszuarbeiten. Eine der Anpassungen wird vorweggenommen, damit sie umgehend zur Anwendung gebracht werden kann: die Erhöhung der Zahl

¹ EPV – *Jahrbuch-Handbuch der Europäischen Parlamentarischen Versammlung 1958-1959*, S. 98-102.

² EPV – *Verhandlungen- Sitzung vom 20. März 1958*, S. 48.

der Mitglieder des Präsidiums von sechs auf neun (ein Präsident und acht Vizepräsidenten), wie zwischen den Fraktionsvorsitzenden vereinbart³.

Der zuständige Ausschuss ist der dreizehnte, nämlich der Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen, für Petitionen und Immunitäten, der, nachdem der Luxemburger Adrien van Kauenbergh als Berichterstatter beauftragt wurde, in der Sitzung am 23. Juni 1958 den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung vorlegt. Die Annahme erfolgt noch am selben Tag⁴.

Der Ausschuss erörtert die Geschäftsordnung in seinen Sitzungen am 29. April, 12. Mai und 6. Juni 1958⁵. Der Ausschuss geht in der Weise vor, dass er zwischen den einfacher zu behandelnden Bestimmungen (Bestimmungen der vorläufigen Geschäftsordnung, die lediglich an die Bestimmungen der Römischen Verträge angepasst werden müssen, oder Bestimmungen, über die bereits ein politisches Einvernehmen besteht, beispielsweise betreffend Fraktionen und Sitzungsberichte) und den Bestimmungen unterscheidet, die besonders problematisch sind, weil sie außerhalb des Rahmens der vorläufigen Geschäftsordnung liegen oder eine Einigung darüber schwieriger ist (z. B. Ort der Sitzungen). Wie der Berichterstatter⁶ anmerkt, musste sich der Ausschuss bei seinen Arbeiten mit den Verfahren, den Texten und ihren Auslegungen eingehend befassen.

A) FRAKTIONEN

Die Mindestzahl der zur Bildung einer Fraktion notwendigen Mitglieder wird von 9 auf 17 Mitglieder heraufgesetzt⁷, und auf entsprechende Anweisung des Ausschusses hebt der Berichterstatter hervor, dass bei der Bildung einer Fraktion das ausschlaggebende Kriterium der Gemeinschaftsgeist sein sollte, um zu verhindern, dass unter dem Vorwand politischer Zugehörigkeiten nationale Fraktionen gebildet werden⁸. Dieses Kriterium wird jedoch nicht in einer entsprechenden Bestimmung festgeschrieben, und das Ziel der Vermeidung der Bildung nationaler Fraktionen wird erst später verfolgt, indem bei der Festlegung der Mindestzahl der einer Fraktion angehörenden Mitglieder nach der Zahl der beteiligten Mitgliedstaaten differenziert wird.

Die Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden an Sitzungen des Präsidiums, wenn sie betreffende Fragen zur Behandlung stehen, stellt eine bestehende Gepflogenheit dar, die der Ausschuss allerdings nicht amtlich festsetzen möchte, um dem Präsidium diesbezüglich größtmöglichen Ermessensspielraum zu lassen⁹. Generell geht die Rolle der Fraktionsvorsitzenden aus der Geschäftsordnung der Europäischen Parlamentarischen Versammlung gestärkt hervor: sie werden insbesondere rechtmäßige Mitglieder des Präsidialausschusses, der auch die Vorsitzenden der Ausschüsse umfasst, und ihnen wird die Befugnis zuerkannt, gemeinsam eine Dringlichkeitsdebatte zu beantragen¹⁰.

B) STENOGRAPHISCHER SITZUNGSBERICHT: DER SO GENANNT „REGENBOGEN“

Die Frage des Sitzungsberichts der Plenarsitzungen ist nicht von großem politischen Interesse, die Arbeiten des Geschäftsordnungsausschusses zu diesem Thema sind jedoch hinsichtlich der seinerzeitigen Arbeitsweise des Europäischen Parlaments von gewissem Belang. Der Generalsekretär trägt dem Ausschuss dazu vor, der

³ EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958*, S. 4.

⁴ EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 23. Juni 1958*, S. 103-111, 112-114, 120-121 (Schlussabstimmung) und 121-130 (angenommener Text).

⁵ EPV – Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen... *Protokoll der Sitzung vom 29. April, 12. Mai und 6. Juni 1958* - CARDOC PEO AP PV/REGL1958 19580429-0010, 19580512-0010 und 19580606-0010r

⁶ EPV – *Bericht im Namen des Ausschusses für Geschäftsordnung... über die Geschäftsordnung der Europäischen Parlamentarischen Versammlung*, Dok. 17/1958, S. 6. CARDOC PEO AP RP/REGL A0-0017/58 0010.

⁷ Artikel 37 der Geschäftsordnung.

⁸ EPV – *Bericht im Namen des Ausschusses...*, a.a.O., S. 12.

⁹ EPV – Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen... *Protokoll der Sitzung vom 29. April 1958*, a.a.O., S.5.

¹⁰ Artikel 12 der Geschäftsordnung betreffend den Ausschuss und 14 bezüglich der Dringlichkeit. Zu diesem Thema siehe auch EPV – *Bericht im Namen des Ausschusses...*, a.a.O., S. 8.

Kurzbericht und der ausführliche Sitzungsbericht würden von während der Tagungen abgeordneten Beamten der nationalen Parlamente erstellt¹¹; die nationalen Parlamente hätten jedoch mitgeteilt, dass sie in Zukunft nicht mehr eine so hohe Zahl ihrer Bediensteten entsenden könnten.

Der Ausschuss entschließt sich für einen vielfältigen ausführlichen Sitzungsbericht, den so genannten „Regenbogen“, der an dem der Sitzung folgenden Tag den Mitgliedern des Parlaments zur Verfügung zu stellen ist, während ein ausführlicher Sitzungsbericht in den vier Amtssprachen so bald als möglich veröffentlicht wird. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Einstellung geeigneten Personals einigt sich der Ausschuss jedoch darauf, dass der Sitzungsbericht für die Journalisten auch an die Volksvertreter als Ersatz für den, über den sie bisher verfügten, verteilt wird¹².

C) ORT DER SITZUNGEN: DAS PROBLEM DER SITZFRAGE ZEICHNET SICH AB

Unter den Themen, die über den Rahmen der vorläufigen Geschäftsordnung hinaus gehen, ist die Frage des Tagungsortes zu erwähnen, die im Zusammenhang mit der allgemeineren Frage des Sitzes der europäischen Institutionen zu sehen ist, die später noch behandelt wird. Zum Zeitpunkt der Annahme der Geschäftsordnung war das Problem der Sitzfrage noch nicht gelöst, und der Ausschuss schlug vor, dass Plenarsitzungen der Versammlung auch außerhalb ihres Sitzes abgehalten werden können¹³. Diesem Geschäftsordnungsartikel kommt aufgrund des von dem Präsidenten der Versammlung hergestellten Junktims zwischen der fraglichen Bestimmung und dem Sitz der Versammlung besondere Bedeutung zu; der Präsident appelliert nämlich an den Ministerrat, dass mit der Entscheidung über den Sitz nicht der Möglichkeit vorgegriffen werden dürfe, die der Versammlung in Bezug auf ihren Arbeitsort durch die Geschäftsordnung vorbehalten wird¹⁴. Der Berichtsteller seinerseits betrachtet die freie Entscheidung über die Tagungsorte als Ausdruck der „*uneingeschränkten Souveränität der Versammlung hinsichtlich des Ortes ihrer Sitzungen*“¹⁵. Den einzelnen Ausschüssen wird die gleiche Möglichkeit eingeräumt, wobei jedoch die Versammlung in einem dazu von der christlich-demokratischen Fraktion eingereichten Änderungsantrag für den Beschluss, außerhalb ihres Sitzes zu tagen, die Mehrheit der anwesenden Mitglieder verlangt. Dem Mitglied, das den Änderungsantrag eingereicht hat, Arved Deringer, zufolge liegt der Grund für diese Bedingung darin „...zu vermeiden, dass die Ausschüsse...anfangen, nur auf Reisen zu gehen“¹⁶.

D) SITZUNGSKALENDER

Vom Raum zur Zeit. Eine Frage, mit der sich der Berichtsteller eingehend befasst, betrifft den Sitzungskalender, bei dem die nunmehr durch die drei Verträge vorgegebenen Termine berücksichtigt werden müssen. Die Lösung besteht darin, dass eine jährliche Sitzungsperiode abgehalten wird, zu der das Parlament weiterhin, ohne dass es einer Einberufung bedarf, am zweiten Dienstag des Monats Mai zusammentritt, die aber nicht mehr am 30. Juni abgeschlossen sein muss, und zu der es ferner, ohne dass es einer Einberufung bedarf, am dritten Dienstag des Monats Oktober zusammentritt; die Bestimmung der Dauer der Unterbrechung der Sitzungsperioden wird der Versammlung anheim gestellt¹⁷.

¹¹ Siehe Punkt 4 dieses Kapitels.

¹² EPV – Ausschuss für Rechtsordnung, für Geschäftsfragen... *Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 1958*, a.a.O., S. 2-3 und beigefügte Tabelle.

¹³ Artikel 2 der Geschäftsordnung.

¹⁴ EPV – Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen... *Protokoll der Sitzung vom 6. Juni 1958*, a.a.O., S. 2.

¹⁵ EPV – Bericht im Namen des Ausschusses..., a.a.O., S. 22.

¹⁶ EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 23. Juni 1958*, S. 112.

¹⁷ Artikel 1 der Geschäftsordnung. Ausführlichere Informationen zu den Terminvorgaben der Verträge siehe EPV – Bericht im Namen des Ausschusses..., a.a.O., S. 18-21.

E) MISSBILLIGUNG DES MINISTERRATES: EINE VERWORFENE HYPOTHESE

Ein politisch delikates Thema ist die „Missbilligung“ des Ministerrates, die in den Verträgen nicht vorgesehen ist, von einigen jedoch, wie der Berichterstatter erwähnt, aufgrund eines Artikels der Charta der WEU befürwortet wird. Der Ausschuss lehnt eine solche Vorstellung ab, über die Gründe dafür wird aber in dem Bericht und in den Protokollen des Ausschusses keine Rechenschaft abgelegt¹⁸.

F) SITZORDNUNG DER ABGEORDNETEN IM PLENARSAAL NACH FRAKTIONEN

In der Praxis der Gemeinsamen Versammlung saßen die Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge. Die Notwendigkeit, den politischen Charakter der Versammlung zu betonen und die Arbeit der Mitglieder zu erleichtern, gab den Anlass zu dieser bedeutenden Änderung der Geschäftsordnung auf der Grundlage einer am 21. März 1958 ohne wesentliche Aussprache angenommenen Entschließung¹⁹. Nach den Durchführungsbeschlüssen des Präsidiums wird die Entschließung ab dem darauf folgenden 13. Mai angewandt²⁰.

G) EINFÜHRUNG VON STELLVERTRETENDEN MITGLIEDERN DER VERSAMMLUNG: EIN ABGELEHNTER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der – nicht weiter verfolgte – Entschließungsantrag zur Einsetzung von stellvertretenden Mitgliedern des Parlaments²¹ wurde von Herrn Dehousse vorgestellt, der ihn erläuterte und mitteilte, dass drei nationale Parlamente sich bereits für eine solche Einführung ausgesprochen hätten: das französische, das belgische und das niederländische Parlament. Als Grund wurde angeführt, dass bis zur allgemeinen Direktwahl der EPV-Mitglieder das – europäische und nationale – Doppelmandat ihre Aufgabe sehr erschweren werde²².

Der Entschließungsantrag wurde an den Geschäftsordnungsausschuss überwiesen, der eine, vermutlich eingehende, Aussprache zu dem Thema führte²³, denn der Berichterstatter, van Kauenbergh, hat ein sehr detailliertes Dokument zu dem Thema erstellt, in dem die dafür und dagegen sprechenden Argumente angeführt wurden. Der Ausschuss schloss die Aussprache mit dem Ersuchen um Stellungnahme seitens des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen; gleichwohl ist der Entschließungsantrag aber offensichtlich nicht weiter behandelt worden²⁴.

3. STELLENPLAN UND HAUSHALT

Beim Übergang von der Gemeinsamen Versammlung zur Parlamentarischen Versammlung umfasste das Generalsekretariat vier Abteilungen: (1) Ausschüsse, (2) Studien, Information und Dokumentation, (3) Verwaltung, (4) Allgemeine Dienste. Außerdem umfasste es eine „Koordinierungsstelle“ und während der Plenarsitzungen eine „Kanzlei“, die fast vollständig aus nur während der Plenarsitzungen, von Dienstag bis Freitag, im Dienst befindlichen Beamten der nationalen Parlamente bestand und die in eine „Sitzungsabteilung“ sowie eine

¹⁸ EPV – Bericht im Namen des Ausschusses..., a.a.O., S. 26-27 und EPV – Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen...*Protokoll der Sitzung vom 6. Juni 1958*, a.a.O., S.3.

¹⁹ EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 21. März 1958*, S. 116.

²⁰ EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 13. Mai 1958*, S. 6.

²¹ EPV – Entschließungsantrag vorgelegt von Herrn Devinat betreffend die Einführung von stellvertretenden Mitgliedern der Versammlung, Dok. 6. CARDOC PEO AP PR BO-006/58 0010

²² EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 21. März 1958*, S. 117.

²³ EPV – Ausschuss für Rechtsordnung, für Geschäftsfragen..., *Protokoll der Sitzung vom 6. Juni 1958*, a.a.O., S. 8-11.

²⁴ Ein Schreiben eines christdemokratischen Mitglieds des Ausschusses, des Niederländers Willem Rip, an den Ausschussvorsitzenden gibt einige Anhaltspunkte für die Gründe der Nichtweiterbehandlung des Entschließungsantrags. Der Abgeordnete weist darauf hin, dass die niederländische Regierung und die Mitglieder des niederländischen Parlaments die Erhöhung der Zahl der Vertreter der kleineren Länder für vorrangig halten und dass dieser Standpunkt vermutlich auch von der Regierung und den Abgeordneten Belgiens vertreten wird. Der Geschäftsordnungsausschuss sollte der Versammlung eine solche Position empfehlen und sich danach mit der Frage stellvertretender Mitglieder befassen. EPV – Ausschuss für Geschäftsordnung, für Rechtsfragen..., *Übersetzung eines Schreibens von Herrn Rip an Herrn Boy, Ausschussvorsitzender, zu Punkt 5 der Tagesordnung für die Sitzung vom 29. April 1958*. CARDOC PEO AP RP/REGL 1958 A0 0017/58 0110.

II. INTERNE ORGANISATION

„Abteilung Protokolle und Sitzungsberichte“ untergliedert war; insgesamt sind in der so genannten „temporären Kanzlei“ 101 Personen beschäftigt, von denen nur vier Beamte der Europäischen Parlamentarischen Versammlung sind²⁵.

Am 12. Mai 1958 billigt das Präsidium auf Vorschlag des Generalsekretärs²⁶ eine neue Organisationsstruktur und legt deren Planstellen fest²⁷. Das Ergebnis ist eine in vier Direktionen und einen Dienst gegliederte Organisation:

- Direktion Ausschüsse und parlamentarische Studien, die sich in die beiden Dienststellen (1) Sekretariat der Ausschüsse und (2) parlamentarische Studien gliedert;
- Direktion Information und Parlamentarische Dokumentation, die in die drei Dienststellen (1) Public Relations und Presse, (2) Parlamentarische Dokumentation, (3) Bibliothek aufgeteilt ist;
- Verwaltungsdirektion, gegliedert in die drei Dienststellen (1) Personal und Intendantur, (2) Finanzen, (3) Konferenzen;
- Direktion für Allgemeine Dienste, gegliedert in die vier Dienststellen (1) Postabwicklung und Schreibpool, (2) Übersetzung, (3) Veröffentlichung, (4) Verteilung;
- Dienststelle der Präsidentschaft, gegliedert in die beiden Dienste (1) Präsidentschaft, (2) Kanzlei²⁸.

Außer dem Sekretariat bestanden das Kabinett des Präsidenten, die Generaldirektion Quästur sowie das Kontrollbüro.

Die festgelegten Stellenpläne umfassen 284 Bedienstete für 1958 und 317 für 1959, die wie folgt aufgeteilt sind:

	1958	1959
Kabinett des Präsidenten	4	4
Generalsekretär der Versammlung	2	2
Generaldirektor Quästur	2	2
Präsidentschaft	20	20
Ausschüsse und parlamentarische Studien	32	42
Information und parlamentarische Dokumentation	44	44
Verwaltung	66	68
Allgemeine Dienste	112	133
Kontrollbüro	2	2
Insgesamt	284	317

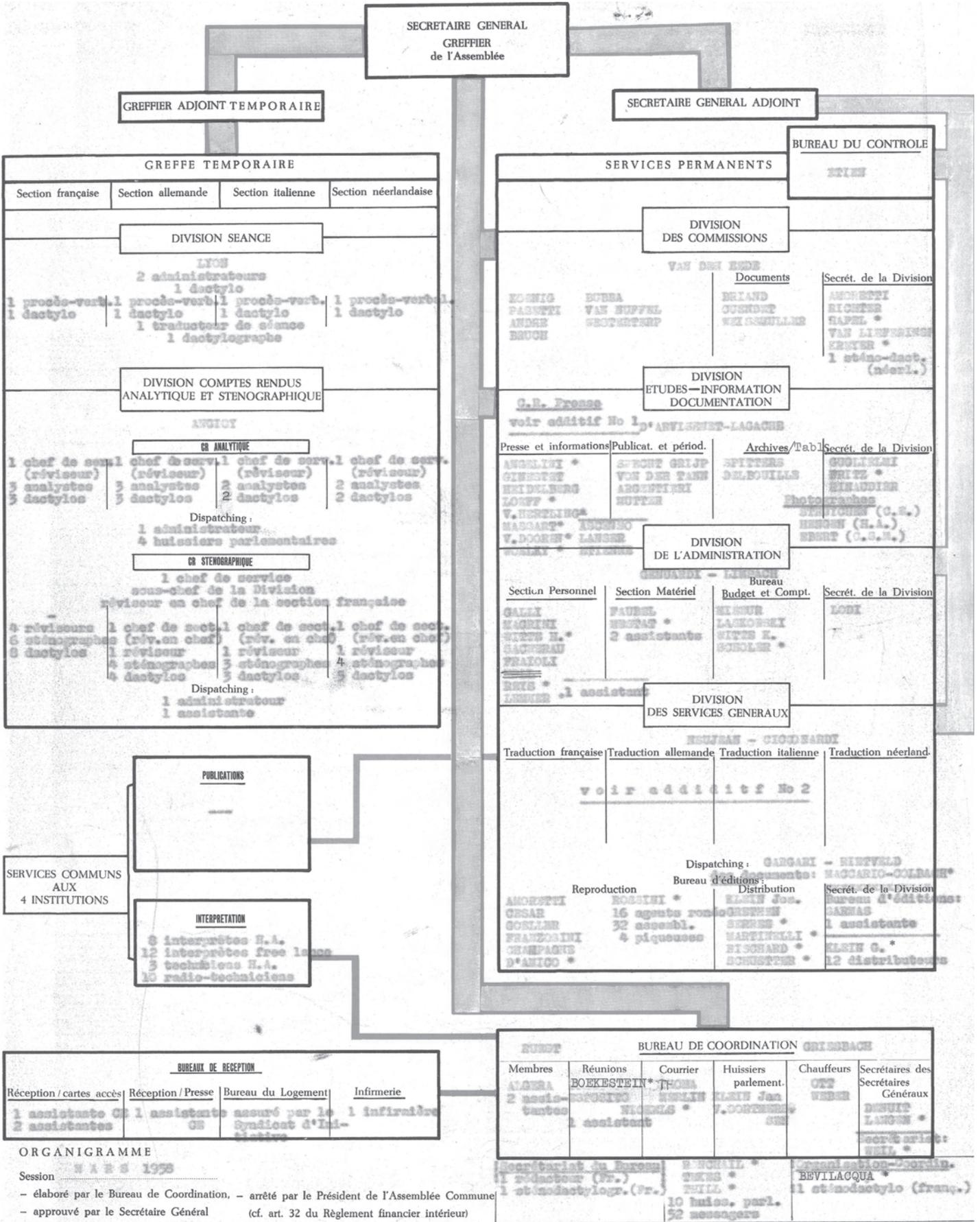
²⁵ EPV – Generalsekretariat *Mitteilung zur Organisation des Sekretariats der Europäischen Parlamentarischen Versammlung*, EPV – 177 vom 6. Mai 1958. CARDOC PE0 AP PV/BUDG. 1958 BUDG-19580528 0030.

²⁶ *Ibidem*

²⁷ EPV – Präsidium *Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 1958*. EPV – 259 (Dokument in CARDOC noch nicht elektronisch erfasst).

²⁸ EPV – Generalsekretariat *Mitteilung zur Organisation des Sekretariats der Versammlung...*, a.a.O., S. 4-5.

ORGANIGRAMM DER TAGUNG IM MÄRZ 1958



Der „Haushaltsvoranschlag der Ausgaben und Einnahmen der Parlamentarischen Versammlung für die Zeit vom 19. März bis 31. Dezember 1958“, der erste der neuen Versammlung, sieht Ausgaben in Höhe von 139 090 000 belgischen Francs (entspricht heute ca. 3 500 000 Euro) vor; der „Haushaltsvoranschlag der Ausgaben und Einnahmen der Parlamentarischen Versammlung für das Rechnungsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1959“ erhöht sich auf 179 610 000 belgische Francs (heute ca. 4 500 000 Euro)³⁰. Ein Vergleich lässt sich mit dem letzten Haushaltsvoranschlag der Ausgaben der Gemeinsamen Versammlung mit einer Laufzeit von 12 Monaten, dem von 1956/1957, anstellen: die Haushaltsmittel beliefen sich auf insgesamt 75 330 500 (heute etwas weniger als 1 900 000 Euro)³¹.

In der ersten Sitzung des Präsidiums der Europäischen Parlamentarischen Versammlung werden schließlich alle Verwaltungs- und Finanzbestimmungen für die Fraktionen bestätigt³².

³⁰ EPV – Ausschuss für Verwaltungsfragen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung und Haushaltsfragen der Gemeinschaften *Bericht über den Haushaltsvoranschlag der Ausgaben und Einnahmen der Parlamentarischen Versammlung für die Zeit vom 19. März bis 31. Dezember 1958 und über den Haushaltsvoranschlag der Ausgaben und Einnahmen der Parlamentarischen Versammlung für das Rechnungsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1959*, Dok. 10/58 a.a.O.

³¹ GEMEINSAME VERSAMMLUNG – Ausschuss für Rechnungswesen und Verwaltungsfragen der Gemeinschaft und der Gemeinsamen Versammlung *Bericht über den Haushaltsvoranschlag der Ausgaben der Gemeinsamen Versammlung für das Haushaltsjahr 1956/1957*, Dok. 5/55-56. CARDOC PE0 AP RP/BUDG. 1953 AC-0005/56-März 0010 (nicht in Französisch verfügbar). Es sei daran erinnert, dass sich das Haushaltsjahr der EGKS vom 1. Juli bis zum 30. Januar des darauffolgenden Jahres erstreckte.

³² EPV – Präsidium *Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 1958*. EPV – 88 (Dokument in CARDOC noch nicht elektronisch erfasst). Punkt 3, auf den hier Bezug genommen wird, wurde bei der Genehmigung des Protokolls auf der Sitzung vom 12. Mai 1958 geändert. EPV – Präsidium *Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 1958*. EPV – 259 (Dokument in CARDOC noch nicht elektronisch erfasst).

DRITTES KAPITEL

ERSTE POLITISCHE AUSSPRACHE

1. ERÖFFNUNGSSITZUNG

Am 19. März 1958, um 11.00 Uhr, wird die konstituierende Sitzung der Europäischen Parlamentarischen Versammlung eröffnet, die bis zum darauffolgenden Tag dauert. Am ersten Tag werden das grundlegende Pflichtprogramm absolviert und die Begrüßungsansprachen der anderen Organe gehalten. Am zweiten Tag werden die Pflichtübungen zur Konstituierung der Versammlung abgeschlossen, und es findet eine erste Aussprache statt, deren zentraler Gegenstand die Aufnahme der Tätigkeit der neuen Gemeinschaften bildet¹.

Der Alterspräsident der Versammlung, der 85-jährige Antonio Boggiano Pico, der bereits bei der Eröffnungssitzung der Gemeinsamen Versammlung fünf Jahre zuvor den Vorsitz geführt hatte, ist erkrankt, und an seine Stelle tritt der 74-jährige Luciano Granzotto Basso. In seiner Eröffnungsansprache kommt der Wunsch der Anhänger des Europagedankens jener Jahre nach der Schaffung von Gemeinschaften und Organen zum Ausdruck, die eine europäische Kultur verkörpern, deren humanistischen Werte den Werten des Kommunismus entgegengesetzt sind und durch die Einheit des europäischen Kontinents verteidigt werden müssen².

Nach Prüfung der Mandate, gegen die keine Einwendungen erhoben werden, und der Annahme der Geschäftsordnung der Gemeinsamen Versammlung als vorläufiger Geschäftsordnung der neuen Versammlung wird, nachdem keine Abstimmung gefordert wurde, Robert Schuman als der einzige, gemeinsam von den Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagene Kandidat zum Präsidenten der Versammlung erklärt.

Schuman³ hält seine Antrittsansprache am Schluss der Sitzung vom 19. März. Der Präsident bekräftigt sogleich das Ziel einer Erweiterung der Gemeinschaften über die Sechs hinaus:

„Ich glaube, mit Ihnen eines Sinnes zu sein, wenn ich erkläre, dass wir keinen geschlossenen Verein bilden werden. Wir möchten in Wahrheit dazu beitragen, dass ein Kern des europäischen Zusammenschlusses entsteht, damit wir dieses Wirken durch unser Beispiel, unseren guten Willen und die Ergebnisse, die wir erzielen werden, über den gegenwärtigen, wider unseren Willen noch allzu engen Kreis hinaus ausdehnen können. Nur so wird es Europa gelingen, das allen freien Ländern gemeinsame Erbe auszuwerten“⁴.

In der nächsten Sitzung am 20. März⁵ werden die acht Vizepräsidenten durch Zuruf ernannt. Es sind drei Christdemokraten, drei Sozialisten und zwei Liberale. Die Christdemokraten sind der deutsche Hans Furler, der italienische Emilio Battista und der niederländische Cornelis Hazenbosch; die Sozialisten sind der luxemburgische Jean Fohrmann, der französische Emile Vanrullen und der deutsche Hellmut Kalbitzer; die Liberalen sind der italienische Roberto Cantalupo und der belgische Charles Janssens.

¹ Diese in den nachfolgenden Abschnitten behandelte Aussprache ist von gewissem Belang, um Aufschluss über die Anlaufschwierigkeiten der neuen Gemeinschaften, aber auch über die Einstellungen und Erwartungen der Volksvertreter zu bekommen.

² EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 2-3.

³ *Ibidem*, S. 34-36.

⁴ *Ibidem*, S. 35.

⁵ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958, S. 53-54.

2. EUROPÄISCHE INTEGRATION

Bei aller Feierlichkeit der Atmosphäre wird in den Reden der beiden Eröffnungssitzungen am 19. und 20. März konkret die Frage der europäischen Integration angegangen, wenngleich sie in zahlreichen Wortmeldungen in einen engen Zusammenhang mit der Frage der Rolle der Versammlung und deren Beziehungen zu den anderen Organen gebracht wird.

Nicht so im Falle der drei Diskussionsbeiträge⁶, in denen der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, die von der Gemeinschaft in Angriff zu nehmenden Probleme, die Leitlinien der EWG-Politiken und die in den ersten drei Monaten geleistete Tätigkeit ausführlich darlegt. In dem ausführlichen Bild, das er zeichnet, geht Hallstein auf das zentrale Problem des föderalen Charakters der Gemeinschaften ein. Dem Kommissionspräsidenten zufolge haben auch die größten europäischen Enthusiasten niemals die Bildung eines europäischen Einheitsstaates befürwortet, und im Übrigen dürfe sich das integrierte Europa keinesfalls der Vielfalt berauben, die seinen Reichtum ausmacht. Andererseits seien die nationalen Staaten auf verfassungspolitischer Ebene sehr stark und in der Geschichte ihrer Völker tiefverwurzelte Gebilde.

Die Folgerung aus dieser Sachlage ist, dass unsere Gemeinschaft, um lebendig und kräftig zu werden, eine gut funktionierende föderative Struktur haben muss. Das heißt, es muss in der Verteilung zwischen dem nationalen und dem übernationalen Element ein Gleichgewicht vorhanden sein, das dem nationalen Element soviel zuweist wie nötig und dem übernationalen Element soviel zuweist wie möglich⁷.

Der Vorsitzende der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden, Martino⁸, der damit im Wesentlichen konform geht, wenngleich er einen anderen Ansatz verfolgt, weist nachdrücklich darauf hin, dass die drei Gemeinschaften gemäß den Normen der Verträge klar definierte Ziele und Grenzen hätten, ihre Gründung sich jedoch in den Rahmen eines größeren, allgemeinen Vorgangs einfüge, nämlich in den Prozess der politischen Integration des europäischen Kontinents. Unter diesem Gesichtspunkt seien die Bestimmungen der Verträge zu deuten. Europa, das sich bewusst sei, nach Kultur und Zivilisation bereits eine Einheit zu bilden, müsse eine seit ungefähr fünfzig Jahren auf ihm lastende Krise überwinden, die ihren Ursprung darin habe, dass ein „aktiver“ Glaube an die Ideale, an die Grundsätze und an die Werte der europäischen Zivilisation nicht oder nur unzulänglich bestehe. Es sei unausweichlich geworden, aus diesem Abgrund wieder aufzusteigen, um den Nationalismus überwinden zu können, ohne den Begriff der Nation zu zerstören, indem nicht nur ein Weg nach aufwärts mit Kühnheit gebahnt, sondern auch in Geduld gewartet werde, auf dass nur das Gute geschehe, wachse und gedeihe.

Dehousse⁹ wiederum äußert sich sehr optimistisch über die Zukunft der Integration, die sich durch eine Reihe von Etappen von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Integration entwickeln werde: die wirtschaftliche Einigung sei unwiderruflich, und diese Unwiderruflichkeit werde zur politischen Integration führen, wie es im Übrigen den Signatarregierungen bewusst sei, die in der Präambel der Verträge ihren festen Willen bekräftigten, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen.

Dem schließt sich auch Wigny¹⁰ an, der unter Hinweis auf die Punkte, auf die die unter seinem Vorsitz tätige christlich-demokratische Fraktion besonderen Wert legt, erklärt, Europa dürfe nicht die Liquidierung von Nationen bedeuten, sondern solle ihnen vielmehr helfen, ihre bedrohte Größe wiederzufinden, ihre künftige Entwicklung zu sichern und ihre demokratische Wesenheit zu bewahren. Vor diesem Hintergrund, so hebt der Redner hervor, müsse der Gemeinsame Markt sowohl den Verbrauchern als auch den Arbeitern zugute kommen und eine Harmonisierung der direkten und indirekten Löhne der Arbeiter auf dem höchsten Stand zur Folge

⁶ Hallstein ergreift das Wort am 19. März (EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 18-20) und am 20. März (EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958, S. 34-47 und S. 80-83).

⁷ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958, S. 50.

⁸ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 27-30.

⁹ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958, S. 60-65.

¹⁰ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 20-24.

haben. Die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes verlange Anpassungen, die auf lange Sicht vorteilhaft sein werden, deren Last aber nicht von den wirtschaftlich Schwachen getragen werden könne; die sozialen Belastungen müssten durch Einschaltung der europäischen und der nationalen Obrigkeiten erleichtert werden. Im Bereich der auf den sozialen Fortschritt ausgerichteten Wirtschaftspolitiken müsse die Obrigkeit auf lange Sicht die als Hinweise dienenden allgemeinen Ziele aufstellen und kurzfristig habe sie eine Politik zu verfolgen, welche die Arbeitsplätze vermehrt und die Produktivität der Arbeit fördert, wobei allerdings die Planwirtschaft nicht zu weit getrieben werden dürfe.

3. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN ORGANEN: DIE KONTROLLE DER VERSAMMLUNG ZUR FÖRDERUNG DES INTEGRATIONSPROZESSES UND ZUR ABWEHR DER GEFAHR DES DEMOKRATIEDEFIZITS

Das Gleichgewicht zwischen Rat, Kommission und Versammlung ist sowohl für den Grad der Demokratie der Gemeinschaften, hauptsächlich im Rahmen des Verhältnisses zwischen der Versammlung und den beiden anderen Organen, als auch für den Grad der Supranationalität, hauptsächlich im Rahmen des Verhältnisses zwischen Rat (Vertretung der nationalen Interessen) und Kommission (supranationale Sichtweise) maßgeblich. Im Mittelpunkt der Diskussion steht der EGKS-„Besitzstand“ der Beziehungen zwischen den drei Organen, der über die Bestimmungen der Römischen Verträge hinaus beibehalten werden muss; im Hintergrund steht der Ausblick auf die allgemeine Direktwahl der Versammlung.

Bereits in den Reden bei der Eröffnung der Sitzungsperiode am 19. März hatten der amtierende Präsident des EWG-Ministerrats, Victor Larock¹¹, und der amtierende Präsident des EGKS-Ministerrats, Paul Wilwertz¹², das Thema der Beziehungen zwischen Rat und Versammlung hervorgehoben. Ersterer betont, dass die vollständige Integration Europas das Ziel der Römischen Verträge ist, und unterstreicht die impulsgebende Rolle, die die Parlamentarische Versammlung in diesem Rahmen sowie im Hinblick auf ihre in den Verträgen vorgesehenen direkten allgemeinen Wahlen wahrzunehmen habe. In seiner privilegierten Eigenschaft als Vertreter einer bereits seit fast sechs Jahren tätigen Gemeinschaft macht Wilwertz für die EGKS geltend, sowohl für die Beziehungen zwischen der Exekutive und der Gemeinsamen Versammlung als auch für die Öffnung gegenüber Drittländern ein erfolgreiches Modell gebildet zu haben, das Vorläufer und Leitbild für die Bestimmungen des EWG-Vertrags war.

In der gleichen vorteilhaften Position befindet sich der Präsident der Hohen Behörde, Paul Finet¹³, der für seine Institution beansprucht, von Anfang an die Beziehungen zur Gemeinsamen Versammlung mit dem Ziel ihrer Unterrichtung gestaltet zu haben, als handle es sich um die Beziehungen zwischen einer Regierung und deren Parlament. Mit den Römischen Verträgen werde die Versammlung den Schnittpunkt der Tätigkeiten der drei Exekutiven bilden, die ihre Zusammenarbeit bereits in den Grundzügen festgelegt haben.

Für Walter Hallstein, Präsident der EWG-Kommission, besitzt die Parlamentarische Versammlung noch nicht die Zuständigkeit eines nationalen Parlaments, in dem Verhältnis der Kommission zu ihr sei aber durch die Anerkennung ihrer Befugnis zur Kontrolle der Exekutive eine der wesentlichen Funktionen eines echten Parlaments bereits erfüllt¹⁴. Dieser Standpunkt wird am Tag darauf nochmals ausführlicher dargelegt, als Hallstein deutlich macht, dass sich die Kommission nicht darauf beschränken werde, den vorgeschriebenen Jahresbericht mit der Versammlung zu erörtern; sie werde vielmehr alle geeigneten Gelegenheiten ergreifen, um sich der Stellungnahme der Versammlung zu vergewissern, wobei er insbesondere Artikel 149 des Vertrags erwähnt,

¹¹ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 5-8.

¹² *Ibidem*, S. 10-11.

¹³ *Ibidem*, S. 13-15.

¹⁴ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 19-20.

wonach die Kommission, solange der Rat nicht entschieden hat, ihre anfänglichen Vorschläge ändern kann, insbesondere in den Fällen, in denen die Versammlung zu diesem Vorschlag gehört wurde¹⁵.

Die zentrale Rolle der Versammlung wird von den Abgeordneten, die das Wort ergreifen, natürlich sehr leidenschaftlich betont.

Dehousse¹⁶ stellt die Frage der Beziehungen zwischen den Institutionen in den allgemeineren Rahmen der unterschiedlich gearteten Aufträge der EGKS einerseits und der neuen Gemeinschaften andererseits. Der Redner macht einen grundlegenden Unterschied zwischen der wirtschaftsregulierenden Aufgabe der Hohen Behörde der EGKS und der allgemeinen Freiheit in der Wahl ihrer Mittel, die den Exekutiven der beiden anderen Organe gelassen werde. Der Grund für diesen Unterschied liege darin, dass das in die Zuständigkeit der beiden neuen Gemeinschaften fallende Sachgebiet umfangreicher sei als der sektorale Zuständigkeitsbereich der EGKS, weshalb es sich bei den Römischen Verträgen um Rahmenverträge handle, in denen Ziele und Verfahren sowie die Organe bestimmt seien, die dann über die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Strategien und Maßnahmen zu entscheiden hätten. Die wichtigeren Entscheidungen lägen beim Rat, der allerdings eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit nur auf Vorschlag der Kommission treffen und Änderungen der Kommissionsvorschläge nur einstimmig beschließen könne. Die Befugnis der Versammlung in diesem Kontext bestehe darin, lediglich von der Kommission auf den 18 im EWG-Vertrag sowie 11 im Euratom-Vertrag genannten Gebieten konsultiert zu werden. Die eigentliche Einflussmöglichkeit der Versammlung müsse sich demnach auf das Recht, Misstrauensanträge gegen die Exekutive einzubringen, gründen. Durch das daraus resultierende Gleichgewicht werde sich eine Solidarität zwischen der Versammlung und den Kommissionen herausbilden.

Teitgen¹⁷ ist der Ansicht, die wirtschaftliche Integration müsse zur politischen Integration führen, und während er sich ein enges Bündnis zwischen der Versammlung und den Exekutivorganen gegenüber den Ministerräten erhofft, geht er vor allem auf die Zukunftsaussichten für eine Vereinigung der Exekutivorgane ein, die er zu einer weitergehenden Zusammenlegung ihrer Dienststellen auffordert, als Hallstein sie in seiner Rede angekündigt hat.

Geschichtlicher Vorläufer eines aktuellen Themas, des Demokratiedefizits, ist die Rede des Christdemokraten Wigny¹⁸, der hervorhebt, dass die europäische Demokratie zwangsläufig die Kontrolle durch die Versammlung beinhalte, da die nationalen Parlamente niemals dem Rat der europäischen Minister gegenüberstehen werden, und es wäre undenkbar, dass die Politik auf den wichtigsten Gebieten der Wirtschaft sich jeder demokratischen Kontrolle entziehen sollte. Von einem anderen Ansatzpunkt, der aber in die gleiche Richtung zielt, geht der Sozialist Lapie¹⁹ aus, der auf das Wesen der Kontrolle eingeht, die als eine Form der Zusammenarbeit im Rahmen von Oppositionen, zumindest Oppositionen zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten, zu verstehen sei. Bei allem Gegensatz müsse man, um zusammenzuarbeiten, sich nicht nur darüber im Klaren sein, wohin man zusammen geht, sondern auch wie man zusammenarbeiten könne.

4. EURATOM: WELCHE ZIELE?

Motz²⁰, von jeher ein begeisterter Befürworter der Atomenergie und der europäischen Integration auf diesem Sektor, setzt sich mit Euratom auseinander: Die Kernkraft, die neue Energieform, eröffne noch kaum zu ermessende

¹⁵ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958, S. 47.

¹⁶ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958, S. 60-65.

¹⁷ *Ibidem*, S. 65-68.

¹⁸ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 20-24.

¹⁹ *Ibidem*, S. 24-27.

²⁰ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 8-10.

Perspektiven der friedlichen Verwendung und erfreue sich bedeutender wissenschaftlicher Fortschritte, die von der neuen Gemeinschaft in industrielle Wirklichkeit umzusetzen seien:

„Der Euratom-Vertrag ist insofern ein zweckmäßiges Instrument, als er die Initiativ- und Aktionsmöglichkeiten der Regierungen und der Industrie unberührt lässt, zugleich aber der Kommission eine Reihe wirkungsvoller Mittel zur Unterstützung der Regierungen an die Hand gibt“²¹.

Enrico Medi, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft, hält in der Eröffnungssitzung eine flammende Rede²², geht aber in der darauffolgenden Sitzung konkret auf die von seiner Gemeinschaft durchzuführenden Tätigkeiten und die damit verbundenen Schwierigkeiten ein²³. Die Philosophie von Euratom bestehe nicht darin, die Lücken der Mitgliedstaaten im Bereich der Kernenergie auszufüllen, sondern positivere Ziele zu verfolgen, beispielsweise die Arbeit und das Leben Hunderter von Millionen Menschen humaner zu gestalten, damit so wieder Vertrauen in die friedliche Zukunft der Welt entstehen könne.

Bei dieser Sichtweise ihres Endzwecks werde Euratom ihre grundlegende Aufgabe, die Förderung der Unternehmen auf dem atomaren Sektor, nicht durch irgendeine Monopolisierung oder durchgreifende Planung erfüllen können, sondern durch das Ziel einer Koordinierung und Harmonisierung der Politik der Mitgliedstaaten. In diesem Rahmen werde Euratom die Unternehmungen über die technischen Gegebenheiten und die Marktverhältnisse aufklären, wobei durch die Verbreitung der Kenntnisse Verluste an Zeit, Kapital und Arbeitsaufwand vermieden werden sollen.

In dem spezifischeren Bereich der Forschung werde Euratom vor allem das Menschenpotenzial, einer der großen Reichtümer Europas, zu fördern haben und die materiellen Voraussetzungen schaffen müssen: es müsste *„möglich sein [...], in Europa eine systematische Ausbildung von Männern der Wissenschaft und der angewandten Wissenschaft zu fördern, die zur Entwicklung der Atomenergie und Atomindustrie wesentlich beitragen könnten“²⁴*. Die materiellen Voraussetzungen umfassten auch die Schaffung von Laboratorien, die bestens für Aufgaben der auf die Kernenergie angewandten Physik ausgestattet und denen Laboratorien für Chemie und Elektronik angegliedert sein müssten, denn der Forschungsbereich werde umfangreich sein: Forschungen auf dem Gebiet der Kernfusion machten Entscheidungen über Reaktorprototypen erforderlich, die untersucht, geändert und vervollkommen werden müssten. Durchzuführen seien ferner Untersuchungen betreffend Metallurgie und Physik des festen Aggregatzustandes sowie Probleme, die die geophysikalische und geologische Forschung im Hinblick auf die Schürfung etwaiger abbaufähiger Uranlagerstätten betreffen. Die Untersuchungen seien wegen der mit dem Strahlenschutz verbundenen Aspekte auf den Bereich der Biologie zu erweitern.

Euratom werde im Wesentlichen vier Schwierigkeiten begegnen: noch nicht gesicherte und nicht immer unmittelbar zugängliche Kenntnisse auf dem atomaren Gebiet; die notwendige Rekrutierung einer großen Zahl qualifizierter Arbeitskräfte; Erfordernis hoher Investitionen sowie schließlich die Aufnahmebereitschaft in der industriellen Welt, die in Euratom keinen Konkurrenten, sondern eine Stütze sehen müsse.

Battista²⁵ befasst sich in seiner Rede mit Euratom und stellt die Atomenergie in den allgemeineren Rahmen der Koordinierung sämtlicher Energiequellen. Es gehe dabei um eine Frage der Kosten, sowohl hinsichtlich des Preisniveaus als auch in Bezug auf die regionalen Preisunterschiede; des Weiteren gehe es um ein Problem des Zugangs für alle und überall in der Gemeinschaft. Für ein breites Wirtschaftswachstum seien dies die Voraussetzungen. Zu diesen Themen bestehe bereits eine von der EGKS entwickelte und von der Versammlung befürwortete Strategie, die mit dem Beitrag der drei Gemeinschaften weiterverfolgt werden müsse. In diesem

²¹ *Ibidem*, S. 9.

²² *Ibidem*, S. 15-18.

²³ EPV – *Verhandlungen - Sitzung vom 20. März 1958*, S. 50-60.

²⁴ *Ibidem*, S. 51.

²⁵ *Ibidem*, S. 72-73.

Kontext bringt der Redner den Wunsch nach alsbaldiger Errichtung der im Euratom-Vertrag vorgesehenen Gemeinsamen Forschungsstelle zum Ausdruck, die notwendig sei, um die zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in der wissenschaftlichen Forschung und insbesondere bei den eingesetzten Mitteln bestehende Kluft zu schließen.

Posthumus²⁶ übt an den Erklärungen von Medi eine höfliche, aber gezielte Kritik. Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, mehr aber noch zwischen den Gemeinschaften im Bereich der Energie sei elementar, denn jede von ihnen sei für eine oder mehrere Energiequellen verantwortlich: Euratom für die Atomenergie, die EGKS für Kohle und die EWG für die anderen Quellen, darunter Erdöl, dessen Problematik durch die Suezkrise verdeutlicht worden sei. Was speziell Euratom anbelangt, so müsse die Kommission eine Rangfolge ihrer Prioritäten in Bezug auf die vielfältigen Vertragsziele bekannt geben; Posthumus wünscht sich, dass die Betriebssicherheit an erster Stelle stehen möge, und greift damit einer der strategischen Weichenstellungen von Euratom vor. Eine weitere Priorität, die sich nicht auf die Ziele, sondern die Organisation der Tätigkeiten bezieht, ist die Abgrenzung zwischen den Gemeinschaftszuständigkeiten und den nationalen Kompetenzen im Nuklearbereich und mithin die Koordinierung der Maßnahmen der Gemeinschaft und der nationalen Stellen.

²⁶ *Ibidem*, S. 73-76.

VIERTES KAPITEL

DIE KOORDINIERUNG DER GEMEINSCHAFTEN

1. EIN EINHEITLICHES DREIGLIEDRIGES EUROPA: DAS PROBLEM DER KOORDINIERUNG

In der Debatte der Eröffnungssitzung wurden, wie im vorangegangenen Kapitel deutlich wurde, das grundlegende, im Wesentlichen mit der Frage der Beziehungen zwischen den Gemeinschaften und den Mitgliedstaaten gleichzusetzende Thema der europäischen Integration sowie das für die Versammlung lebenswichtige Thema der Beziehungen zwischen den Organen behandelt. Die Frage der Beziehungen zwischen den Gemeinschaften bleibt im Hintergrund.

Die Gelegenheit zu deren Erörterung bietet sich mit dem Sechsten Gesamtbericht über die Tätigkeit der EGKS, zu dem der Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen mit zwei Berichten Stellung nimmt, erstens dem Bericht Janssen¹, in dem das Problem gesondert behandelt wird, und zweitens dem Bericht van der Goes van Naters², der ihn mit einem Entschließungsantrag ergänzt.

Der erste Bericht stellt, im Gegensatz zu dem dürftigen Protokoll des Ausschusses über die diesbezügliche Aussprache³, eine umfassende Analyse des Problems dar, die von einem geschichtlichen Überblick über die Methoden ausgeht, nach denen es bis dahin behandelt wurde.

Dieses Problem resultiere aus einer Lücke in den Römischen Verträgen, die keine Bestimmung zur Koordinierung der drei Gemeinschaften enthalten, sondern lediglich die jeweiligen Zuständigkeiten festlegen und das parallele Nebeneinander der drei Gemeinschaften festschreiben⁴, doch sei

...ein völlig selbständiges Funktionieren der drei Gemeinschaften undenkbar [...], wenn man Überschneidungen oder unfruchtbare Auseinandersetzungen über Zuständigkeiten und Befugnisse vermeiden will und um ein rationelles Funktionieren der verschiedenen Organe für die europäische Integration bemüht ist⁵.

Im Hinblick auf dieses Erfordernis herrscht generelles Einvernehmen zwischen den europäischen Organen, die mittels ihrer Vertreter in der Eröffnungssitzung der Europäischen Parlamentarischen Versammlung Stellung genommen haben; die Ausschüsse der EPV haben ebenso wie zuvor die der Gemeinsamen Versammlung das Problem ebenfalls aufgegriffen oder die Exekutiven ersucht, sie über die Formen der Koordinierung, die sie in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen anzuwenden gedenken, zu unterrichten⁶.

¹ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei Europäischen Gemeinschaften und die politischen und institutionellen Aspekte des Sechsten Gesamtberichts über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*, Dok. 14/58. CARDOC PE0 AP RP/POLI. 1958 A0-0014/58 0010. Der Bericht Janssen enthält auch eine letzte, den Problemen der Information gewidmete Ziffer, die nicht auf die Problematik der Koordinierung rückführbar ist, sondern davon zeugt, dass die europäische Führungsschicht seit Gründung der Gemeinschaften auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit bedacht war.

² EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei Europäischen Gemeinschaften*, Dok. 32/58. CARDOC PE0 AP RP/POLI. 1958 A0-0032/58 0010.

³ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Protokoll der Sitzung vom 4. Juni 1958* - CARDOC PE0 AP PV/POLI. 1958 POLI-19580604-0010.

⁴ Der Bericht leitet diesen Grundsatz des Nebeneinanders von Artikel 252 EWG-Vertrag ab, dem zufolge dieser Vertrag nicht die Vorschriften der beiden anderen Verträge beeinträchtigt.

⁵ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei Europäischen Gemeinschaften...* a.a.O., S. 6-7.

⁶ In dem Bericht werden die diesbezüglichen Arbeiten einiger Ausschüsse aufgeführt, und Janssen zitiert in seinem Redebeitrag in der Plenartagung einige Berichte zu diesem Thema. EPV – *Verhandlungen – Sitzung vom 23. Juni 1958*, S. 153.

2. DIE KOORDINIERUNGSINITIATIVEN DER STAATEN UND DER EXEKUTIVORGANE

Im Übrigen war das Problem den Regierungen sehr wohl gegenwärtig, denn in einem dem EWG-Vertrag beigefügten Protokoll werden die Sechs verpflichtet, eine Lösung für den unterschiedlichen räumlichen Geltungsbereich des nur für das europäische Gebiet der Sechs geltenden EGKS-Vertrags und des sich auch auf Algerien und die überseeischen Gebiete erstreckenden EWG-Vertrags zu finden⁷.

Anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge forderten die einzelstaatlichen Regierungen zudem die Hohe Behörde auf, Vorschläge zur Sicherstellung einer abgestimmten Politik im Energiebereich vorzulegen; zu diesem Zweck wurde am 8. Oktober 1957, noch bevor die neuen Gemeinschaften ihre Tätigkeit aufnahmen, ein Protokoll unterzeichnet, dem sie später beitraten⁸.

Als der Präsident der Hohen Behörde der EGKS der Versammlung den Sechsten Gesamtbericht über die Tätigkeit seiner Gemeinschaft vorlegte, nannte er vier Bereiche, in denen die Zusammenarbeit zwischen den drei Gemeinschaften besonders notwendig ist: die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik, den Verkehr und die Außenbeziehungen⁹.

Auf rein praktischer Ebene wird dies im Sozialbereich von den Exekutivorganen der EGKS und der EWG umgesetzt, die dem Ausschuss für Fragen der Sozialpolitik mit einer diesbezüglichen ausführlichen Erklärung darüber berichten¹⁰. Der Bericht Janssen gibt diese zusammenfassend wieder:

Die beiden Exekutiven haben ihrer Erklärung zufolge drei mögliche Formen der Zusammenarbeit festgelegt:

a) die eine der Institutionen erfüllt eine Aufgabe für beide; die andere nimmt daran durch die Entsendung eines Beobachters teil;

b) die beiden Institutionen führen eine bestimmte Arbeit gemeinsam aus;

c) die beiden Institutionen tauschen ständig Informationen aus; diese Art der Koordinierung gilt für diejenigen Bereiche, in denen die Institutionen sehr bestimmte Verantwortlichkeiten haben, die sie nach eigenen Modalitäten ausüben¹¹.

Auf administrativer Ebene wurde ein „zwischenstaatlicher“ Verwaltungsausschuss geschaffen, in dem die für die Verwaltung der Institutionen verantwortlichen Leiter allwöchentlich zusammentraten, um den acht Institutionen Empfehlungen für deren Führung zu unterbreiten¹². Auf organisatorischer Ebene wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Nutzung einiger Dienste zu prüfen; diese arbeitete den Grundsatz heraus, die Synergien zwischen den drei Gemeinschaften durch die Schaffung gemeinsamer Dienste zu verstärken, wo immer dies möglich sei. Auf der Grundlage dieses Prinzips werden die gemeinsamen Dienste, die zumindest in einer ersten Phase meistens die der Hohen Behörde der EGKS sind, den anderen beiden Gemeinschaften zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um die allgemeinen Verwaltungsdienste, den Dolmetscherdienst, den Materialeinkauf (mit einem gemeinsamen Büromaschinenpark), die Bibliothek, das Amtsblatt, die Statistikabteilung, den Presse- und Informationsdienst, die Außenstellen des Informationsdienstes und die Rechtsabteilung¹³.

⁷ Auf dieses Protokoll bezieht sich der EPV-Ausschuss für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete, der ein Verfahren prüft, um die Bestimmungen der beiden Verträge miteinander in Einklang zu bringen. *Ibidem*, S. 13.

⁸ *Ibidem*, S. 9 und 15.

⁹ *Ibidem*, S. 10-11.

¹⁰ EPV – Ausschuss für Fragen der Sozialpolitik *Protokoll der Sitzung vom 16. Mai 1958* - CARDOC PE0 AP PV/ASOC. 1958 ASOC-19580516-0010.

¹¹ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei Europäischen Gemeinschaften und die politischen und institutionellen Aspekte...* a.a.O., S. 16-17.

¹² *Ibidem*, S. 17.

¹³ Diese Aufzählung stammt aus der Rede des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, auf der Eröffnungssitzung der Parlamentarischen Versammlung. EPV – *Verhandlungen – Sitzung vom 20. März 1958*, S. 48.

3. DIE INITIATIVEN DER PARLAMENTARISCHEN AUSSCHÜSSE

Wenn dies die Ansätze und Ergebnisse in der Frage der zwischengemeinschaftlichen Koordinierung auf Ebene der Exekutivorgane und Regierungen sind, so haben die Parlamentarische Versammlung und sogar die Gemeinsame Versammlung zwischen der Unterzeichnung der Verträge und deren Inkrafttreten solide Beiträge geliefert. Janssen widmet unter Bezugnahme auf den Bericht Kapteyn¹⁴ dem Verkehrsproblem breiten Raum:

...der Ausschuss für Verkehrsfragen der Gemeinsamen Versammlung [war] zur Frage der Koordinierung des europäischen Verkehrs zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Lösung dieses durch den EGKS-Vertrag aufgeworfenen Problems nur für den gesamten europäischen Verkehr, d. h. im Rahmen der vom EWG-Vertrag vorgesehenen gemeinsamen Verkehrspolitik, die auch die Mitarbeit der EGKS voraussetze, gefunden werden könnte. Die EGKS sei nämlich für Erzeugnisse zuständig, die einen sehr erheblichen Teil der in den sechs Ländern transportierten Güter darstellten. Der Ausschuss für Verkehrsfragen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung hat die Frage der Zusammenarbeit der beiden Exekutiven sofort wieder aufgegriffen und diese gefragt, auf welche Weise sie ihre Tätigkeiten zu organisieren gedenken¹⁵.

Im Zusammenhang mit einem anderen Bericht der Gemeinsamen Versammlung, dem Bericht Plevén¹⁶, weist Janssen auf das Problem der unterschiedlichen handelspolitischen Zuständigkeiten der beiden Exekutivorgane von EGKS und EWG hin: Während die Befugnisse der Hohen Behörde im Vergleich zu denen der Mitgliedstaaten begrenzt sind, sieht der EWG-Vertrag den allmählichen Übergang der einzelstaatlichen Zuständigkeit auf die EWG-Kommission vor, der am Ende der Übergangszeit abgeschlossen sein soll.

Daher stellt sich die Frage, ob für Kohle und Stahl die bisherigen Befugnisse der Regierungen, die sie allmählich abtreten werden, von der Hohen Behörde oder von der EWG-Kommission übernommen werden. Der Bericht Plevén regte eine parallel verlaufende und fortschreitende Übertragung der Befugnisse an die beiden Gemeinschaften an, von denen jede für die in ihren Aufgabenbereich fallenden Erzeugnisse zuständig sein würde....Die Hohe Behörde scheint hingegen, insbesondere in ihrem Sechsten Gesamtbericht, der Auffassung zu sein, dass die Koordinierung der Handelspolitik auch für Kohle und Stahl Aufgabe der EWG sei, wobei ihr selbst jedoch die ihr vom EGKS-Vertrag übertragenen Eingriffsbefugnisse erhalten bleiben¹⁷.

4. DIE VORSCHLÄGE DER VERSAMMLUNG

Die Schlussfolgerungen des Berichterstatters, der keinen Entschließungsantrag vorlegt, vertrauen auf die Politik: Die Verträge müssen eingehalten werden, doch ihre Bestimmungen können so ausgelegt werden, dass sie die Fortentwicklung der europäischen Integration unterstützen. In diesem Rahmen können sich die Gemeinschaften der Möglichkeit bedienen, die ihnen in Artikel 238 EWG-Vertrag und in dem entsprechenden Artikel 206 Euratom-Vertrag gegeben wird und die implizit auch auf die EGKS anwendbar ist, nämlich Assoziierungsabkommen

¹⁴ GEMEINSAME VERSAMMLUNG – Ausschuss für Verkehrsfragen *Bericht über die Koordinierung des europäischen Verkehrs*, Dok 6/57-58. CARDOC AC AP RP/TRAN. 1953 AC-0006/57- November 0010.

¹⁵ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei politischen Gemeinschaften und die politischen und institutionellen Aspekte...* a.a.O., S. 12-13.

¹⁶ GEMEINSAME VERSAMMLUNG – Ausschuss für Fragen der Handelspolitik *Bericht über die Handelspolitik der EGKS und die durch sie hervorgerufenen Probleme*, Dok. 1/57-58. CARDOC AC AP RP/RELA. 1953 AC-0001/57- November 0010 (nicht in Französisch verfügbar).

¹⁷ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei politischen Gemeinschaften und die politischen und institutionellen Aspekte...* a.a.O., S. 14-15.

schließen¹⁸. Solche Abkommen, die die Einschaltung des Rates und der Versammlung erfordern, können sogar Änderungen der Verträge vorsehen, wobei dann das Revisionsverfahren zu befolgen ist.

Es scheint also weder an Möglichkeiten noch an Mitteln des Vorgehens und auch nicht an gutem Willen zu fehlen; die Koordinierung zwischen den drei Gemeinschaften ist aber vor allem der Ausdruck eines politischen Willens, und es ist Aufgabe der Versammlung, darüber zu wachen, dass er in die Tat umgesetzt wird¹⁹.

Diese Auslegung wird jedoch vom Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, zurückgewiesen, der Artikel 238 in den Zusammenhang des Vertrags stellt und ausschließt, dass er herangezogen werden kann, um die Trennung und die gegenseitige Unabhängigkeit der Gemeinschaften, die äußerst klar in Artikel 232 verankert sind, zu umgehen²⁰.

In der Plenarsitzung wird Janssen auf der praktischen Ebene vorschlagen, der Politische Ausschuss solle die Empfehlungen der anderen Ausschüsse aufgreifen und in enger Zusammenarbeit mit den Exekutivorganen die Konsequenzen für die Institutionen daraus ziehen²¹. Diese Position wird in den Entschließungsantrag übernommen, den der Ausschuss schließlich dem Plenum vorlegt²² und der ohne Aussprache und Änderungen angenommen wird²³.

5. DIE HALLSTEIN-ERKLÄRUNG: KOORDINIERUNGSFortschritte

Die Debatte ist von Belang, sowohl wegen der Informationen, die die Präsidenten der Exekutiven über die Koordinierungsfortschritte im zweiten Quartal 1958 geben, als auch wegen einiger polemischer Anregungen von van der Goes van Naters, die, obgleich prompte Antworten darauf gegeben werden, das Gefühl für das Empfinden der Versammlung vermitteln und Themen vorwegnehmen, die in den darauf folgenden Jahren im Mittelpunkt der Beratungen über die Gemeinschaftsorgane stehen.

Hallstein²⁴ zählt die erzielten Fortschritte genau auf, die in politische, administrative und die Kooperationsverfahren betreffende Fortschritte unterschieden werden können. Auf der politischen Ebene hätten die drei Präsidenten der Exekutiven beschlossen, regelmäßig zusammenzukommen, um die allgemeine Politik der Gemeinschaften und Probleme von gemeinsamem Interesse zu erörtern. Es seien Arbeitsgruppen auf Ebene der Mitglieder der Exekutivorgane für Außenbeziehungen, allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik, Energiepolitik, Sozialfragen, Verkehrsfragen, Presse- und Informationswesen gebildet worden, denen weitere folgen könnten.

Auf der Verwaltungsebene hätten die beiden neuen Gemeinschaften denselben Stellenplan wie die EGKS angenommen und einen Ausschuss zur Untersuchung von Formen der Zusammenarbeit geschaffen.

¹⁸ Die spezifischen Ziele dieser Artikel betreffen jedoch keineswegs die Koordinierung zwischen den Gemeinschaften, sondern die Erweiterung derselben und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. In Artikel 238 EWG-Vertrag heißt es beispielsweise: „Die Gemeinschaft kann mit einem dritten Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen. Diese Abkommen werden nach Anhörung der Versammlung einstimmig vom Rat geschlossen. Werden durch diese Abkommen Änderungen dieses Vertrags erforderlich, so müssen diese zuvor nach dem in Artikel 236 vorgesehenen Verfahren angenommen werden“.

¹⁹ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei politischen Gemeinschaften und die politischen und institutionellen Aspekte...* a.a.O., S. 21-22.

²⁰ EPV – *Verhandlungen – Sitzung vom 24. Juni 1958*, S. 169. Auch Sassen, Mitglied der Euratom-Kommission, teilt den Standpunkt Hallsteins im Hinblick auf Artikel 206 des Euratom-Vertrags, obwohl in diesem kein analoger Artikel zu Artikel 232 des EWG-Vertrags verankert ist (*ibidem*, S. 170-171). Auf eine entsprechende Aufforderung hin erklärt sich Präsident Hallstein in seiner Antwort an van der Goes van Naters gleichwohl bereit, seine Haltung noch einmal zu überdenken. *Ibidem*, S. 170.

²¹ EPV *Verhandlungen – Sitzung vom 24. Juni 1958*, S. 155.

²² EPV Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Koordinierung der drei politischen Gemeinschaften ...* a.a.O.

²³ EPV – *Verhandlungen – Sitzung vom 27. Juni 1958*, S. 450.

²⁴ EPV – *Verhandlungen – Sitzung vom 24. Juni 1958*, S. 158-160.

6. DER AUSSCHUSS DER VERTRETER: GEMEINSCHAFTSORGAN ODER DIPLOMATISCHES CORPS?

Der Beitrag von van der Goes van Naters²⁵ enthält zum Thema Koordinierung zwei polemische Ansätze, von denen einer von größerer Tragweite ist²⁶ und die Rolle des Ausschusses der Ständigen Vertreter, damals mit dem Kürzel COCOR bezeichnet (französisch: Comité de coordination des représentants), betrifft. Dieses Gremium, das sich innerhalb der fünf vorangegangenen Jahre ohne Rechtsgrundlage im EGKS-Vertrag entwickelt hatte, wurde nach dessen Vorbild in die EWG übernommen, wobei behauptet wurde, es fände seine Rechtsgrundlage in Artikel 151 des Vertrags der neuen Gemeinschaft²⁷. Van der Goes van Naters hebt den unsicheren Status des COCOR hervor: Handelt es sich um ein Gemeinschaftsorgan, da es von einer Gemeinschaftsinstitution wie dem Rat abhängig ist, oder werden seine Mitglieder bei der Gemeinschaft akkreditiert? In diesem letzteren Fall würde jedes dieser Mitglieder ein nationales Amt bekleiden und das Gremium wäre ein bei der Gemeinschaft akkreditiertes diplomatisches Corps. Insbesondere beanstandet der Redner, dass einer dieser Vertreter mindestens einmal stellvertretend für seinen Minister an einer Tagung des Rates teilgenommen habe. Die sozialistische Fraktion widersetze sich einer solchen Entwicklung, die sie allzusehr an das „Drama des Europarats“²⁸ gemahne.

Herr Finet, Präsident der Hohen Behörde, weigert sich, auf die Frage nach der Rolle der Vertreter zu antworten, die eine interne Angelegenheit des Rates sei, unterstreicht jedoch, dass die Hohe Behörde Beziehungen zum Ministerrat unterhalte. Er führt einen Fall an, in dem nach der Aussprache im COCOR Befürchtungen aufkamen, die Zustimmung des Rates für einen Vorschlag der Hohen Behörde könne schwierig werden, wobei diese Befürchtungen jedoch später durch eine enthusiastische Annahme widerlegt worden seien²⁹.

Umso präziser ist die Antwort von Herrn Hallstein, der die Besorgnisse von Herrn van der Goes van Naters teilt und nicht der Auffassung ist, dass der Artikel 151 zu den glücklichsten Schöpfungen des EWG-Vertrags gehört. Er erklärt, die Kommission sei darum besorgt gewesen, dass das Gleichgewicht in der Verteilung der Verantwortung zwischen den nationalen und den supranationalen Faktoren des Vertragswerks durch die Handhabung dieses Artikels nicht gestört würde. Die Analyse, die Hallstein in Bezug auf die Gefahren des COCOR vornimmt, ist überzeugend:

Die eine Gefahr ist die, dass Verantwortungen, die nach dem Vertrag klar auf die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten konzentriert sind, auf dem Wege der Delegation in die Ebene von Beamten abwandern, wohin sie nicht gehören. Für das Verhältnis der Kommission zu den nationalen Ministern hätte das zur Folge, dass die Kommission in ihren Erörterungen, aus denen sich die Lösungen ergeben sollen, es nicht mit denen zu tun hätte, die die Instruktionen geben, sondern mit denen, die sie empfangen. Das wäre eine ganz klare Denaturierung der Struktur unseres Vertrages.

Die zweite Gefahr besteht darin, dass in dem Verhältnis zwischen dem rein supranationalen Element, das von der Kommission repräsentiert wird, und dem föderativen Element, wie ich es früher einmal in diesem Hause nennen durfte, eine Verschiebung zum Schaden des supranationalen Gehaltes unseres Vertrages eintritt. Es könnte sich nämlich die Gewohnheit entwickeln, dass in dem Ausschuss der ständigen Vertreter praktisch

²⁵ *Ibidem*, S. 160-162.

²⁶ In einem anderen Redebeitrag fragt van der Goes van Naters provokativ, warum die Hohe Behörde einen neuen Botschafter in London ernannt habe, ohne sich zuvor mit den beiden anderen Gemeinschaften ins Benehmen zu setzen. Ihm wird Präsident Finet entgegen halten, er hätte die erst drei Monate später erfolgte Schaffung der anderen Exekutivorgane abwarten müssen, um sie hinzuzuziehen, was aufgrund des freien Botschafterpostens in jener Hauptstadt als ein zu langer Zeitraum betrachtet worden sei. Er versicherte jedoch, in Zukunft entsprechende Konsultationen vorzunehmen (*ibidem*, S. 167).

²⁷ Absatz 2 dieses Artikels lautet folgendermaßen: „Diese Geschäftsordnung [des Rates] kann die Einsetzung eines Ausschusses aus Vertretern der Staaten vorsehen. Der Rat bestimmt die Aufgabe und die Zuständigkeit dieses Ausschusses“.

²⁸ EPV – Verhandlungen - Sitzung vom 24. Juni 1958, S. 162.

²⁹ *Ibidem*, S. 168.

eine Administration Leben gewinnt, die sich mit den Aufgaben beschäftigt, die nach dem Vertrag im Grunde Aufgaben des supranationalen Organs, nämlich der Kommission, sind³⁰.

Im Verlauf der Debatte dehnt ein anderer der vier Abgeordneten, die das Wort ergriffen haben³¹, Herr Santero, die Diskussion auf den Ministerrat aus, der im Bericht Janssen nicht behandelt wird. Der Redner bemerkt, dass dieses Organ nach den Erfahrungen der EGKS je nach den auf der Tagesordnung stehenden Themen unterschiedlich zusammengesetzt sei: Jede Regierung entsende ihren für das jeweilige Fachgebiet zuständigen Minister, der aber immer deren Gesamtverantwortung verkörpere. Mit den neuen Verträgen hätten die drei Gemeinschaften nun jede ihren eigenen Ministerrat, doch nach Erfahrung der EGKS könne ein gemeinsames Organ daraus gebildet werden, das die Koordinierung fördern würde³².

³⁰ *Ibidem*, S. 169.

³¹ Neben dem bereits erwähnten Herrn van der Goes van Naters und Herrn Santero, dessen Gedanken nachstehend wiedergegeben werden, beteiligen sich an der Debatte Herr Schujit, der auf die Probleme der Information zu sprechen kommt (*ibidem*, S. 164-165), und Herr Roselli, der zur Besonnenheit bei der Koordinierung mahnt, um zu vermeiden, dass sie nur eine formale Maßnahme bleibt (*ibidem*, S. 165-166).

³² *Ibidem*, S. 163.

FÜNFTES KAPITEL

DIE FRAGE DES SITZES DER ORGANE

1. DIE URSACHE DES PROBLEMS¹

Der Sitz der EGKS war auf der Grundlage von Artikel 77 des entsprechenden Vertrags, der vollständig von Artikel 216 des EWG-Vertrags und Artikel 189 des Euratom-Vertrags übernommen wurde, provisorisch in Luxemburg bestimmt worden. Die Bestimmungen lauten übereinstimmend: „Der Sitz der Organe der Gemeinschaft wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt.“ Es sei bemerkt, dass die Zuständigkeit nicht beim Rat, sondern bei den Regierungen liegt, die sich diesbezüglich beraten und zu einer Einigung gelangen, die von ihrer Natur her ein einstimmiger Akt ist.

Die Umsetzung der zitierten Artikel gestaltete sich trotz ihrer simplen Formulierung schwierig, sodass die Frage des Sitzes eine längere Bearbeitung erforderte, als sie 1958 vorauszusehen war. Es ist sehr aufschlussreich, die Ereignisse, zumindest während des ersten Jahrs des Bestehens der Römischen Verträge, Revue passieren zu lassen.

In Wahrheit beginnt die Geschichte noch vor dem Inkrafttreten der Verträge, als in einer Rundtischkonferenz der „Europa-Weisen“ über die Zukunft Europas unter dem Vorsitz des Präsidenten des Europarates Dehousse ein Protokoll angenommen wird, in dem erklärt wird, die Organe der Sechs sollten von Beginn an in einer einzigen Stadt, einer einzigen Region oder einem einzigen Distrikt ihren Sitz haben, der später die Organe der „Fünfzehn“ (die Mitglieder des Europarats) vereinen sollte. Bei einer zweiten, Ende November abgehaltenen Rundtischkonferenz wird dieser Standpunkt bekräftigt und die Zentralisierung aller europäischen Organe - mit einigen Vorbehalten bezüglich der besonderen Situation der WEU - verfochten.

Inzwischen nimmt die Beratende Versammlung des Europarats am 25. Oktober 1957 eine Empfehlung an, in der einige Kriterien für die Bestimmung der Sitze der Organe der drei Gemeinschaften aufgestellt werden²: Sie sollten sich (bis auf wenige Ausnahmen) an ein und demselben Ort befinden, wo auch die anderen europäischen Organisationen wie die WEU und der Ministerrat des Europarats zu konzentrieren wären; Prestigekämpfe zwischen Staaten und Städten sollten vermieden werden, und die auserwählte Stadt sollte mit einem modernen Kommunikationssystem und internationalen Pressediensten ausgestattet sein sowie eine zentrale Stellung einnehmen, wobei allerdings nicht spezifiziert wurde, inwiefern.

Am 7. November 1957 bekundet die Gemeinsame Versammlung in einer EntschlieÙung über die Handelspolitik³ zwecks einer guten Koordinierung der Handelspolitik zwischen EGKS und EWG den Wunsch, dass *die bestehenden und zukünftigen europäischen Institutionen eng koordiniert und materiell vereinigt werden*.

Am 26. November 1957 nimmt das von Jean Monnet gegründete Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten Europas eine EntschlieÙung zu dem Thema an, in der, nach dem Vorbild des US-amerikanischen District of

¹ Die nachstehend erläuterten Fakten und Dokumente sowie die entsprechenden Zitate wurden, sofern in den Fußnoten nichts anderes angegeben wird, aus folgendem Dokument übernommen: EPV Generalsekretariat *Note zum Verfahren betreffend die von der Versammlung zu der Frage des Sitzes der europäischen Organe abzugebende Stellungnahme*, 9. April 1958. CARDOC PEO AP RP/POLI. 1958 A0-0008/58 0080. Die Zitate stammen aus demselben Dokument.

² In dem Dokument werden sie als *begrenzte Gemeinschaften* bezeichnet, da ihnen lediglich sechs Länder angehören. Das Dokument ist bezeichnend für die damalige Haltung des Europarats zu dem Gemeinschaftssystem, das er gewissermaßen als einen Teil von sich selbst betrachtet, dem gegenüber er ein *Kontrollrecht* habe.

³ GEMEINSAME VERSAMMLUNG – *EntschlieÙung über die Handelspolitik der EGKS*. CARDOC AC AP RP/RELA. 1953 AC-0009/57 - November 0001.

Columbia, ein von den Organen verwalteter und leicht zugänglicher europäischer Distrikt vorgeschlagen wird, in dem alle Gemeinschaftsinstitutionen zusammengeführt werden sollten.

Nach Inkrafttreten der Römischen Verträge kommen die Außenminister der Sechs am 6. und 7. Januar 1958 zusammen, um die in ihre Zuständigkeit fallenden Beschlüsse zu erlassen, und geben am Ende ein Kommuniqué über den Sitz der Organe mit folgenden Kernpunkten heraus: 1. der Sitz sollte sich möglichst an ein und demselben Ort befinden, der nicht genauer spezifiziert wird (Stadt oder anderer Ort); 2. sie werden vor dem 1. Juni 1958 erneut zu diesem Thema zusammentreten; 3. inzwischen werden sie die Stellungnahmen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung sowie der Präsidenten anderer Institutionen, der drei Gemeinschaften und der EIB zu den Sitzvorschlägen einholen; und 4. werden sie außerdem qualifizierte internationale Fachleute auf dem Gebiet der Städteplanung anhören.

Bezug nehmend auf diese Stellungnahme fügt der amtierende Präsident des EWG-Ministerrats, Victor Larock, am Tag der Aufnahme der Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung folgende Mitteilung in seiner Begrüßungsansprache ein:

Nun habe ich Ihrer Versammlung in einer besonderen Frage auf Wunsch meiner Kollegen noch eine Mitteilung zu machen. Nachdem sich meine Kollegen für die Wahl des Sitzes der europäischen Institutionen eine Frist gesetzt haben, muss ihres Erachtens Ihre Versammlung zu dieser Wahl gehört werden. Sie wünschen daher Ihre Stellungnahme hierzu. Die Frage ist wichtig. Soll die Arbeit der Gemeinschaften unter günstigen Bedingungen geleistet werden, so muss diese Frage geregelt werden. Wir legen sie Ihnen in der Hoffnung vor, dass Ihre Versammlung, indem sie die Frage in voller Unabhängigkeit und völlig unparteiisch prüft, darin die Gelegenheit für einen ersten Beweis jenes Geistes der Zusammenarbeit sieht, den wir zutiefst wünschen⁴.

Wenige Tage später, am 25. Februar 1958, setzen die Ministerräte von EWG und Euratom das Kommuniqué der Außenminister vom 6./7. Januar um, indem sie beschließen, dass die Bewerbungen der Regierungen bis zum 31. März eingehen müssen, und einen aus sechs Mitgliedern, einem je Regierung, bestehenden Sachverständigenausschuss einsetzen, der die Kandidaturen nach folgenden Kriterien prüfen soll:

Die Studie muss die Tatsachelemente zusammenfassen, die den zuständigen Ministern eine leichte Beurteilung der Vorteile ermöglichen, die die vorgeschlagenen Standorte in Bezug auf die Merkmale bieten, die der Ort, der für die Niederlassung des Sitzes ausgewählt werden könnte, in sich vereinen sollte.

Diese Stellungnahmen haben einen Punkt gemeinsam: Es soll einen einzigen Sitz geben. Innerhalb der festgesetzten Frist gingen die folgenden Bewerbungen ein:

- Belgien: Brüssel;
- Frankreich: Straßburg, Nizza, Paris und das Departement Oise,
- Italien: Mailand, Turin, Stresa und Monza
- Luxemburg: Luxemburg
- Niederlande: Den Haag (nur für den Gerichtshof)⁵.

⁴ EPV - Verhandlungen - Sitzung vom 19. März 1958, S. 7.

⁵ Kopie des Schreibens von Herrn Calmes, Sekretär der Ministerräte, an Herrn de Meree tot Babberich, Sekretär der Europäischen Parlamentarischen Versammlung (11. April 1958) Anhang zu EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen Bericht über die von der Versammlung erbetene Stellungnahme zur Frage des Sitzes der europäischen Organe, Dok. 13/58. Berichterstatter Herr Kopf. CARDOC PE0 AP RP/POLI. 1958 A0-0013/58 0010.

2. DIE ENTSCHEIDUNG ÜBER DAS VERFAHREN IN DER VERSAMMLUNG

Auf der Grundlage des Ersuchens um Stellungnahme des amtierenden Präsidenten des EWG-Ministerrats erteilt der Ausschuss der Präsidenten der Versammlung dem Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen den Auftrag, der Versammlung einen Bericht und einen Entschließungsantrag über das Verfahren für die Annahme der Stellungnahme vorzulegen, wie der Ausschussvorsitzende, Herr Guglielmo, während einer hitzigen Debatte hervorheben wird⁶.

Die Präzisierung macht sich erforderlich, weil sich innerhalb des Politischen Ausschusses verschiedene Standpunkte sowohl zum Inhalt des vom Politischen Ausschuss geforderten Berichts als auch zum Inhalt der endgültigen Stellungnahme gegenüberstehen. Was Ersteren angeht, so setzt sich die Position von Guglielmo problemlos durch, der zufolge der Bericht das Verfahren betreffen muss; gleichwohl diskutiert der Ausschuss ausführlich darüber, ob sein Entschließungsantrag die Kriterien für die Festlegung des Sitzes enthalten solle. Er geht indessen auf den Inhalt eines von Bohy vorgelegten Fragebogens ein⁷, der letztendlich nicht in den dem Plenum unterbreiteten Entschließungsantrag aufgenommen wird. Was die Stellungnahme der Versammlung anbelangt, so stehen sich zwei Standpunkte gegenüber: einer, wonach sie sich auf die Angabe der Kriterien beschränken sollte, und ein anderer, wonach die Versammlung die auserwählte Stadt angeben sollte⁸.

Der endgültige Standpunkt ist in dem Bericht Kopf⁹ enthalten. Er beschränkt sich auf zwei Fragen: die Modalitäten des einheitlichen Sitzes und das Verfahren. Dabei wird festgestellt, dass die Kriterien für die Bestimmung des Sitzes bereits in dem Bericht des Europäischen Ausschusses internationaler Städtebausachverständiger enthalten sind¹⁰.

In dem Bericht wird der von den Ministern am 7. Januar gebilligte Grundsatz des einheitlichen Sitzes aufgegriffen und befürwortet sowie der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sie ihn bei der endgültigen Entscheidung beachten mögen. Allerdings war in dem Communiqué der Minister die Möglichkeit von Ausnahmen vorgesehen: Zu diesem Punkt wird in dem Bericht erklärt, die drei Exekutivorgane, d. h. die Ministerräte, und die Parlamentarische Versammlung sollten sowohl aus politischen Gründen als auch aus die Effizienz ihrer Arbeit betreffenden Gründen an ein und demselben Ort ihren Sitz haben, jedoch unbeschadet der Möglichkeit für die Versammlung, außerhalb des einheitlichen Sitzes Plenarsitzungen abzuhalten, sofern dies das reibungslose Funktionieren der Arbeiten der Versammlung nicht gefährde. Der Gerichtshof, die EIB und die vom Euratom-Vertrag vorgesehene

⁶ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Protokoll der Sitzung vom 28. April 1958* (insbesondere beigefügter Kurzbericht) – CARDOC PE0 AP PV/POLI. 1958 POLI-19580428-0010.

⁷ *Ibidem* (Anhang).

⁸ Die Aussprache findet in den Sitzungen vom 28. April, 12. Mai und 4. Juni statt. Siehe *ibidem* und EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Protokoll der Sitzung vom 28. April 1958, 4. Juni 1958* – CARDOC PE0 AP PV/POLI. 1958 POLI-19580512-0010 e POLI-19580604 0010.

⁹ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die von der Versammlung erbetene Stellungnahme...a.a.O.* Zu dieser Frage war bereits zuvor ein Zwischenbericht vorgelegt worden, durch den der für die Mai-Sitzung vorgesehene endgültige Bericht auf die Juni-Sitzung verschoben wurde. EPV - Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Zwischenbericht über die von der Versammlung erbetene Stellungnahme zur Frage des Sitzes der europäischen Organe*, Dok. 8/58 Berichterstatte Herr Kopf. CARDOC PE0 AP RP/POLI. 1958 A0-0008/58 0010. In diesem Bericht wurde die Vertagung diplomatisch mit Gründen erklärt, „die mit besonderen internen Problemen der verschiedenen Mitgliedstaaten zusammenhängen und die erhöhte Aufmerksamkeit der betreffenden Staaten erfordern.“ Anhand der bereits erwähnten Protokolle der Ausschusssitzungen vom 28. April und 12. Mai (insbesondere des zweiten) lässt sich der Aufschub besser nachvollziehen: In Belgien und Italien fanden Parlamentswahlen statt und den neuen nationalen Parlamenten musste Zeit für die Wahl der jeweilige Delegationen gegeben werden; für Italien kam noch die Sorge hinzu, die Entscheidung zugunsten einer nicht italienischen Stadt noch vor den nationalen Wahlen könne diese zugunsten der gegen die Gemeinschaft gerichteten Parteien beeinflussen. Im Protokoll vom 12. Mai werden außerdem Schwierigkeiten der französischen Delegation erwähnt, die jedoch nicht näher erläutert werden.

¹⁰ Der vollständige Text des Ausschussberichts vom 30. April 1958 wird in den Archiven des Rates aufbewahrt. Einer im endgültigen Bericht von Herrn Kopf enthaltenen Zusammenfassung können die beiden Kriterien des Ausschusses entnommen werden, die ihrerseits in Unterkriterien unterteilt sind. Das erste betrifft den Charakter der Stadt in europäischer Hinsicht: geografische Lage und Verkehrsanbindung, europäische Ausrichtung, Ausstrahlung der wirtschaftlichen und finanziellen Tätigkeit, Informationsdienste und Verbreitung von Ideen. Das zweite betrifft besondere Eigenschaften der Stadt: allgemeine Merkmale, öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen, kulturelle Veranstaltungen und Freizeitmöglichkeiten, Unterbringungsmöglichkeiten für die Institutionen, ihr Personal und ihre Besucher.

wissenschaftliche Anstalt sollten prinzipiell denselben Sitz haben, doch wenn es zur Verwirklichung des Grundsatzes des einzigen Sitzes für die politischen Organe erforderlich sei, wären Ausnahmen vertretbar.

In Bezug auf das Abstimmungsverfahren sieht der Entschließungsantrag Folgendes vor:

- a) *Jedes Mitglied kennzeichnet unter den zehn auf dem Stimmzettel vermerkten Ortsnamen 5 Orte mit den Präferenzen 1 bis 5, ohne eine Zahl auszulassen; mit der Ziffer 1 wird also die größte Präferenz gekennzeichnet.*
- b) *Beim Auszählen der Stimmen werden für jeden einzelnen Ort unter jeder Präferenznummer 5 bis 1 alle Stimmen getrennt gezählt.*
- c) *Das Ergebnis dieser Stimmzählung wird in einer Tabelle niedergelegt, in der für jede Präferenznummer die Ortsnamen in der absteigenden Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen aufgeführt werden.*

Diese Tabelle wird der Ministerkonferenz als Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung übermittelt.

Damit spricht sich die Versammlung nicht eindeutig für eine Stadt aus, sondern deutet auf die in ihrem Inneren bestehenden Tendenzen hin, was im Übrigen im Bericht Kopf hervorgehoben wird, der diesen Aspekt als einen Vorzug des vorgeschlagenen Verfahrens darstellt.

Der Bericht wird von der Versammlung am 21. Juni 1958¹¹ erörtert und angenommen, wobei im Saal das Echo der in der Öffentlichkeit und in den Medien zu diesem Thema ausgebrochenen Auseinandersetzungen widerhallte, in denen zumeist die verschiedenen nationalen Kandidaturen unterstützt wurden. Trotz der Schärfe dieser Kontroversen werden diese von einigen Rednern als Zeichen eines positiven Interesses der Öffentlichkeit für die europäischen Gemeinschaften gewertet.

In der Debatte geht es hauptsächlich um das vorgeschlagene Verfahren: Die Sozialisten bringen hierzu einen Änderungsantrag ein, in dem kritisiert wird, dass die Kriterien nicht klar und deutlich bestimmt worden seien. Der Änderungsantrag der Sozialisten wird abgelehnt und stattdessen der von Herrn Teitgen angenommen, der eine Position zwischen dem Vorschlag des Ausschusses und dem der Sozialisten einnimmt.

Auf der Grundlage des angenommenen Textes wird das vom Ausschuss vorgeschlagene Verfahren, mit einer Änderung, der zufolge die Stimmen nach der Rangfolge der Präferenzen gewichtet werden, zum ersten Wahlgang einer zweistufigen Abstimmung. Der zweite Wahlgang ist wie folgt geregelt:

„Jedes Mitglied wählt drei Orte unter den fünf Orten aus, die im ersten Wahlgang die höchste Punktzahl erhalten haben, und kennzeichnet sie mit den Präferenzzahlen 3 bis 1, ohne eine Zahl auszulassen. Die größte Präferenz wird also mit der Ziffer 3 gekennzeichnet, die drei Punkte zählt, die zweite Präferenz mit der Ziffer 2, die zwei Punkte zählt, usw.

Beim Auszählen der Stimmzettel werden die Orte in der absteigenden Reihenfolge der auf jeden von ihnen entfallenden Gesamtpunktzahl zusammengestellt.

Das in einer Tabelle niedergelegte Ergebnis des ersten Wahlgangs sowie die Namen der im zweiten Wahlgang festgestellten ersten drei Orte, letztere in der Reihenfolge des Wahlergebnisses, werden dem Ministerrat mitgeteilt.“¹²

Der gebilligte Text ergänzt zudem einen Änderungsantrag, auf dessen Grundlage die Europäische Parlamentarische Versammlung dem Wunsch Ausdruck gibt, dass dieser Ort [der einzige Sitz], „europäischer Distrikt“ sei. Diese Idee war bereits vom Europarat und vom Komitee Jean Monnets¹³ vertreten, jedoch vom Politischen Ausschuss als noch

¹¹ EPV – Verhandlungen – Sitzung vom 21. Juni 1958, S. 56-98.

¹² *Ibidem*, S. 97-98.

¹³ Siehe unter Punkt 1.

nicht ausgereift abgelehnt worden. Während der Parlamentsdebatte hatten die Verfasser des Änderungsantrags, die Herren Santero und Dehousse, erklärt, dass es nicht darum ginge, einen siebenten Staat zu gründen.

3. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DEN SITZ

Am 23. Juni 1958 nimmt die Europäische Parlamentarische Versammlung nach dem zwei Tage zuvor gebilligten Verfahren die Abstimmung vor. 127 Mitglieder nehmen an der Abstimmung teil, und es werden keine leeren oder ungültigen Stimmzettel abgegeben.

Die Endergebnisse des ersten Wahlgangs nach der Gewichtung sehen folgendermaßen aus: Straßburg 271 Punkte, Brüssel 270 Punkte, Nizza 257, Mailand 253, Luxemburg 205, Paris 190, Stresa 138, Turin 124, Monza 120 und das Departement Oise 77.

Ausgehend von diesen Ergebnissen ist die Versammlung aufgerufen, im zweiten Wahlgang über Straßburg, Brüssel, Nizza, Mailand und Luxemburg abzustimmen. Im zweiten Wahlgang werden 126 Stimmberechtigte, 3 leere oder ungültige Stimmzettel und 123 gültige Stimmen gezählt. Er brachte folgendes Ergebnis:

- für die erste Präferenzstufe, gewichtet mit 3 Punkten: Brüssel 46 Stimmen, Straßburg 31, Mailand 30, Nizza 11 und Luxemburg 5;
- für die zweite Präferenzstufe, gewichtet mit 2 Punkten: Nizza 46 Stimmen, Luxemburg 28, Straßburg 26, Mailand 16 und Brüssel 7 ;
- für die dritte Präferenzstufe, gewichtet mit einem Punkt: Mailand 33 Stimmen, Nizza und Luxemburg 28, Brüssel 18 und Straßburg 16.

Nach den Gewichtungen ergeben sich für den zweiten Wahlgang die folgenden endgültigen Ergebnisse: Brüssel 170 Punkte, Straßburg 161, Mailand 155, Nizza 153 und Luxemburg 99.¹⁴

4. NACH DER ABSTIMMUNG DER VERSAMMLUNG

Der Beschluss der Minister über den Sitz hätte am 1. Juni 1958 gefasst werden sollen, wobei dieser Termin im Einvernehmen mit der Versammlung – aus den Gründen, die ihr eine Vertagung ihrer Stellungnahme ratsam erscheinen ließen – auf Ende Juni verschoben worden war. Gleichwohl hatten sich die Minister im Oktober 1958 immer noch nicht geäußert.

In diesem Vakuum reicht Herr Carboni einen Entschließungsantrag ein, in dem die Regierungen aufgefordert wurden, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, und vorgesehen ist, dass, sofern dies nicht geschehen sollte, die Versammlung selbständig über ihren Sitz beschließen werde. Dieser dem Politischen Ausschuss übermittelte Entschließungsantrag mündet nach verschiedenen Ereignissen in einen Bericht über den Sitz der Organe¹⁵, in dem der Antrag von Herrn Carboni berücksichtigt wird; ferner werden ein Änderungsantrag und ein nachgeordneter Änderungsantrag berücksichtigt, die im Ausschuss für Verwaltungsfragen der Versammlung und

¹⁴ Interessant erscheint diesbezüglich die *Note über die eventuelle Verlegung der Sekretariatsdienste der Europäischen Parlamentarischen Versammlung nach Brüssel*, EPV 553, vom 28. August 1958, die nicht unterzeichnet ist und keinen Briefkopf enthält, aus dem ihre Herkunft hervorgehen würde (vermutlich stammt sie vom Generalsekretär oder seinem Kabinett). Darin werden die Probleme im Zusammenhang mit dem damals in Luxemburg befindlichen Sitz des Sekretariats analysiert, der dorthin verlegt worden war, um in die Nähe der dort ansässigen Hohen Behörde der EGKS zu rücken (in den Anfängen der Gemeinsamen Versammlung befand sich das Sekretariat in Straßburg). In Luxemburg seien die Büros der Versammlung auf drei Gebäude verteilt, was bereits Probleme bereite. Die beste Lösung sei eine Verlegung der Dienststellen (es wird nicht angegeben, welche und wie viele) des Sekretariats nach Brüssel, wo sich die beiden neuen Exekutiven niedergelassen hatten und wohin die Sekretariate der drei Räte bereits umgezogen waren. Allerdings wird die auf eine Aufteilung eines Dienstes auf Brüssel und Luxemburg hinauslaufende Lösung ausgeschlossen. CARDOC PEO AP RP/POLI. 1958 A0-0013/58 0080.

¹⁵ EPV- Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über den Sitz der Organe der Europäischen Gemeinschaften*, Berichterstatte: Herr Kopf, Dok. 33/59. CARDOC PEO AP RP/POLI. 1958 A0-0033/59 0010.

Haushaltsfragen der Gemeinschaften eingereicht wurden und einen Entschließungsantrag zu den finanziellen Auswirkungen der Streuung der Institutionen der Gemeinschaften betreffen. Mit dem Änderungsantrag wurden die Regierungen aufgefordert, die Studien über den europäischen Distrikt voranzutreiben und die Stellungnahme der Versammlung zu den verschiedenen in Betracht kommenden Möglichkeiten eines Distrikts einzuholen; mit einem nachrangigen Änderungsantrag wurde die Forderung nach Einholen der Stellungnahme der Versammlung gestrichen.

Der mit dem Bericht eingereichte Entschließungsantrag wird mit einer einzigen Änderung am 14. Mai 1959 angenommen¹⁶. In der EntschlieÙung werden die Regierungen aufgefordert, so schnell wie möglich einen Beschluss über den Sitz der Institutionen oder zumindest über den der Versammlung zu fassen. Außerdem heißt es darin:

„6. beauftragt den Präsidialausschuss, eine Delegation zu ernennen, die den Regierungen der sechs Mitgliedstaaten diese EntschlieÙung vorlegen und ihnen nachdrücklich erklären soll, dass, falls sie innerhalb einer angemessenen Frist noch immer nicht über den Sitz der Versammlung entschieden haben, die Versammlung beschließen wird, wo und wie sie ihre Sitzungsperioden abhält, damit es sowohl für die Sitzungen der Versammlung und ihrer Ausschüsse als auch für eine angemessene und ständige Unterbringung ihres Sekretariats stets Räumlichkeiten zur Verfügung hat.“¹⁷

Am 25. Juli findet ein Treffen zwischen der Delegation der Parlamentarischen Versammlung und den Ministern statt, das mit einem kuriosen Rollentausch Wignys einhergeht, der nun belgischer Außenminister ist. Über dieses Treffen erstattet Robert Schuman, der die parlamentarische Delegation leitet, der Versammlung Bericht¹⁸. Im Namen der Außenminister nimmt Giuseppe Pella die Probleme zur Kenntnis, die aufgrund der nicht erfolgten Bestimmung eines endgültigen Sitzes sowohl für die Versammlung als auch generell für die Institutionen entstehen. Seitens der Regierungen gebe es Probleme, die einen einstimmigen Beschluss über den Sitz, wie er vom Vertrag vorgesehen ist, verzögert hätten. Anfang 1959 hätten sich die Regierungen einen Termin gesetzt, bis zu dem eine Beschlussfassung erfolgen sollte: Frühjahr 1962. Demnach sei eine Übergangszeit von drei Jahren vorgesehen, die vollständig gewahrt werden sollte, um ein Minimum an Stabilität für die Institutionen und deren Einrichtungen zu gewährleisten. In diesem Zeitraum sollte die Idee des europäischen Distrikts weiterentwickelt werden. Was schließlich die von der Versammlung erwogenen einseitigen Maßnahmen anbelangt, so war Pella nicht der Ansicht, diese erörtern zu können¹⁹.

Der Politische Ausschuss legt später einen Bericht über das Treffen vor²⁰, in dem, ohne klare Positionen zu beziehen, die Ausführungen von Pella kommentiert werden, wobei die Übergangszeit von drei Jahren als maximaler Zeitraum gedeutet wird, innerhalb dessen die Ministerkonferenz ihren Beschluss fassen muss. In dem Bericht wird zwar der Notwendigkeit zugestimmt, eine gewisse Stabilität für das Personal zu gewährleisten, doch auch hervorgehoben, dass die Festlegung eines endgültigen Sitzes vorrangig bleibt.

Die Bewältigung des Sitzproblems sollte sich bekanntlich noch lange hinziehen.

¹⁶ EPV – EntschlieÙung über die Festlegung eines Sitzes der europäischen Institutionen in Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 678/59.

¹⁷ *Ibidem*. Die einzige Änderung, die an dem Entschließungsantrag vorgenommen wird, betrifft die zitierte Ziffer: nach der vom Ausschuss vorgeschlagenen Version sollte das Präsidium die Delegation ernennen.

¹⁸ EPV – Verhandlungen – Sitzung vom 22. September 1959, S. 8-10. Von diesem Treffen existieren zwei Berichte, die jeweils acht bzw. zehn Seiten umfassen: EPV - Delegation der Versammlung, die Kontakt zu den sechs Regierungen aufnehmen soll *Protokoll der Sitzung vom 25. Juli 1959*, EPV 2402 - und *Protokoll der Anhörung, die die Konferenz der Vertreter der Mitgliedstaaten der Delegation am 25. Juli 1959 gewährte*, EPV 2406REV. CARDOC PEO AP RP/POLI. 1958 A0-0065/59 0070 und PEO AP RP/POLI. 1958 A0-0051/60 0010.

¹⁹ Dieser Standpunkt wird im Wesentlichen im Plenum vom italienischen Staatssekretär Folchi bekräftigt, der jedoch die Möglichkeit einseitiger Entscheidungen der Versammlung ganz klar ablehnt, da diese durch die *Mehrung vorgefasster Positionen die Entscheidung für die endgültige Lösung eher verzögern als beschleunigen würden*. EPV – Verhandlungen – Sitzung vom 23. September 1959, S. 113-114.

²⁰ EPV – Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen *Bericht über die Erklärung von Robert Schuman zu den Gesprächen am 25. Juli 1959 zwischen der Delegation der Versammlung und den Vertretern der Regierungen der sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft über die Sitzfrage*. CARDOC PEO AP RP/POLI. 1958 A0-0065/59 0010.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die ersten parlamentarischen Arbeiten der Europäischen Parlamentarischen Versammlung zeugen von der besonderen Aufmerksamkeit der damaligen Abgeordneten für die institutionellen Aspekte eines Systems, das noch nicht gefestigt und mithin auf der Suche nach seinem Gleichgewicht war. Das in der EGKS geschaffene System war, trotz seines nicht unerheblichen „Besitzstands“, der gewahrt werden sollte, dem neuen institutionellen Rahmen nicht mehr angemessen, war dieser doch durch eine Vielfalt von Wirtschaftssektoren und ein neues, anderes Herangehen bei der Festlegung der europäischen Politik gekennzeichnet.

Zu dieser unterschiedlichen Herangehensweise gesellte sich die Herausforderung der Schaffung eines gemeinsamen Marktes, die derartig bedeutsam und revolutionär für die Männer und Frauen der damaligen Zeit war, dass sie einige Angeordnete zu der Auffassung veranlasste, die EWG hätte „Gemeinschaft des Gemeinsamen Marktes“ heißen sollen, eine Bezeichnung, die sich zwar nicht bei der Namensgebung, wohl aber jahrelang im allgemeinen Sprachgebrauch der Menschen durchsetzte.

Der Begriff Herausforderung ist den Abgeordneten aller politischer Couleur wohlbewusst und gegenwärtig: Als die Versammlung über die Sitzanordnung im Plenarsaal entsprechend der Fraktionszugehörigkeit beschließt, besteht eine so große Einmütigkeit in den Intentionen, dass es schwierig erscheint, bei den institutionellen Themen die verschiedenen Redner politisch zuzuordnen.

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Kontext der Begriff der Koordinierung der Gemeinschaften, was die Abgeordneten genau verstehen, denn sie sind sich darüber im Klaren, dass es ohne eine enge Zusammenarbeit, nicht nur zwischen den Exekutiven, sondern zwischen allen Institutionen, keine Lösung geben kann.

Die Ausschüsse bringen das Problem von ihren ersten Sitzungen an vor die Exekutivorgane, jeder für seinen Bereich, sie formulieren Vorschläge und drängen auf Maßnahmen. Auch der Versuch Janssens, einen für andere Zwecke bestimmten Artikel der Verträge als Instrument für die Koordinierung zwischen den Organen zu nutzen, ist, obgleich er juristisch von Hallstein abgeschmettert wurde, ein klares Indiz dafür, wie dringlich das Problem der Koordinierung empfunden wurde und wie sehr es eine zwischen allen Organen vereinbarte umfassende Lösung erforderte.

Die Frage sollte später eine praktische Lösung finden, als nämlich 1967 die Exekutiven vereinigt wurden.

Ganz allgemein ist jedoch zu bemerken, dass recht viele politische Themen, die für die spätere Entwicklung der Gemeinschaften von großem Interesse sein sollten, bereits im Bewusstsein der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung lebendig waren. So zum Beispiel viele aufgetretene Probleme institutioneller Art, wie das des Sitzes (das sich später als langwieriges Problem herausstellen sollte), der Erweiterung der Gemeinschaften, der Rolle der ständigen Vertreter, der Beziehungen zu den Staaten oder des Demokratiedefizits. Dies gilt auch für das Herangehen an die wichtigsten Gemeinschaftspolitiken, von den Kontrollaufgaben in Bezug auf die Energieerzeugung bis hin zu den Methoden für das Vorantreiben der Integration und des europäischen Zusammenhalts, ein zentrales und fesselndes Thema, das die europäischen Abgeordneten von der ersten Sitzung an begeistert.

BILDDOKUMENTATION
MITGLIEDER DES
PRÄSIDENTIALAUSSCHUSSES
IM MÄRZ 1958

PRÄSIDIALAUSSCHUSS



ROBERT SCHUMAN
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION
FRANKREICH

DIE VIZEPRÄSIDENTEN DES PARLAMENTS



JEAN FOHRMANN
SOZIALISTISCHE FRAKTION
LUXEMBURG



HANS FURLER
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



EMILE VANRULLEN
SOZIALISTISCHE FRAKTION
FRANKREICH



CHARLES JANSSENS
LIBERALE FRAKTION UND NAHESTEHENDE
BELGIEN

DIE VIZEPRÄSIDENTEN DES PARLAMENTS - FORTS.

EMILIO BATTISTA
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION
ITALIEN



HELLMUT KALBITZER
SOZIALISTISCHE FRAKTION
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



CORNELIS P. HAZENBOSCH
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION
NIEDERLANDE



EDOARDO BATTAGLIA
LIBERALE FRAKTION UND NAHESTEHENDE
ITALIEN



DIE PRÄSIDENTEN DER AUSSCHÜSSE



JONKHEER M. VAN DER GOES VAN NATERS

SOZIALISTISCHE FRAKTION

NIEDERLANDE

AMTIERENDER PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND INSTITUTIONELLE FRAGEN



HENRI ROCHEREAU

LIBERALE FRAKTION UND NAHESTEHENDE

FRANKREICH

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER HANDELSPOLITIK UND FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTEN LÄNDERN



ANDRÉ BOUTEMY

LIBERALE FRAKTION UND NAHESTEHENDE

FRANKREICH

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER LANDWIRTSCHAFT

VIZEPRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND INSTITUTIONELLE FRAGEN



GERARD M. NEDERHORST

SOZIALISTISCHE FRAKTION

NIEDERLANDE

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER SOZIALPOLITIK

DIE PRÄSIDENTEN DER AUSSCHÜSSE - FORTS.

JOSEF ILLERHAUS

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DES
BINNENMARKTES DER GEMEINSCHAFT

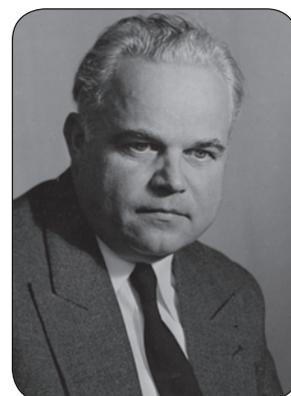


HEINRICH DEIST

SOZIALISTISCHE FRAKTION

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR LANGFRISTIGE
WIRTSCHAFTSPOLITIK, FÜR FRAGEN DER FINANZEN UND
DER INVESTITIONEN



WALTER SCHEEL

LIBERALE FRAKTION UND NAHESTEHENDE

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER ASSOZIIERUNG,
DER ÜBERSEEISCHEN LÄNDER UND GEBIETE



MARIO MARTINELLI

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION

ITALIEN

PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR VERKEHRSFRAGEN



DIE PRÄSIDENTEN DER AUSSCHÜSSE - FORTS.



FRIEDRICH BURGBACHER
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER
ENERGIEWIRTSCHAFTSPOLITIK



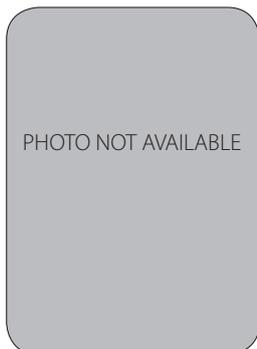
LUDWIG RATZEL
SOZIALISTISCHE FRAKTION
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
VIZEPRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER
WISSENSCHAFTLICHEN UND TECHNISCHEN FORSCHUNG



ALFRED BERTRAND
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION
BELGIEN
PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR FRAGEN DER
BETRIEBSSICHERHEIT, DER ARBEITSHYGIENE UND DES
GESUNDHEITSSCHUTZES



FRANCIS VALS
SOZIALISTISCHE FRAKTION
FRANKREICH
PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR VERWALTUNGSFRAGEN DES
EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND HAUSHALTSFRAGEN DER
GEMEINSCHAFTEN



GEORGES BOHY
SOZIALISTISCHE FRAKTION
BELGIEN
PRÄSIDENT, AUSSCHUSS FÜR RECHTSFRAGEN, FÜR DIE
GESCHÄFTSORDNUNG UND IMMUNITÄTEN

DIE PRÄSIDENTEN DER POLITISCHEN FRAKTIONEN

PIERRE WIGNY
PRÄSIDENT DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN
FRAKTION
BELGIEN



RENÉ PLEVEN
PRÄSIDENT DER FRAKTION LIBERALE UND
NAHESTEHENDE
FRANKREICH



WILLI BIRKELBACH
PRÄSIDENT DER SOZIALISTISCHEN FRAKTION
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



BILDNACHWEIS:

Photo Mr. Fohrmann: Photothèque de la Ville de Luxembourg

Photo Mr. Pleven: Schirner/DHM, Berlin

Photo Mr. Rochereau: Archives du Sénat

Wo nicht anders angegeben Photothek des Parlaments.

ANHANG

PRÄSIDIUM

Präsident

Robert Schuman 19. März 1958 ⁽¹⁾

Vizepräsidenten

Jean Fohrmann 20. März 1958 ⁽¹⁾

Hans Furler 20. März 1958

Emile Vanrullen 20. März 1958

Charles Janssens 20. März 1958

Emilio Battista 20. März 1958

Hellmut Kalbitzer 20. März 1958

C. P. Hazenbosch 20. März 1958

Edoardo Battaglia 10. April 1959 ⁽²⁾

Kabinett des Präsidenten

Paris, 127, rue de Grenelle

Henry Beyer, Kabinettschef

P. Touzet, Berater

Generalsekretariat

M. F. F. A. de Nerée tot Babberich, Generalsekretär

Walter Hummelsheim, stellvertretender Generalsekretär

⁽¹⁾ Datum der Erstwahl; Wiederwahl am 7. Januar 1959.

⁽²⁾ Anstelle des zurückgetretenen Herrn Cantalupo gewählt.

ALPHABETISCHE LISTE DER ABGEORDNETEN*
(mit Lebenslauf)

*** ALRIC, Gustave**

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 15. Februar 1894 in Toulouse. Ingenieur der Ecole centrale in Paris. Mitglied des Hohen Rates der Wissenschaftlichen Forschung. Aufsichtsratsmitglied verschiedener Gesellschaften. Ehemaliger Vizepräsident und Gründer der föderativen Gruppe im französischen Parlament (1947).

Seit 1946 Senator (Aube). Fraktion: I. P.A.S. (Unabhängige).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschafts-
politik,

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die
wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Ge-
meinschaft,
— des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und
technischen Forschung.

Anschrift: Ste-Savine (Aube), 17, rue Benoit Malon, Tel. 43 52 43.

AMADEO, Ezio

Sozialistische Fraktion
Italien

Geboren am 26. Juni 1894 in Mailand. Dr. phil. und Dr. jur. Rechts-
anwalt. Gymnasiallehrer. Für die erste Legislaturperiode der Repu-
blik (1948) zum Abgeordneten gewählt. In der zweiten Legislatur-
periode (1953) Senator in der Emilia Romagna.

Mitglied des Senats der Republik. Sekretär der gemischten parla-
mentarischen Gruppe. Vorstandsmitglied der Italienischen Republi-
kanischen Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1954 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und in-
stitutionelle Fragen,
— des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschrift: Rom, Via Savoia 78.

* Der Stern vor dem Namen bedeutet Mitgliedschaft auch bei der Beratenden
Versammlung des Europarats.

ANGIOY, Giovanni Maria

Liberale Fraktion und Nahestehende
Italien

Geboren am 11. November 1909 in Cagliari. Doktor der Staatswissenschaften. 1949 Mitglied des Zentralkomitees der Italienischen Sozialbewegung, Regionalinspekteur der Italienischen Sozialbewegung für Sardinien. 1953 Abgeordneter für die zweite Legislaturperiode der Republik. Gewählt für die Landesliste (Collegio Unico Nazionale) in der dritten Legislaturperiode der Republik (1958).

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Parlamentsfraktion der Italienischen Sozialbewegung.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der
Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Sassari, Via Principi di Piemonte 17, Tel. 2 36 93.

AUBAME, Jean

Christlich-demokratische Fraktion
Frankreich

Geboren am 10. November 1912 in Libreville. Hauptreferent der Verwaltungs- und Finanzdienste von Französisch-Äquatorialafrika. Präsident der Studiengesellschaft für die bergbauliche, industrielle und landwirtschaftliche Erschließung von Gabon. Mitglied des Gebietsparlaments von Gabon. 1944—1946 Bürgermeister von Poto-Poto.

Seit 1951 Abgeordneter (Gabon). Fraktion: Partei der afrikanischen Neugliederung und der Föderalisten.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der
überseeischen Länder und Gebiete,
Mitglied des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für
Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Paris 17^e, 60, avenue des Ternes, Tel. ÉTO 20 02.

AZEM, Ouali

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 3. März 1913 in Agouni-Gueghrane (Tizi-Ouzou, Algerien). Elektriker. Präsident der Vereinigung der Bürgermeister von Groß-Kabylien. Vizepräsident der Verwaltungsorganisation der Gewählten von Algerien-Sahara.

Seit 1958 Abgeordneter (Tizi-Ouzou-6.-Algerien).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959.

Anschrift: Agouni-Gueghrane (Tizi-Ouzou, Algerien).

BATTAGLIA, Edoardo

Liberale Fraktion und Nahestehende
Italien

Geboren am 31. August 1909 in Termini Imerese (Palermo). Dr. jur. 1943—1950 Friedensrichter in Caccamo. Zweiter Bürgermeister und Gemeinderat für öffentliche Arbeiten in Termini Imerese. Unterstaatssekretär im Ministerium für staatliche Beteiligungen. In der zweiten Legislaturperiode Mitglied der folgenden Senatsausschüsse: Erster Ständiger Ausschuß, Sonderausschuß für die Ausarbeitung des Einheitstextes der Steuergesetze; Beratender Parlamentarischer Ausschuß für die Herausgabe von Normen für die Wahlkreise und die Organigramme der Gerichtsbehörden; Ausschuß für Arbeit und Sozialfürsorge.

Mitglied des Senats der Republik. Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Kanzlei des Ministerpräsidenten und für innere Angelegenheiten. Gemischte Parlamentarische Fraktion (Liberale Partei Italiens). Mitglied des Zentralvorstandes der Liberalen Partei Italiens und Landesberater der Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,

— des Europäischen Parlaments seit 1958,

Vizepräsident des Europäischen Parlaments,

— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,

Mitglied des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Termini Imerese (Palermo), Via SS. Salvatore 7,
Tel. 94 10 75.

BATTISTA, Emilio

Mitglied des Vorstandes der christlich-demokratischen Fraktion
Italien

Geboren am 3. März 1903 in Terracina. Ingenieur. Ehemaliger Direktor und Präsident des Aufsichtsrates von Baugesellschaften. 1944 bis 1946 Mitglied des interministeriellen Ausschusses für Wiederaufbau. 1944—1947 Mitglied des Nationalen Forschungsrates. In den Legislaturperioden 1948, 1953 und 1958 zum Senator gewählt. 1950 bis 1951 Unterstaatssekretär für das Transportwesen. 1951—1955 Unterstaatssekretär für Industrie und Handel. 1952—1955 Mitglied des Ministerrats der EGKS. 1957—1958 italienischer Delegierter bei den Vereinten Nationen. Vorsitzender des Nationalverbandes italienischer Ingenieure und Architekten. Präsident des Verbandes italienischer Atomwissenschaftler.

Mitglied des Senats der Republik. Stellvertretender Vorsitzender des legislativen Senatsausschusses für Industrie, Innen- und Außenhandel und Fremdenverkehr. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1955 bis 1958,

— des Europäischen Parlaments seit 1958,

Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung und anschließend des Europäischen Parlaments,

Mitglied des Ausschusses für Verkehrsfragen,

— des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,

— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,

— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen.

Anschrift: Rom, Via Arno 88, Tel. 86 45 82.

* **BECH, Jean**

Christlich-demokratische Fraktion
Luxemburg

Geboren am 28. September 1926 in Diekirch (Luxemburg). Rechtsanwalt. Dr. jur. Norwegischer Honorarkonsul. Ehemaliger Präsident der Konferenz junger Anwälte in Luxemburg.

Abgeordneter (Centre) seit 1959. Fraktion: christlich-sozial.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 20. März 1959,

— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,

Mitglied des Ausschusses für Verkehrsfragen,
— des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
— des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und
technischen Forschung.

Anschrift: Luxemburg, 21, rue Aldringer, Tel. 2 48 63.

BÉGUÉ, Camille

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 30. November 1906 in Pessoulens (Gers). Studium der Philologie (Agrégé de lettres). Professor der Landwirtschaft am Institut für angewandtes Recht in Paris. Bürgermeister von Larrazet. Conseiller général des Départements Tarn-et-Garonne. Direktor der Abteilung für Berufsverbände und Sozialangelegenheiten im Landwirtschaftsministerium. Generalsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten im Landwirtschaftsministerium. Staatsrat zu besonderer Verwendung.

Abgeordneter (Tarn-et-Garonne) seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschrift: Larrazet (Tarn-et-Garonne), Tel. 16 und 9.

BERGMANN, Karl

Sozialistische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 7. Juni 1907 in Duisburg. 1921—1946 Bergjungmann und Hauer. 1. Mai 1946 Gewerkschaftssekretär der IG Bergbau, Essen, dann Leiter der IG Bergbau, Essen. 1947—1950 Landtagsabgeordneter Nordrhein-Westfalen. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages. Sozialdemokratische Partei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
— des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der
Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Essen, Zur-Linde-Weg 8, Tel. 2 33 91.

BERNASCONI, Jean

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 23. Mai 1927 in Noisy-le-Sec (Seine). Verwaltungsbeamter. Generalsekretär des Arbeiter- und Gewerbekomitees für die Unterstützung der Aktion des Generals de Gaulle.

Abgeordneter (Seine) seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
— des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Noisy-le-Sec (Seine), 22 bis, rue Vaillant-Couturier,
Tel. VIL 53 16.

BERTRAND, Alfred

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
Belgien

Geboren am 26. Mai 1913 in Bilsen. Seit 1951 Provinzialpräsident der Christlichen Arbeiterbewegung von Limburg. Seit 1952 Mitglied des Nationalkomitees der Christlichen Volkspartei in Belgien. Bis April 1954 Sekretär der Abgeordnetenversammlung. Seit 1946 Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Christliche Volkspartei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1952 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Präsident des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschrift: Sint Truiden, Bevingersteenweg 4, Tel. 7 20 38.

BIRKELBACH, Willi

Präsident der sozialistischen Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 12. Januar 1913 in Frankfurt-Höchst. Kaufmännische Ausbildung (Export, industrielles Rechnungswesen). 1938—1941 aus politischen Gründen in Haft.

Leiter der Hessischen Landesgewerkschaftsschule seit September 1947. Mitglied des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Mitglied der Beratenden Versammlung der Westeuropäischen Union.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Sozialdemokratische Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 10. September 1952,
 — des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
 — des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Bad Homburg v. d. H., Am Rabenstein 50, Tel. 54 41.

BIRRENBACH, Kurt

Christlich-demokratische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 2. Juli 1907 in Arnsberg. Humanistisches Gymnasium in Münster, Abitur. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Genf, Paris, München, Berlin und Münster; 1930 Referendarexamen, 1933 Dr. jur. in Tübingen, 1934 Assessorexamen. 1935—1939 Devisen- und Finanzberatung in Berlin, danach bis 1954 Tätigkeit im Import- und Exporthandel der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie in Südamerika und Deutschland. Seit 1954 Generalbevollmächtigter der Gräfin Zichy-Thyssen in Deutschland, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Thyssen AG. für Beteiligungen in Düsseldorf. Mitglied weiterer Aufsichtsräte.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Christlich-Demokratische Union.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 — des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Düsseldorf-Gerresheim, Bergische Landstraße 299.

BLAISSE, Pieter A.

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
 Niederlande

Geboren am 24. April 1911 in Amsterdam. Jurist. 1933 Doktorexamen an der Gemeindeuniversität in Amsterdam. 1935 Volkswirtschaft-

liches Examen an der Technischen Hochschule in Hannover. 1935 bis 1940 Sekretär der Philips-Glühbirnenfabriken AG. in Eindhoven. 1940—1942 Sekretär des Hauptverbandes Industrie. 1945—1952 Direktor im Staatssekretariat für Außenhandel des Wirtschaftsministeriums. Seit 1952 Wirtschaftlicher Berater.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten. 1956 Vorsitzender des Kammerausschusses für Handelspolitik. Katholische Volkspartei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1952 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
 — des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern.

Anschriften: Büro: Den Haag, Oranjestraat 2b, Tel. 11 77 60/1;
 Privat: Den Haag, Ruychrocklaan 218, Tel. 77 64 87.

*** BOGGIANO PICO, Antonio**

Christlich-demokratische Fraktion
 Italien

Geboren am 31. August 1873 in Savona. Dr. jur. Rechtsanwalt. Fünf Jahre lang Lehrtätigkeit an der Katholischen Herz-Jesu-Universität in Mailand. Professor an der Universität Genua seit 1907. Rechtsanwalt bei der Sacra Romana Rota. 1905—1922 Provinzialrat. 1919 Abgeordneter im Parlament, wiedergewählt 1921 und 1924. Aberkennung seines Parlamentsmandats im Jahre 1926. In Genf Delegierter beim Völkerbund und Sekretär bei der Internationalen Vereinigung für den gesetzlichen Schutz der Arbeiter für Italien. 1944 zur Teilnahme an der „Consulta Nazionale“ berufen. Präsident des Ausschusses Kanzlei des Ministerpräsidenten — innere Angelegenheiten. Senator in der ersten, zweiten und dritten Legislaturperiode der Republik.

Mitglied des Senats der Republik. Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1952 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Genua, Corso Magenta 4, Tel. 2 17 21.

*** BOHY, Georges**

Sozialistische Fraktion

Belgien

Geboren am 1. November 1897 in Wavre (Belgien). Rechtsanwalt. Dr. jur. 1947 Erster Präsident der Europäischen Parlamentarischen Union. Präsident des Parlamentarischen Rates der Europäischen Bewegung. Vizepräsident der Versammlung der Westeuropäischen Union. Präsident des Hohen Rates für Volkserziehung.

Abgeordneter (Charleroi) seit 1946. Vorsitzender der sozialistischen Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 6. Juni 1957 bis 19. März 1958,

— des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,

Präsident des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten,

Mitglied des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Arquennes (Belgien), Les bois de sapins.

BONINO, Uberto

Liberale Fraktion und Nahestehende

Italien

Geboren am 13. März 1901 in La Spezia. Industrieller. Abgeordneter in der verfassunggebenden Versammlung und Abgeordneter während der ersten Legislaturperiode der Republik (1948). Während der ersten Legislaturperiode 1948 Sekretär des Ausschusses für Industrie, Handel und Fremdenverkehr. 1953 gewählt für die Landeswahlliste (Collegio Unico Nazionale), während der zweiten Legislaturperiode der Republik in den Listen der Nationalen Monarchistischen Partei. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Industrie und Handel während der zweiten Legislaturperiode der Republik. Übertritt zur Monarchistischen Volkspartei. Abgeordneter für den Wahlkreis-komplex von Catania-Messina-Syrakus-Ragusa-Enna während der dritten Legislaturperiode der Republik (1958).

Mitglied der Abgeordneten-kammer. Fraktion der Monarchistischen Volkspartei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,

— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Messina, Villa Casazza, Tel. 1 26 03.

BONOMI, Paolo

Christlich-demokratische Fraktion

Italien

Geboren am 6. Juni 1910 in Romentino (Novara). Vermessungssachverständiger. Dr. rer. oec. Gründete 1944 den Nationalverband selbständiger Landwirte. Ehemals Mitglied der Beratenden Nationalen Kammer (Consulta Nazionale), Deputierter bei der verfassunggebenden Versammlung. 1948—1953 Abgeordneter für die erste und zweite Legislaturperiode der Republik. Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses Landwirtschaft, Forsten und Ernährung während der zweiten Legislaturperiode der Republik (1953). Abgeordneter in der dritten Legislaturperiode der Republik (1958) im Wahlkreis Rom-Viterbo-Latina-Frosinone. Vorsitzender des Nationalverbandes selbständiger Landwirte. Vorsitzender des Bundes italienischer Landwirtschaftsgenossenschaften (Consorti Agrari) seit 1949.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Rom, Via Circo Massimo 9.

BOSCARY-MONSSERVIN, Roland

Liberale Fraktion und Nahestehende

Frankreich

Geboren am 12. Mai 1904 in Rodez (Aveyron). Dr. jur. Diplom der Hochschule für Politik. Rechtsanwalt. Landwirt. Ehemaliger Landwirtschaftsminister.

Abgeordneter (Aveyron) seit 1951. Fraktion: Indépendants et paysans d'action sociale (Unabhängige).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Rodez (Aveyron), 6, rue de la Madeleine, Tel. 126.

BOUSCH, Jean-Eric

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 30. September 1910 in Forbach (Moselle). Ingenieur I.E.N. und E.S.E. Beurlaubter Pionieroffizier. 1949 Conseiller général. 1953 Bürgermeister von Forbach.

Senator (Moselle) seit 1948. Fraktion: Sozial-Republikaner.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 22. Januar 1959,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für
Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Forbach (Moselle), 13, rue du Pont, Tel. 33.

BOUTEMY, André

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 21. Dezember 1905 in Bécherel (Ille-et-Vilaine). Licencié en droit. Honorarpräfekt. Beamter im Finanzministerium, abgeordnet zum Finanzausschuss der Abgeordnetenversammlung. 1942 Direktor beim Innenministerium. 1943 Präfekt des Departements Loire. 1944 Regionalpräfekt von Lyon. 1953 Minister für Gesundheits- und Bevölkerungsfragen.

Senator (Seine-et-Marne) seit 1952. Fraktion: Action rurale et sociale.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 28. März 1957 bis
19. März 1958,
— des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
Präsident des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
Vizepräsident des Ausschusses für politische Angelegenheiten und
institutionelle Fragen,
Mitglied der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen.

Anschrift: Paris 16^e, 56, rue Pergolèse, Tel. KLÉ 85 67.

BRACCESI, Giorgio

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 30. Januar 1900 in Florenz. Buchprüfer. Direktionsmitglied der Filiale des „Credito Italiano“. Mitglied der Italienischen

Volkspartei von 1919 bis zu deren Auflösung 1925. Vertrat in der Provinz Pistoia seit 1943 die Christlich-Demokratische Partei. 1946 Provinzialesekretär.

Mitglied des Senats der Republik. Sekretär des Finanz- und Schatzausschusses. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Pistoia, Via Orafi 5.

BRAITENBERG, Carl

Christlich-demokratische Fraktion
 Italien

Geboren am 6. Februar 1892 in Meran. Dr. jur. 1919—1921 Beamter im Kabinett der Regierung von Tirol. 1921—1926 Sekretär der Handelskammer Bozen. 1926—1945 stellvertretender Generaldirektor der Sparkasse der Provinz Bozen. 1945—1956 Präsident der Sparkasse der Provinz Bozen. Senator für den Verwaltungskreis Bozen und Meran von 1948 bis 1958. 1958 Präsident des Fremdenverkehrsverbandes Bozen.

Mitglied des Senats der Republik. Gemischte parlamentarische Fraktion (Südtiroler Volkspartei).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen,
 — des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Meran, Zenoberg 163, Tel. 2 22 12.

BRIOT, Louis

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 15. Februar 1905 in Thury (Yonne). Landwirt. 1955 Delegierter bei der 19. Tagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der UNO.

Abgeordneter (Aube) von 1951—1955 und seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Essoyes (Aube), La Papeterie, Tel. 16.

BURGBACHER, Friedrich

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 1. September 1900 in Mainz. Studium der Volks- und Staatswissenschaft in Frankfurt/Main. Verwaltungsdiplom. 1921 Doktor der Staatswissenschaften. Geschäftsführung des Mainzer Innungsverbandes und anderer wirtschaftlicher und Arbeitgeberverbände in Mainz. 1923 Syndikus der Dresdner Bank in Mainz. 1925 selbständiger Wirtschafts- und Steuerberater. Bücherrevisor. 1929 Vorstandsmitglied der Rhenag (Rheinische Energie AG). Mitglied von Vorständen verschiedener Fachverbände, Energiefachgesellschaften und -Unternehmen. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender oder Mitglied in Aufsichtsräten. Lehrbeauftragter, dann Honorarprofessor für Energiewirtschaft an der Universität Köln. Vor 1933 Zentrum. 1928 Mitglied des Landtages Hessen. 1948 CDU, Landesschatzmeister Nordrhein, Mitglied des Landesvorstandes.

Landesvorstand Nordrhein, Landesschatzmeister CDU Rheinland, Wirtschaftsausschuß CDU, Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik, Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Klubhaus Bonn. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1957. Christlich-Demokratische Union.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit September 1957,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Präsident des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
Mitglied des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Köln-Marienburg, Bayenthalgürtel 9, Tel. 38 17 51.

CAMPEN, Philippus C. M. van

Christlich-demokratische Fraktion

Niederlande

Geboren am 1. Januar 1911 in Nymwegen. Jurist. Notaranwärter. 1935—1936 Rechtsanwalt im Haag. 1936—1946 Beamter im Schatzamt des Finanzministeriums. Seit 1946 Generaldirektor der Genossenschaftlichen Landwirtschaftlichen Kreditbank Eindhoven.

Mitglied der Ersten Kammer der Generalstaaten. Katholische Volkspartei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Eindhoven, Raiffeisenstraat 1, Tel. 2 51 17 und 6 98 01.

CANTALUPO, Roberto

Liberale Fraktion und Nahestehende

Italien

Geboren am 17. Januar 1891 in Neapel. Dr. jur. Ehemaliger Unterstaatssekretär. Ehemaliger Bevollmächtigter Minister. Botschafter a. D. Direktor von Zeitungen und Zeitschriften. Mitarbeiter für Außenpolitik in der italienischen Presse. Stellvertretender Generalsekretär der Nationalen Monarchistischen Partei. Mitglied des diplomatischen Schiedsgerichts.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Auswanderung. Fraktion der Nationalen Monarchistischen Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 1958,

Vizepräsident des Europäischen Parlaments von 1958 bis April 1959,

- des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes,

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern.

Anschrift: Rom, Corso Umberto 75, Tel. 6 10 41.

CARBONI, Enrico

Christlich-demokratische Fraktion

Italien

Geboren am 10. Juli 1906 in Cagliari. Dr. jur. Abgeordneter in der Konstituierenden Versammlung. Senator seit 1948. 1954 Unterstaatssekretär. Stellvertretender Vorsitzender der italienischen Vertretung bei der Interparlamentarischen Union. Vorsitzender der italienisch-deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union. Professor an der Universität Cagliari. Anwalt beim Kassationsgerichtshof. Mitglied des Senats der Republik. Mitglied des außenpolitischen Ausschusses. Kommissar der „Giunta per il Mezzogiorno“. Mitglied der „Giunta per le Elezioni“. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1954 bis 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 1958,
- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
- des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Rom, Senato della Repubblica, Tel. 55 22 51.

CARCASSONNE, Roger

Sozialistische Fraktion

Frankreich

Geboren am 15. Juni 1903 in Salon-de-Provence (Bouches-du-Rhône). Licencié en droit. Rechtsanwalt. Conseiller général von Salon-de-Provence. Ehemaliger Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Senator (Bouches-du-Rhône) seit 1946. Fraktion: Sozialist.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von Dezember 1952 bis Juli 1955,

- des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,

Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,

- des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Salon-de-Provence (Bouches-du-Rhône), 24, cours Pelletan, Tel. 0 05.

CARCATERRA, Antonio

Christlich-demokratische Fraktion

Italien

Geboren am 20. Oktober 1905 in Sessa Aurunca (Neapel). Dr. jur. Professor für römisches Recht an der Universität Bari. Direktor der Zeitung „Il Popolo del Mezzogiorno“. Teilnahme an der geheimen Widerstandsbewegung „Gerechtigkeit und Freiheit“ in Bari (1939). 1951 Unterstaatssekretär für Industrie und Handel im 7. Ministerium De Gasperi.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1954 bis 1956 und von 1957 bis 1958,

— des Europäischen Parlaments seit 1958,

Vizepräsident des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften,

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,

— des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Rom, Via Poggio Moiano 34.

CAVALLI, Antonio

Christlich-demokratische Fraktion

Italien

Geboren am 12. September 1889 in Bergamo. Dr. jur. Professor der Philologie. Dr. rer. pol. Anwalt. Mitglied der italienischen Volkspartei und als solches Provinzialrat in Bergamo bis zum Aufkommen des Faschismus; nach der Befreiung Bürgermeister von Bergamo. 1946 Abgeordneter in der Konstituierenden Versammlung. Wiederwahl für die erste und zweite Legislaturperiode der Italienischen Republik (1948 und 1953). Unterstaatssekretär im Ministerium für Industrie und Handel im 3., 4. und 5. Kabinett De Gasperi (1947 bis 1950). In dieser Eigenschaft Vorsitzender des internationalen Kohleausschusses, des interministeriellen Ausschusses für neue Industrieunternehmen und des Sonderausschusses für Erdölanlagen. Vorsitzender des Textilausschusses der UNRRA.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1953 bis 1954 und von 1955 bis 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 1958,
- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschriften: Bergamo, Via Sabotino 2;
Rom, Via del Monte Oppio 5.

*** CERULLI-IRELLI, Giuseppe**

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 7. Juli 1905 in Teramo. Dr. jur. Doktor der Staatswissenschaften. 1934 Beginn der diplomatischen Laufbahn. Attaché bei der Direktion für auswärtige Angelegenheiten im Palazzo Chigi, anschließend im Ausland: Buenos Aires, Montevideo, Tunis, Griechenland usw. Wahl zum Senator 1948, Wiederwahl 1953 und 1958. Abgeordneter in der 11. und 12. Versammlung der Vereinten Nationen, 1956—1957 Vertreter Italiens bei der UNO in New York. Delegierter auf zahlreichen interparlamentarischen Konferenzen.

Mitglied der italienischen Vertretung bei der Interparlamentarischen Union, Mitglied des Senats der Italienischen Republik, Mitglied des III. Ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Rom, Senato della Repubblica.

CHARPENTIER, René

Christlich-demokratische Fraktion
Frankreich

Geboren am 9. Juni 1909 in Paris. Agrartechniker. Conseiller général von Montmirail.

Abgeordneter (Marne) seit 1945. Fraktion: Mouvement républicain populaire.

- Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 - des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
 - des Ausschusses für Verkehrsfragen,
 - des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung,
 - des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Fromentières (Marne), Tel. 4.

COULON, Pierre

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 29. Juni 1913 in Paris. Industrieller. Bürgermeister von Vichy. Direktor der „Société bourbonnaise des applications du fil métallurgique“ in Cusset. Präsident des Nationalverbandes der Metallindustrie für das Gebiet Vichy. Ehemaliges Mitglied des Hohen Rates der Sozialversicherung.

Abgeordneter (Allier) seit 1951. Fraktion: I. P. A. S. (Unabhängige).

- Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 14. März 1956 bis 19. März 1958,
- des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
- Vizepräsident des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten,
Mitglied des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Vichy, 7, rue Sainte-Dominique, Tel. 25 75.

DARRAS, Henri

Sozialistische Fraktion
Frankreich

Geboren am 13. März 1919 in Ronchamp (Haute-Saône). Professor. Bürgermeister von Liévin. Conseiller général.

Abgeordneter (Pas-de-Calais) seit 1958. Fraktion: Sozialist.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Liévin (Pas-de-Calais), 3, rue Paul-Bert, Tel. 5

DE BLOCK, August

Sozialistische Fraktion
 Belgien

Geboren am 23. Februar 1893 in St. Niklaas-Waas. Kreissekretär der belgischen Arbeiterpartei in St. Niklaas. Chefredakteur von „De Volksstem van het Waasland“ (Sozialistische Wochenzeitung). Mitglied des Provinzialrats von Ost-Flandern, 1919—1934 Gemeinderatsmitglied von St. Niklaas. Nationalsekretär der B.A.P. für Flandrisch-Belgien, 1934—1940 Mitglied des Verwaltungsrats der Staatsbahnen. 1942 Aufenthalt in London als Ministerialbeamter. Hauptmann „civil affairs“. Direktor der Genossenschaft „Het Licht“, Druckerei und Verlag. Herausgeber der Tageszeitung „Vooruit“, des offiziellen Organs der Belgischen Sozialistischen Partei. Mitglied des Hohen Rates für die Statistik, Mitglied des Nationalen Rates für die Genossenschaften.

Seit 1946 Mitglied des Belgischen Senats. Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Mitglied des Senatsausschusses für Verkehr. Belgische Sozialistische Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung 1955 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
 Mitglied des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung,
 — des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und Investitionen.

Anschriften: Brüssel 15, De Brocquevillelaan 19, Tel. 33 22 51;
 Gent, St. Pietersnieuwstraat 64, Tel. 25 57 95.

*** DE BOSIO, Francesco**

Christlich-demokratische Fraktion

Italien

Geboren am 19. Februar 1895 in Rovereto. Dr. jur. 1945 Berater des Provinzialausschusses der Christlich-Demokratischen Partei in Verona. 1946 Stadtrat von Verona, anschließend Vorsitzender des Rats der Christlich-Demokratischen Partei Verona. 1948 erste Wahl zum Senator. 1950 stellvertretender Vorsitzender des XI. Ständigen Ausschusses des Senats für Hygiene und Gesundheitsschutz, Kommissar des parlamentarischen Ausschusses zur Erforschung der Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Arbeiter.

Abgeordneter bei der Versammlung der W.E.U. seit 1954, Mitglied des Senats der Italienischen Republik, christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschrift: Verona, Via Quintino Sella 3.

*** DEHOUSSE, Fernand**

Sozialistische Fraktion

Belgien

Geboren am 3. Juli 1906 in Lüttich. Ordentlicher Professor an der Universität Lüttich. Dr. jur. Licencié en sciences sociales. Agrégé de l'enseignement supérieur. Mitglied des Instituts für Völkerrecht seit 1947. Vertreter Belgiens auf zahlreichen Konferenzen und bei vielen internationalen Organisationen: 1954 San Franzisko, 1946—1948, 1951—1952 Vollversammlung der UNO, 1946, 1949, 1950 Wirtschafts- und Sozialrat, 1946 Friedenskonferenz in Paris, 1955—1956 Präsident des Europäischen Ausschusses für die Volksbefragung, sodann des Ausschusses der W.E.U. im Saarland, Stellvertretender Präsident des 1956 vom Vertrag von Luxemburg eingesetzten deutsch-französischen Schiedsgerichtes. 1956—1959 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats.

Senator (zugewählt) seit 1950. Fraktion: Sozialist.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 10. September 1952 bis 19. März 1958,
— des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,

Präsident der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Lüttich, 17, rue Saint-Pierre, Tel. 32 13 26.

DEIST, Heinrich

Sozialistische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 10. Dezember 1902 in Bant bei Wilhelmshaven. Doktor rer. pol. Wirtschaftsprüfer. Studium an den Universitäten Leipzig, Halle, Hamburg. 1931—1933 Regierungsrat. 1933—1935 selbständiger Kaufmann. 1935—1941 Wirtschaftstreuhandler. 1941 Wirtschaftsprüfer. Aufsichtsratsvorsitzender der Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation AG., Bochum. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Elektrizitäts- und Bergwerks-AG., Hamburg.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Sozialdemokratische Partei. Mitglied des Präsidiums und des Parteivorstandes der SPD. Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Bundestag. Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 14. Januar 1954,
— des Europäischen Parlaments seit 1958,
Präsident des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschriften: Büro: Düsseldorf, Elberfelder Straße 2, Tel. 1 98 56;
Privat: Bensberg-Neufrankenforst, Elsterstraße 48,
Tel. 44 70.

*** DE KINDER, Roger**

Sozialistische Fraktion
Belgien

Geboren am 6. Juni 1919 in Gent. Licencié en sciences commerciales et en sciences politiques et diplomatiques. Lehrauftrag an Universitäten.

Abgeordneter (Ostende) seit 1946. Fraktion: Sozialist.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 21. Juli 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Ostende, 102, Digue de mer, Résidence Astrid,
 Tel. 7 27 13 und 7 29 99.

DE RIEMAECKER-LEGOT, Marguerite

Christlich-demokratische Fraktion
 Belgien

Geboren am 9. März 1913 in Oudenaarde. Kabinettsattaché im Ministerium für Kriegsoffer. 1945 Staatskommissar im Ministerium für Kriegsoffer. Mitglied des Nationalkomitees der Christlichen Volkspartei. Stellvertretende Vorsitzende des Hohen Rates für die Familie.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Christliche Volkspartei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Brüssel 2, Stevens Delannooystraat 5, Tel. 78 75 00.

DERINGER, Arved

Christlich-demokratische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 4. Juni 1913 in Neustuttgart/Ukraine. Humanistisches Gymnasium, 1932 Reifeprüfung. 1932—1937 Studium der evangelischen Theologie und Rechtswissenschaft in Tübingen, Kiel, Genf und Berlin. 1937 erstes juristisches Staatsexamen in Berlin. Ausbildung als Gerichtsreferendar (1937 bis Kriegsbeginn 1939). 1942 zweites juristisches Staatsexamen in Kiel. Während des Studiums in der studentischen Selbstverwaltung tätig, 1938—1940 Leiter eines Studentenwerks. 1939—1945 Kriegsteilnahme zunächst bei der Marineartillerie, dann als Seeoffizier. 1945 bis Juni 1947 französische Kriegsgefangenschaft. Nach Rückkehr zunächst Tätigkeit als Dolmetscher, Jugendleiter und Versicherungsvertreter. Seit 1. Januar 1951 als Assessor, seit 1953 als Anwalt in Stuttgart tätig. Spezialgebiete: Kartell- und Wettbewerbsrecht.

1953—1956 Kreisvorsitzender der CDU Waiblingen. Seit April 1956 Geschäftsführender Vorsitzender des Landesarbeitskreises der CDU/CSU. Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Landesverbandes Nordwürttemberg. Mitglied des Deutschen Bundestages. Christlich-Demokratische Union. Mitglied des Rechtsausschusses. Stellvertretendes Mitglied des Wirtschaftsausschusses, des Verkehrsausschusses und des Petitionsausschusses.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschriften: Weil der Stadt (Württ.), Landhausweg 12, Tel. 8 53;
Stuttgart-O, Haussmannstr. 46, Tel. 2 09 07 und 2 08 96.

DE SMET, Pierre-Henri

Christlich-demokratische Fraktion
Belgien

Geboren am 22. Juli 1892 in Brüssel. Professor an der Universität Löwen. Inspektor der Fachschulen für Zivilingenieure. 1936—1939 Senator von Brabant, 1939—1946 zugewählter Senator, seit 1946 wieder Senator von Brabant. 1938 Wirtschaftsminister. 1947 Delegierter Belgiens bei der II. Vollversammlung und 1951 bei der VI. Vollversammlung der UNO. Seit 1949 Präsident des belgischen Normeninstituts. Vorsitzender des Finanzausschusses.

Senator (Brabant) seit 1936. Vorsitzender der christlich-sozialen Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 10. September 1952 bis 19. März 1958.

- des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
- des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Löwen, 130, boulevard de Namur, Tel. 2 33 86.

*** DE VITA, Francesco**

Sozialistische Fraktion

Italien

Geboren am 5. Januar 1913 in Trapani. Dr. rer. pol. Staatsbeamter. Abgeordneter in der Konstituierenden Versammlung für die Republikanische Partei Italiens; Sekretär im Präsidium dieser Versammlung. Ehemaliger Abgeordneter während der ersten Legislaturperiode der Republik (1948). 1953 gewählt für die Landesliste („Collegio Unico Nazionale“) während der zweiten Legislaturperiode der Republik. 1947—1948 stellvertretender Sekretär im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. 1958 Wiederwahl zum Abgeordneten aus der Landesliste („Collegio Unico Nazionale“) während der dritten Legislaturperiode der Republik.

Mitglied der Versammlung der W. E. U. Mitglied der Abgeordnetenkammer. Sekretär der Kanzlei der Abgeordnetenkammer (seit 1958). Gemischte parlamentarische Fraktion (Republikanische Partei Italiens).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschriften: Trapani, Via Certuzza 5;
 Rom, Via Venanzio Fortunato 38.

DROUOT-L'HERMINE, Jean

Liberale Fraktion und Nahestehende

Frankreich

Geboren am 15. September 1907 in Luxeuil-les-Bains (Haute-Savoie). Licencié en droit. Aeronautische Schule. Ingenieur. Generaldirektor von Studien- und Forschungsanstalten für neue Erfindungen. Conseiller général von Paris und des Departements Seine.

Abgeordneter (Seine-et-Oise) seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Paris 7^e, 6 Villa Bosquet, Tel. SOL 89 19.

DULIN, André

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 12. April 1900 in Langoiran (Gironde). Präsident des Generalrates des Departements Charente-Maritime. Ehemaliger Landwirtschaftsminister und Minister für Kriegsteilnehmer.

Senator (Charente-Maritime) seit 1946. Fraktion: Républicain radical et radical socialiste.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 22. Januar 1959.

Anschrift: Paris, Palais du Luxembourg.

DUVIEUSART, Jean

Christlich-demokratische Fraktion
Belgien

Geboren am 10. April 1900 in Frasnes-les-Gosselies (Belgien). Rechtsanwalt. Bürgermeister von Frasnes-les-Gosselies. Provinzialrat. 1947 bis 1950 und 1952—1954 Wirtschaftsminister. 1950 Ministerpräsident. 1950 Mitglied der belgischen Delegation bei der Vollversammlung der UNO.

Senator (Charleroi) seit 1949. Fraktion: Christlich-sozial.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,

- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Charleroi, 6, boulevard Dewandre.

ENGELBRECHT-GREVE, Ernst

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 12. Juli 1916 in Neuendorf. Praktischer Landwirt, kommunalpolitisch tätig. Vorstandsmitglied verschiedener landwirtschaftlicher und wirtschaftlicher Vereinigungen auf Kreis- und Landesebene. Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Christlich-Demokratische Union.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Glückstadt/Elbe, Engelbrechts Hof, Tel. 4 97.

ESTÈVE, Yves

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 14. Februar 1899 in Saint-Georges sur Loire (Maine-et-Loire). Licencié en droit. Notar. Conseiller général. 1956 stellvertretender Ministerpräsident.

Senator (Ille-et-Vilaine) seit 1948. Fraktion: Sozial-Republikaner.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
 — des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Dol de Bretagne (Ille-et-Vilaine), Tel. 29.

FAURE, Maurice

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 2. Januar 1922 in Azerath (Dordogne). Agrégé d'histoire. Dr. jur. Bürgermeister von Frayssac (Lot). Conseiller général. Präsident des Departement-Verbandes der Bürgermeister. Präsident der französischen Sektion der europäischen parlamentarischen Bewegung. Vorsitzender der parlamentarischen Gruppe für freundschaftliche Beziehungen Frankreich-Bundesrepublik. Ehemaliger Staatssekretär im Außenministerium. Ehemaliger Innenminister und Minister für europäische Angelegenheiten.

Abgeordneter (Lot) seit 1951. Administrativer Zusammenschluß der fraktionslosen Abgeordneten.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von September 1952 bis Dezember 1952, von Februar 1953 bis Juli 1953 und von Juli 1955 bis Februar 1956,
 — des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
 — des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,

Mitglied des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und Investitionen,
— der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen.

Anschrift: Paris, 15, boulevard Montparnasse, Tel. SUF 90 72.

FILLIOL, Jean

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 11. September 1906 in Argentat (Corrèze). Licencié-ès-lettres. Studium der Philosophie und der dynamischen Geologie. Diplom des Institut des hautes études internationales. Bevollmächtigter Minister. Politischer Vertreter in Triest. Französischer Botschafter in Saudi-Arabien. Stellvertretender Hoher Kommissar in Vietnam.

Abgeordneter (Corrèze) seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Saint-Cloud (Seine-et-Oise), 43, rue du Val-d'Or,
Tel. NOL 86 92.

FISCHBACH, Marcel

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
Luxemburg

Geboren am 22. August 1914 in Luxemburg. Dr. rer. pol. Zeitung-redakteur. Stadtrat der Stadt Luxemburg.

Abgeordneter (Centre). Fraktion: Christlich-sozial.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1959,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
— des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
— des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und Investitionen.

Anschrift: Luxemburg-Dommeldange, 164, rue des Sources,
Tel. 2 73 53.

FOHRMANN, Jean

Sozialistische Fraktion
Luxemburg

Geboren am 5. Juni 1904 in Dudelange. Zeitungsverleger. Bürgermeister von Dudelange. Ehemaliger Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Abgeordneter (Sud). Fraktion: Sozialist.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 10. September 1952 bis 19. März 1958,

— des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,

Vizepräsident des Europäischen Parlaments,

Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,

— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und Investitionen,

— des Ausschusses für Betriebssicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz.

Anschrift: Hôtel de Ville, Dudelange, u. Tageblatt, Esch-sur-Alzette.

FRIEDENSBURG, Ferdinand

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 17. November 1886 in Schweidnitz. Humanistisches Gymnasium. Studium der Rechte und Bergwissenschaften in Marburg und Berlin. 1910 Preuß. Bergreferendar. 1914 Bergassessor. Prof. Dr. phil. 1921—1925 kaufmännische Tätigkeit in Zürich. Landrat in Rosenberg/Wpr. 1925—1927 stellvertretender Polizeipräsident zu Berlin. 1927—1933 Regierungspräsident in Kassel. 1933—1945 Privatgelehrter in Berlin. 1945—1946 Präsident der Zentralverwaltung für Bergbau und Energie im sowjetischen Besatzungsgebiet. 1946—1951 Bürgermeister von Berlin. Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, seit 1951 Professor für Bergwirtschaft an der Technischen Universität Berlin.

Mitglied des Vorstandes der Exil-CDU. Mitglied des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen im Bundestag. Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der CDU. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1951. Christlich-Demokratische Union.

- Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 1957,
- des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 - des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
 - des Ausschusses für Fragen der wirtschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Berlin-Nikolassee, Hoiruperstraße 14 a, Tel. 80 52 13.

*** FURLER, Hans**

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 5. Juni 1904 in Lahr/Baden. Humanistisches Gymnasium. 1922 bis 1925 Studium der Rechte in Freiburg (Breisgau), Berlin und Heidelberg. Referendarexamen; Promotion in Heidelberg zum Dr. jur.; Assessorexamen. 1929 Rechtsanwalt beim Landgericht Karlsruhe mit Sitz in Pforzheim. 1930 Dozent an der Techn. Hochschule Karlsruhe; 1932 Habilitation; 1940 apl. Professor. Rechtsanwaltspraxis. 1941 in der Wirtschafts- und Finanzverwaltung tätig. Nach dem Zusammenbruch am Wiederaufbau der Industrie- und Handelskammer in Lahr beteiligt. 1949 apl. Professor für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht an der Universität Freiburg. Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Freiburg.

Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Vizepräsident des Centro Internazionale di Studi e Documentazione sulle Comunità Europee. Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union; Mitglied des politischen Ausschusses dieser Versammlung; Präsident der Gemeinsamen Versammlung von 1956 bis 1958.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953; stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der Christlich-Demokratischen Union; Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags; Mitglied des Fraktionsvorstands der Christlich-Demokratischen Union; Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU Baden.

- Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 1955,
- und Vizepräsident des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 - des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen.

Anschrift: Oberkirch (Baden), Hauptstraße 6, Tel. 2 31.

GAILLY, Arthur

Sozialistische Fraktion
Belgien

Geboren am 20. März 1892 in Wanfercée-Baulet. Präsident des belgischen Metallarbeiterverbandes. Vizepräsident des Internationalen Metallarbeiterverbandes. Präsident des allgemeinen belgischen Gewerkschaftsbundes — Hennegau. Präsident des Sozialen Genossenschaftsverbandes in Charleroi. Gründer und Präsident des medizinisch-chirurgischen Instituts in Charleroi. Präsident des Comité régional d'action commune in Charleroi.

Abgeordneter (Charleroi) seit 1936. Fraktion: Sozialist.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 6. Mai 1955,
— des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der
Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschrift: Charleroi, 1, rue des sports, Tel. 31 87 57.

*** GALLETTO, Bortolo**

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 17. August 1899 in Sandrigo (Vicenza). Dr. jur. Rechtsanwalt. Provinzialsekretär und Mitglied des Nationalrates der Italienischen Volkspartei bis zu deren Auflösung. Senator der Christlich-Demokratischen Partei während der ersten und zweiten Legislaturperiode der Republik (1948 und 1953). Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Auslands- und Kolonialfragen.

Mitglied des Senats der Italienischen Republik, christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und die
wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik.

Anschrift: Vicenza, Corso Palladio 87, Tel. 2 31 00.

GEIGER, Hugo

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 1. April 1901 in Furth i. Wald. Studium der Mathematik, Physik, Pädagogik und Nationalökonomie; Staatsexamen und Diplom. 1927—1928 Lehrer für Mathematik und Physik in Würzburg. 1929—1946 Tätigkeit bei der Allianz Lebensversicherungs-AG., Berlin, zuletzt Vorstandsmitglied. 1946—1950 Staatssekretär für Wirtschaft in der Bayerischen Staatsregierung, 1949—1950 Mitglied des Bundesrates. 1950—1953 Mitglied des Bayerischen Landtages. Seit 1952 Landesschatzmeister der CSU. Seit 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, Christlich-Soziale Union.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,

- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
- des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung,
- des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Grünwald bei München, Robert-Koch-Str. 14, Tel. 47 61 77.

*** GOES VAN NATERS, Jonkheer M. van der**

Mitglied des Präsidiums der sozialistischen Fraktion
Niederlande

Geboren am 21. Dezember 1900 in Nymwegen. 1930 Dr. jur. 1924 bis 1940 Rechtsanwalt in Nymwegen. 1930 Anwalt und Berater der Freien Arbeiterbewegung in Heerlen, Limburg. 1940—1944 Geisel in Lagern in Deutschland und den besetzten Niederlanden. 1945—1951 Vorsitzender der sozialistischen Kammerfraktion. Mitglied des Parteivorstandes der Arbeiterpartei. Mitglied verschiedener Staatskommissionen für die Grundgesetzrevision. Mitglied des Beratungsausschusses für Völkerrecht. Vorsitzender des Verbindungsausschusses für Natur- und Landschaftsschutz. Mitglied des vorläufigen Naturschutzrates und des Zuidersee-Rates.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten. Vorsitzender des Haushaltsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Arbeiterpartei.

- Mitglied der Gemeinsamen Versammlung 1952 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 Vizepräsident des Ausschusses für politische Angelegenheiten und
 institutionelle Fragen,
 Mitglied des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der über-
 seeischen Länder und Gebiete,
 — des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung
 und Immunitäten,
 — der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen.

Anschrift: Wassenaar, Konijnenlaan 49, Tel. 94 59.

GRANZOTTO BASSO, Luciano

Sozialistische Fraktion

Italien

Geboren am 9. Dezember 1884 in Biadene (Treviso). Dr. jur. Mit-
 glied der sozialistischen Partei seit 1908. Provinzialabgeordneter
 von 1945—1951. Seit 1945 Präsident des Schulpatronats der Schule
 „G. Garibaldi“ von Feltre. Stadtrat von Feltre und Provinzialrat
 von Belluno. Präsident des Handelsinstituts in Feltre seit 1955.

Mitglied des Senats der Italienischen Republik. Sekretär beim Präsi-
 dium des Senats. Mitglied der ständigen Ausschüsse für Fragen der
 Verteidigung, der Landwirtschaft und Ernährung. Mitglied der
 „Giunta delle Elezioni“.

Gemischte parlamentarische Fraktion (Sozialdemokratische Partei
 Italiens).

- Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Ge-
 meinschaft,
 — des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung
 und Immunitäten.

Anschrift: Rom, Via Novara 53, Tel. 85 84 89.

GUARIGLIA, Raffaele

Fraktion der Liberalen und Nahestehenden

Italien

Geboren am 19. Februar 1889 in Neapel. Dr. jur. Beginn der diplo-
 matischen Laufbahn 1909. Botschafter Italiens in Madrid, Buenos
 Aires, Paris, beim Heiligen Stuhl und in Ankara. Ehemaliger
 Außenminister.

Mitglied des Senats der Italienischen Republik. Mitglied der Fraktion M. S. I. — P. N. M. (Nationale Monarchistische Partei).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Rom, Via Sgambati 1, Tel. 86 65 55.

HAHN, Karl

Christlich-demokratische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 17. Mai 1901 in Allmendshofen (Baden). Kaufmännische Ausbildung. Kaufmännischer Angestellter. Vor 1933 stellvertretendes Verwaltungsmitglied des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes. 1934 aus politischen Gründen entlassen. Bei Kriegsausbruch selbständig, dann in leitenden kaufmännischen Stellungen. Schon vor dem Kriege der Widerstandsgruppe des 20. Juli zugehörig.

Mitglied des Landesvorstandes Westfalen der CDU. Bezirksvorsitzender der CDU für Ostwestfalen-Lippe. Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums des Internationalen Bundes der Christlichen Angestelltengewerkschaften (IBCA). Mitglied des Verwaltungsrates der v. Bodelschwingschen Anstalten in Bethel. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 — des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Bielefeld, Kiskerstraße 14, Tel. 6 18 66.

HAMANI, Diori

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 16. Juni 1916 in Soudoure. Lehrer. Schuldirektor in Niamey. Gemeinderat von Niamey seit 1954. Generalsekretär des P.P.N. (Sektion Niger des R.D.A.) 1957 Conseiller territorial von Niger und Vizepräsident der Nationalversammlung.

Abgeordneter (Niger) seit 1946. Administrativer Zusammenschluß der fraktionslosen Abgeordneten.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Sceaux, 24, avenue Jacques-Rivière.

HAZENBOSCH, Cornelis P.

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
Niederlande

Geboren am 10. November 1921 in Dordrecht. Volkswirt. Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates. Stellvertretender Vorsitzender der Niederländischen Christlichen Radio-Vereinigung. Stellvertretender Sekretär der Hauptabteilung Soziale Angelegenheiten der „Stichting van de Landbouw“. Wirtschaftsberater, später Sekretär der Christlichen Nationalen Gewerkschaft.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten. Vorsitzender des Ausschusses für Kernenergie. Vorsitzender der Kommission für Öffentlich-Rechtliche Betriebsorganisation und Eigentumsbildung. Antirevolutionäre Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung 1955 bis 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 1958,

Vizepräsident des Europäischen Parlaments seit März 1958,

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,

- des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern.

Anschrift: Den Dolder, Hertenaan 31 A, Tel. Bilthoven 30 59.

HELLWIG, Fritz

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 3. August 1912 in Saarbrücken. 1930 bis 1933 Studium der Philosophie, Volkswirtschaft, Staatenkunde und Geschichte in Marburg, Wien und Berlin; 1933 in Berlin zum Dr. phil. promoviert, 1936 in Heidelberg habilitiert (Dr. habil). 1933 bis 1939 in der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken. Leitung des Saarwirtschaftsarchivs. 1937 bis 1938 Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung Saarbrücken. 1939 bis 1940 in der

Geschäftsführung der Bezirksgruppe Nordwest, 1940 bis 1943 Geschäftsführer der Bezirksgruppe Südwest der Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie. Nach Kriegsteilnahme und Kriegsgefangenschaft ab 1947 beratender Volkswirt in Düsseldorf und Duisburg. Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts seit Gründung. Seit 1947 in den wirtschaftspolitischen Ausschüssen der CDU tätig. Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. 1953 bis 1956 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953, ab 1956 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit Februar 1959,
— des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Düsseldorf-Oberkassel, Rheinallee 130.

HERR, Joseph

Christlich-demokratische Fraktion
Luxemburg

Geboren am 14. Juli 1910 in Clervaux (Luxemburg). Rechtsanwalt. Dr. jur. Bürgermeister von Diekirch. Stellvertretendes Mitglied des interparlamentarischen Benelux-Rates.

Abgeordneter (Nord) seit 1954. Fraktion: Christlich-sozial.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 20. März 1959,
— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
— des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Diekirch, 16, Esplanade, Tel. 8 34 70.

ILLERHAUS, Joseph

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 31. Januar 1903 in Duisburg-Hamborn. 1919 bis 1933 bei einer Genossenschaftsbank und einer Großbank tätig. Ab 1933 selbständiger Kaufmann im Textileinzelhandel. Inhaber der Firma Fritz Herberhold Nachfolger in Duisburg-Hamborn. Vizepräsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Textileinzelhandels. Präsident des Einzelhandelsverbandes Nordrhein.

Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU.
Mitglied des Deutschen Bundestages.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Präsident des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
Mitglied des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschriften: Büro: Bonn-Duisdorf, Gartenstraße 30,
Privat: Duisburg-Hamborn, Jägerstr. 76, Tel. 5 01 75.

JANSSEN, Marinus M. A. A.

Christlich-demokratische Fraktion
Niederlande

Geboren am 13. Juni 1903 in Breda. 1921 bis 1928 Studium an der Handelshochschule in Rotterdam (Doktorexamen in Volkswirtschaft und Wirtschaftsprüferexamen). 1928 bis 1931 in der Wirtschaftsprüferabteilung der Philips-Glühlampenfabriken in Eindhoven tätig. 1931 bis 1942 Tätigkeit in einem Büro für Betriebsorganisation. Seit 1942 Wirtschaftsprüfer in Utrecht. Lektor für Buchführung an der katholischen Wirtschaftshochschule in Tilburg. 1946 bis 1951 Mitglied des Gemeinderates von Zeist. Mitglied des Zuidersee-Rates. 1953 bis 1957 Mitglied des Vorstandes des Niederländischen Instituts für Wirtschaftsprüfer.

Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten seit 1958. Katholische Volkspartei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1956 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
— des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung,
— des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften,
— des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschriften: Büro: Utrecht, Koningslaan 75, Tel. 2 49 47;
Privat: Zeist, Kersbergenlaan 6, Tel. 28 78.

JANSSENS, Charles

Libérale Fraktion und Nahestehende
Belgien

Geboren am 26. Mai 1898 in Brüssel. Doktor jur. Rechtsanwalt. Bürgermeister von Ixelles. 1954 bis 1958 Sekretär der Abgeordnetenversammlung.

Abgeordneter (Brüssel) seit 1939. Präsident der liberalen Fraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1959,

- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
- des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Ixelles (Brüssel), 13, rue Fernand-Neuray, Tel. 43 96 74.

KALBITZER, Hellmut

Mitglied des Präsidiums der sozialistischen Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 17. November 1913 in Hamburg. 1936 Gestapohaft, zwei Jahre Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat. 1945 am Aufbau der SPD und der Gewerkschaften in Hamburg beteiligt. Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union. Mitglied des Landesvorstandes Hamburg der SPD. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949.

Mitglied und Vizepräsident des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Hamburg-Rissen, Rheingoldweg 46, Tel. 81 26 10.

KAPTEYN, Paulus J.

Sozialistische Fraktion
Niederlande

Geboren am 28. September 1895 in Amsterdam. Seit 1927 Direktor der Kakao- und Schokoladenfabrik Union AG., Haarlem. 1946 bis

1954 Mitglied des Provinzial-Landtags. 1952 bis 1958 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Europarats.

Mitglied der Ersten Kammer der Generalstaaten seit 1950.
Arbeiterpartei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1952 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Verkehrsfragen,
Mitglied des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für
Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Bentveld, Grenslaan 5, Tel. Haarlem 2 70 70.

*** KOPF, Hermann**

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 29. Mai 1901 in Freiburg (i. Br.). Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Freiburg, Kiel und München. Promotion zum Dr. jur. Seit 1930 Rechtsanwalt in Freiburg (i. Br.). Vizepräsident der Badischen Rechtsanwaltskammer.

Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union. Seit 1949 Mitglied des Deutschen Bundestages. Christlich-Demokratische Union.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit September 1952,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
— der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Freiburg (i. Br.), Bismarckallee 16.

KORTHALS, Hendrik A. ⁽¹⁾

Vizepräsident der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden
Niederlande

Geboren am 3. Juli 1911 in Dordrecht. Volkswirt. 1936 bis 1940 Redakteur beim „Nieuwe Rotterdamse Courant“. 1940 bis 1944 Ministerialbeamter im Ministerium für Handel, Industrie und

⁽¹⁾ Infolge Ernennung zum niederländischen Verkehrsminister am 19. Mai 1959 als Mitglied des Europäischen Parlaments zurückgetreten.

Schiffahrt. Mitglied (später stellvertretender Vorsitzender) des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Politik der niederländischen Regierung in London während der parlamentslosen Zeit von 1940 bis 1945 prüfte. Vorsitzender der Landesorganisation für die Krebsbekämpfung. Kurator der „Professor Dr. B. M. Teldersstichting“. Aufsichtsratsmitglied der gemeinnützigen Gesellschaft Radio Nederland Wereldomroep.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten seit 1945. Mitglied des Verteidigungsausschusses seit 1946 (Stellvertretender Vorsitzender der liberalen Fraktion — Volkspartij voor Vrijheid en Democratie).

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1952 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,

Vizepräsident des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,

Mitglied des Ausschusses für Verkehrsfragen,

— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen.

Anschrift: Leiden, Witte Singel 63, Tel. 3 37 90.

KREYSSIG, Gerhard

Sozialistische Fraktion

Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 25. Dezember 1899 in Crossen/Mulde. Studium der Volkswirtschaft und der Staatswissenschaften. Promotion zum Dr. rer. pol. Banklehre. 1928 wirtschaftspolitischer Sekretär des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in Berlin. Bis 1945 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin, Paris und London. 1946 Wirtschaftsredakteur der „Süddeutschen Zeitung“, München. 1947 bis 1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit April 1951. Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD. Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftspolitik im Deutschen Bundestag. Präsident des Ausschusses für die Fragen des Gemeinsamen Marktes.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit September 1952,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften,
 Vizepräsident des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: München 9, Am Blumengarten 21, Tel. 43 46 62.

*** KRIER, Antoine**

Sozialistische Fraktion
 Luxemburg

Geboren am 21. April 1897 in Luxemburg. Präsident des nationalen Verbandes luxemburgischer Arbeiter. Bürgermeister von Esch-sur-Alzette. Präsident des Allgemeinen Luxemburgischen Gewerkschaftsverbandes. Vizepräsident des Verbindungsbüros der Berg- und Metallarbeiter der EGKS. Vizepräsident des Exekutivkomitees des Europäischen Gewerkschaftssekretariats. Erster Sekretär des Verbindungsbüros der freien Gewerkschaften der Länder der EGKS. Präsident der luxemburgischen Sektion des Rates der europäischen Gemeinden.

Abgeordneter (Sud) seit 1948. Fraktion: Sozialist.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 20. März 1959,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften,
 — des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Esch-sur-Alzette, 5, rue de la Gare, Tel. 5 25 94, 5 22 98.

LAGAILLARDE, Pierre

Sozialistische Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 15. Mai 1931 in Courbevoi (Seine). Rechtsanwalt. Von 1957 bis 1958 Präsident der Allgemeinen Vereinigung algerischer Studenten. Abgeordneter (Algier-Stadt 1.) seit 1958. Fraktion: Verwaltungsorganisation der Gewählten von Algerien-Sahara.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für
Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Blida (Algerien), 1, rue Carnot, Tel. 9 21 79.

LEEMANS, Victor

Christlich-demokratische Fraktion
Belgien

Geboren am 21. Juli 1901 in Stekene. Doktor der Sozialwissenschaften. Lehrer. Publizist.

Mitglied des Belgischen Senats. Christliche Volkspartei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für
die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Antwerpen, Prins Albertlei 8, Tel. 39 48 71.

LEGENBRE, Jean

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 7. Mai 1906 in Paris. Journalist.

Abgeordneter (Oise) seit 1945. Fraktion: Indépendants et paysans
d'action sociale (Unabhängige).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und insti-
tutionelle Fragen,
— der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen.

Anschrift: Compiègne (Oise), 8, rue de la Forêt, Tel. 13 04.

*** LE HODEY, Philippe**

Christlich-demokratische Fraktion
Belgien

Geboren am 16. November 1914 in Odessa. Dr. jr.

Abgeordneter (Neufchateau) seit 1949. Fraktion: Christlich-sozial.

- Mitglied des Europäischen Parlaments seit 21. Juli 1958,
- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
 - des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Brüssel, 35, avenue F. D. Roosevelt, Tel. 47 18 70.

LENZ, Aloys Michael

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 10. Februar 1910 in Vochem. Schlosserlehre, Abendstudium an den Vereinigten Staatlichen Maschinenbauschulen in Köln. Lehrgänge der früheren Christl. Gewerkschaften. Selbststudium. Berichterstatte mehrerer Tageszeitungen. 1933 aus politischen Gründen entlassen. Arbeit in der chemischen Großindustrie. Verbandssekretär der Industriegewerkschaft Bergbau.

Stellvertretender Vorsitzender der CDU Köln-Land. Vorstandsmitglied des Landesausschusses der CDU Rheinland. Mitglied des Bundespartei-Ausschusses der CDU, des Landesparlaments von Nordrhein-Westfalen, des Rates der Stadt Brühl bis 1948 und des Kreistages von Köln-Land. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses.

- Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit Oktober 1953,
- des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 - des Ausschusses für Verkehrsfragen,
 - des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
 - des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Brühl-Vochem b. Köln, Bahnhofstraße 40,
Tel. Brühl 23 74.

*** LEVERKUEHN, Paul**

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 31. Juli 1893 in Lübeck. Dr. jur. Teilnehmer des ersten Weltkrieges. 1923 bis 1935 bei der Deutsch-Amerikanischen Gemischten Kommission in Washington. 1925 bis 1928 Bankier in New York. 1928 bis 1930 Reichskommissar für die Freigabe des deutschen Vermögens an der Deutschen Botschaft in Washington. 1930 bis 1939

Rechtsanwalt in Berlin. Teilnehmer des zweiten Weltkrieges. 1940 Konsul in Täbris. 1941 bis 1944 Gehilfe des Militärattachés an der Botschaft in der Türkei; 1944 bis 1945 Bevollmächtigter des Vorstandes der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. 1951 bis 1953 Mitglied der deutschen Delegation bei den Schuldenverhandlungen in London.

Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Christlich-Demokratische Union. Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Außenhandelsausschusses.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958, Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern, Mitglied des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Hamburg 1, Ferdinandstraße 56, Tel. 32 54 67.

LICHTENAUER, Wilhelm F.

Christlich-demokratische Fraktion
Niederlande

Geboren am 11. Mai 1900 in Rotterdam. Jurist. Mitglied der Industrie- und Handelskammer Rotterdam (bis 1951 Geschäftsführer). Präsident der Schifffahrtsgesellschaft Süd in Rotterdam. Stellvertretender Vorsitzender des Zentralausschusses für die Statistik. Bis 1956 geschäftsführendes Mitglied des Verwaltungsrates von Kersten Hunik und Co. AG. in Rotterdam. 1956 bis 1957 stellvertretendes Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats. Mitglied des Beratenden Interparlamentarischen Benelux-Rates.

Mitglied der Ersten Kammer der Generalstaaten. Christlich-Historische Union.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung 1957 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
— des Ausschusses für Verkehrsfragen,
— des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Rotterdam, Bergseplaslaan 1, Tel. 4 49 32.

LINDENBERG, Heinrich

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 2. Oktober 1902 in Berlin. Studium der Rechte an den Universitäten München, Berlin, Göttingen, Assessorexamen vor dem Kammergericht in Berlin, Promotion zum Dr. jur., 1931 bis 1932 Richter in Hannover. Seit November 1932 Rechtsanwalt am Landgericht Hannover. 1934 bis 1945 Vorstandsmitglied der Braunkohlen-Benzin AG. in Berlin. Später Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Wintershall bis Oktober 1958, ab November 1958 Mitglied des Aufsichtsrats der Gewerkschaft Wintershall. Seit Mai 1955 Notar. Seit April 1950 Mitglied der CDU.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschriften: Büro: Bonn, Stiftsplatz 1, Tel. 5 13 67;
Bad Harzburg, Burgstraße 14, Tel. 14 18.

LONGCHAMBON, Henri

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 27. Juli 1896 in Clermont-Ferrand (Puy-de-Dôme). Agrégé de l'Université. Dr. phil. Professor und Dekan an der Fakultät der Wissenschaften in Lyon. Präfekt des Departements Rhône. Kommissar der Republik für das Gebiet Rhône-Alpes. Versorgungsminister. Staatssekretär für wissenschaftliche Forschung und technischen Fortschritt in der Kanzlei des Ministerpräsidenten. 1952 bis 1954 Präsident des Ausschusses für die Industrieproduktion des Rates der Republik. 1955 bis 1958 Präsident des Ständigen Ausschusses für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung. Präsident des Hohen Rates für wissenschaftliche Forschung und technischen Fortschritt. Vorsitzender des parlamentarischen Komitees für Wissenschaft und Technik. 1955 bis 1958 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats.

Seit 1947 Senator als Vertreter der außerhalb Frankreichs ansässigen Franzosen. Fraktion: gauche démocratique.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 22. Januar 1959,

- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
- des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
- des Ausschusses für Fragen der wirtschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Lyon (Rhône), 18, quai Claude-Bernard,
Tel. Parmentier 05 45.

*** LÜCKER, Hans-August**

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 21. Februar 1915 in Krümmel/Hessen. Praktische Ausbildung in Landwirtschaft und Gartenbau; Studium der Landwirtschaft und allgemeinen Volkswirtschaft. 1940 bis 1945 Kriegsteilnahme. 1945 bis 1947 Leiter des Ernährungsamtes München-Freising und Erding. 1947 bis 1953 Direktor der Landesbauernkammer Bayern und Stellvertretender Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes. 1949 bis 1953 persönlicher Mitarbeiter des Präsidenten des Verbandes der europäischen Landwirtschaften (CEA), Dr. Hermes. Seit 1945 Mitglied der Christlich-Sozialen Union und des Wirtschaftsbeirates der Union. Mitglied des Kuratoriums und des Forschungsbeirates des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München. Kurator der Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft e. V., Frankfurt/M.

Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschriften: Büro: Bonn, Kaiserstraße 11, Tel. 3 88 36;
München 9, Über der Klause 4, Tel. 4 90 98.

LUNET de la MALÈNE, Christian

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 5. Dezember 1920 in Nîmes (Gard). Soziologe.

Abgeordneter (Seine) seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen.

Anschrift: Paris 16^e, 1, Villa Molitor, Tel. MIR 62 90.

MARGULIES, Robert

Schatzmeister der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 29. September 1908 in Düsseldorf. 1923 kaufmännische Lehre, 1925 kaufmännischer Angestellter, 1934 selbständiger Kaufmann, 1937 Handelsvertreter, 1945 Geschäftsführer, 1950 Getreideimporteur. Präsident der Mannheimer Produktenbörse. Mitglied des Präsidiums des Gesamtverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels, Bonn. Mitglied des Vorstandes des Großhandelsverbandes Baden-Württemberg, Mannheim.

1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden. 1947 Mitglied des Württemberg-Badischen Landtages. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Freie Demokratische Partei. Stellvertretender Vorsitzender des Außenhandelsausschusses des Deutschen Bundestages.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
— des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung,

Vizepräsident des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Mannheim, Am Herzogenriedpark 22, Tel. 2 22 67.

MARINA, Mario

Fraktion der Liberalen und Nahestehenden
Italien

Geboren am 23. November 1897 in Mailand. Handelsexperte für Fragen der Betriebsleitung und des Steuerrechts für Handels- und Industrieunternehmen. Leiter von Unternehmen. Industrieller Präsident der interregionalen Vereinigung der Glas- und Keramikproduzenten. Präsident der Glasindustrie. Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender der „Uomo Qualunque“-Partei. Abgeordneter in der Konstituierenden Versammlung. Provinzialrat der Provinz Mailand. Organisator und Mitglied des Zentralkomitees des M.S.I.

Mitglied des Senats der Italienischen Republik. Mitglied der Fraktion Soziale Bewegung Italiens (M.S.I.).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Mailand, Via Cornaggia 9, Tel. 87 73 22.

MARTINELLI, Mario

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 12. Mai 1906 in Como. 1946 Abgeordneter der Konstituierenden Versammlung. Wiedergewählt in die Abgeordnetenkammer für die erste (1948), zweite (1953) und dritte (1958) Legislaturperiode der Republik. 1948 bis 1951 Mitglied des Nationalrates und der Landesleitung der Christlich-Demokratischen Partei. Unterstaatssekretär im Finanzministerium im 7. und 8. Kabinett De Gasperi. Unterstaatssekretär im Außenhandelsministerium im ersten Kabinett Fanfani und im Kabinett Pella. Außenhandelsminister im Kabinett Scelba.

Mitglied der Abgeordnetenkammer. Präsident des Ausschusses für finanzielle Fragen und das Schatzamt. Mitglied des Vorstandes der christlich-demokratischen Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
Präsident des Ausschusses für Verkehrsfragen,
Mitglied des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Como, Via Dante 60, Tel. 2 04 44.

MARTINO, Edoardo

Christlich-demokratische Fraktion

Italien

Geboren am 20. April 1910 in Alessandria. Dr. phil. Abgeordneter in der ersten (1948) und zweiten (1953) Legislaturperiode der Republik. 1947 bis 1953 Unterstaatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten für die Unterstützung der Heimkehrer und der Partisanen. 1953 bis 1954 Unterstaatssekretär für das Verteidigungswesen im Kabinett Pella und im ersten Kabinett Fanfani. 1958 Abgeordneter des Wahlkreiskomplexes Cuneo-Alessandria-Asti in der dritten Legislaturperiode der Republik. 1958 Unterstaatssekretär für das Verteidigungswesen im zweiten Kabinett Fanfani. Mitglied des italienischen Rates der Europabewegung. Dekan der Fakultät für Zeitungswissenschaften der Internationalen Universität für Sozialwissenschaften.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,

- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschriften: Rom, Via Nicolò Piccinni 25;
Alessandria, Via Lanza 1.

MARTINO, Gaetano

Vizepräsident der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden

Italien

Geboren am 25. November 1900 in Messina. „Laureato in fisiologia umana“. Ordentlicher Professor an der Universität Rom. Präsident der italienischen Gesellschaft für den wissenschaftlichen Fortschritt. Präsident der „Accademia Peloritana“. 1943 bis 1957 Rektor der Universität Messina. 1948 bis 1954 Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung. 1954 Unterrichtsminister. 1954 bis 1957 Außenminister. 1948 bis 1954 Vorsitzender des Ausschusses für das Unterrichtswesen der Abgeordnetenversammlung.

Mitglied der Abgeordnetenkommer. Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Auswanderung. Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Liberalen Partei Italiens.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
 — der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
 — des Ausschusses für Fragen der wirtschaftlichen und technischen Forschung.

Anschriften: Messina, Piazza Duomo 12, Tel. 1 32 84;
 Rom, Piazza Stefano Facini 30.

METZGER, Ludwig

Sozialistische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 18. März 1902 in Darmstadt. Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an den Universitäten Gießen, München, Wien. Referendar- und Assessorprüfung. Gerichtsassessor an den Amtsgerichten Gießen und Darmstadt und bei den Staatsanwaltschaften Darmstadt und Mainz. Regierungsassessor beim Kreisamt Heppenheim. 1933 Dienstentlassung aus politischen Gründen. Danach Rechtsanwalt in Darmstadt. Verhaftung durch die Gestapo wegen illegaler Tätigkeit. 1945 bis 1950 Oberbürgermeister von Darmstadt. 1951 bis 1954 hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung.

Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union seit 1956. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Mitglied des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes der SPD im Bundestag.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
 — der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
 — des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
 — des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Darmstadt, Fichtestraße 41, Tel. 52 66.

MOTTE, Bertrand

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 19. Juli 1914 in Aunappes (Nord). Aufsichtsratsmitglied verschiedener Gesellschaften. Conseiller général. Vizepräsident der parlamentarischen Gruppe Europa-Afrika. Generalsekretär der parlamentarischen Gruppe der Europabewegung. Präsident der Studiengruppe für lokale Wirtschaft. Vizepräsident der Nationalkonferenz der regionalen Studienausschüsse. Mitglied des Präsidialausschusses der Europabewegung. Mitglied des Präsidiums des Nationalrates der französischen Unternehmer. Mitglied des Hohen Rates der Bodenbewirtschaftung.

Abgeordneter (Nord) seit 1958. Fraktion: Indépendants et paysans d'action sociale (Unabhängige).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,

- des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
- des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Lille (Nord), 77, rue Nationale, Tel. 57 14 98.

*** MOTZ, Roger**

Liberale Fraktion und Nahestehende
Belgien

Geboren am 8. Juli 1904 in Schaerbeek (Brüssel). Bergingenieur. Aufsichtsratsmitglied verschiedener Gesellschaften. Staatsminister. 1932 bis 1959 Gemeinderat von Schaerbeek. 1936 bis 1939 Stellvertretender Abgeordneter. 1939 bis 1946 Abgeordneter von Brüssel. Präsident der Liberalen Partei. 1952 bis 1958 Präsident der Internationalen Liberalen Vereinigung. 1949 Delegierter Belgiens bei der UNO. Präsident der belgischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vorsitzender der Liberalen Fraktion der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union. 1958 Wirtschaftsminister. Präsident des Nationalkomitees für die wirtschaftliche Entwicklung des Kongo. Ehemaliger Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Mitglied des Senats (Brabant) seit 1946. Fraktion: Liberal.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 10. September 1952 bis 19. März 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 6. August 1958,
- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
- des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Brüssel, 88, avenue Paul-Deschanel, Tel. 15 32 98.

MÜLLER-HERMANN, Ernst

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 30. September 1915 in Königsberg (Preußen). Juristisches und volkswirtschaftliches Studium. Aufgabe des Studiums aus politischen Gründen. Kaufmännische Lehre im Speditionsfach. Kriegsteilnehmer. Nach 1945 Dolmetscher.

1946 Mitgründer, bis 1948 Landesgeschäftsführer der CDU in Bremen. Schriftleiter der Tageszeitung „Weser Kurier“. Seit Januar 1952 Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen des Bundestages. Mitglied des Landesvorstandes der CDU.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
- des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Bremen, Kirchbachstraße 88, Tel. 44 42 58.

NEDERHORST, Gerard M.

Sozialistische Fraktion
Niederlande

Geboren am 17. Oktober 1907 in Gouda. Volkswirt. 1933 bis 1940 stellvertretender Direktor des wissenschaftlichen Büros der S.D.A.P (Sozial-demokratische Arbeiterpartei). 1945 bis 1947 Sekretär der „Stichting van de Arbeid“. 1947 bis 1955 Mitglied des „Colleg van

Rijksbemiddelaars“ (Schlichtungsrat). Mitglied des Gemeinderats von Gouda. Im Kuratorium des wissenschaftlichen Büros des niederländischen Gewerkschaftsverbandes tätig. Mitglied des Kuratoriums der Dr. Wiardi Beckman Stiftung.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten. Vorsitzender des ständigen Wirtschaftsausschusses der Zweiten Kammer. Arbeiterpartei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1952 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 Präsident des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 Mitglied des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Gouda, Joubertstraat 48, Tel. 22 90.

ODENTHAL, Willy

Sozialistische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 24. Juli 1896 in Köln-Dünnwald. 1910 bis 1916 Ausbildung als Vermessungstechniker. 1916 bis 1918 Kriegsdienst. 1919 bis 1928 Kommunalverwaltung. 1920 bis 1924 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf. 1928 bis 1933 Arbeitsamtsdirektor, 1933 aus politischen Gründen entlassen. 1933 bis 1939 selbständiger Kaufmann. 1939 bis 1945 Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft. 1946 Direktor und Vizepräsident, 1946 bis 1950 Präsident des Landesarbeitsamtes Pfalz. 1950 bis 1951 Sozialminister des Landes Rheinland-Pfalz.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1951. Obmann der SPD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Außenhandelsfragen, Mitglied des Ausschusses für Mittelstandsfragen. Mitglied des Bezirksvorstandes Pfalz der SPD.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit Februar 1959,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschriften: Laubenheim bei Mainz/Rhein, Im Weinberg 10,
 Tel. 8 50 77;
 Neustadt a. d. Weinstraße, Hohenzollernstraße 16,
 Tel. 26 97.

OESTERLE, Josef

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 14. April 1899 in Weissensberg. Dr. oec. publ. in München. 1925 bis 1933 Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei. Vorstand der Verlagsanstalt Buch- und Kunstdruckerei Manz AG. Seit 1946 Präsident des Bayerischen Landesamtes für Vermögensverwaltung.

1952 bis 1957 Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Christlich-Soziale Union.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 1955,
— des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
— des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: München 2, Briennerstraße 9, Tel. 55 36 65.

PEYREFITTE, Alain

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 26. August 1925 in Najac (Aveyron). Diplomat. 1945 bis 1947 Schüler der Ecole Nationale d'Administration und der Ecole Normale Supérieure. Studium der Philosophie. Licencié en droit. Ehemaliger Attaché beim Zentralinstitut für wissenschaftliche Forschung. 1949 bis 1952 Botschaftssekretär in Bonn. 1952 bis 1954 mit der Verbindung zum Europarat beauftragt. 1954 bis 1956 französischer Konsul in Polen. 1956 stellvertretender Direktor für die europäischen Organisationen in der politischen Abteilung des Außenministeriums.

Abgeordneter (Seine-et-Marne) seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
— des Ausschusses für wissenschaftliche und technische Forschung.

Anschrift: Les Uzelles par Chartrettes (Seine-et-Marne), Tel. 91.

PICCIONI, Attilio

Mitglied des Präsidiums der christlich-demokratischen Fraktion
Italien

Geboren am 14. Juni 1892 in Poggio Bustone (Rieti). Dr. jur. Rechtsanwalt. 1919 bis 1924 Mitglied des Nationalrates der Italienischen Volkspartei. 1920 bis 1923 Stadtrat und Gemeindebeisitzer von Turin. Mitglied der „Consulta Nazionale“. 1946 bis 1958 Abgeordneter. Seit 1958 Senator. 1946 bis 1949 Stellvertretender politischer Landessekretär der christlich-demokratischen Partei als Nachfolger von De Gasperi. 1948 bis 1950 Vizepräsident des Ministerrates. 1950 bis 1951 Justizminister. 1951 bis 1953 Vizepräsident des Ministerrates. 1953 Außenminister.

Mitglied des Senates der Republik. Mitglied der „Giunta per il regolamento“. Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Senates. Seit 1956 Vorsitzender der christlich-demokratischen Parlamentsfraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1956 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
— des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Rom, Camera dei Deputati.

PLEVEN, René

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 15. April 1901 in Rennes (Ille-et-Vilaine). Dr. jur. Diplomat der „Ecole libre des sciences politiques“. Beteiligung an der Aktion für den Anschluß des schwarzen Afrika an das freie Frankreich. 1940 Generalsekretär für Französisch-Äquatorialafrika. 1941 in London nacheinander Finanzkommissar, Kommissar für Volkswirtschaft, für die Kolonien und für auswärtige Angelegenheiten. 1946 Finanzminister. Nachfolger von General Leclerc in der Akademie für Kolonialwissenschaften. 1949 Verteidigungsminister. 1950 bis 1951 Ministerpräsident. 1952 bis 1954 Verteidigungsminister. Präsident des Generalrates des Departements Côtes-du-Nord. Ehemaliger Präsident des Verwaltungsrates der „Caisse Autonome de la Reconstruction“. Ehemaliger Präsident der U.D.S.R.-Fraktion.

Abgeordneter (Côtes-du-Nord) seit 1945. Administrativer Zusammenschluß der fraktionslosen Abgeordneten.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von März 1956 bis März 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Dinan (Côtes-du-Nord), 12, rue Chateaubriand, Tel. 4 95.

PLOEG, Cornelis J. van der

Christlich-demokratische Fraktion
Niederlande

Geboren am 15. Dezember 1907 in Zoeterwoude. Bis 1935 in der Blumenzweibelwirtschaft tätig. Seit 1935 Vorsitzender (Aufsichtsratsmitglied) des Niederländischen Katholischen Handwerkerverbandes „St. Deusededit“. Vorstandsmitglied und Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Bauernschaft. Mitglied des Vorstandes der Niederländischen Katholischen Arbeiterbewegung.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten seit 1949. Katholische Volkspartei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
- des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes,
- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Haarlem, Zaanenstraat 18, Tel. 5 65 50.

POHER, Alain

Christlich-demokratische Fraktion
Frankreich

Geboren am 17. April 1909 in Ablon (Seine-et-Oise). Bergingenieur. Licencié en droit. Diplom der „Ecole libre des sciences politiques“. „Administrateur civil“ im Finanzministerium. 1946 bis 1948 Haupt-

berichterstatte des Finanzausschusses des Rates der Republik. 1948 Staatssekretär für das Haushaltswesen und Generalkommissar für die deutschen und österreichischen Angelegenheiten. Ehemaliger Präsident der Internationalen Ruhrbehörde. 1953 Präsident des „Conseil supérieur du commerce“. 1957 Staatssekretär für die Armee. Bürgermeister von Ablon. Stellvertretender Generalsekretär des Verbandes der Bürgermeister Frankreichs.

Mitglied des Senats (Seine-et-Oise) seit 1946. Fraktion: „Mouvement républicain populaire“ (christlich-demokratisch).

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von September 1952 bis März 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Verkehrsfragen,
- des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
- des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Ablon (Seine-et-Oise), 9, rue du Maréchal-Foch,
Tel. DOR 73 92 und 3 83 in Villeneuve-le-Roi.

POSTHUMUS, Sijbrandus Auke

Sozialistische Fraktion
Niederlande

Geboren am 29. April 1910 in Franeker. Studium an der Technischen Hochschule in Delft. 1928 bis 1934 Diplomingenieur für Chemie. 1934 bis 1943 Assistent an der Technischen Hochschule. 1944 bis 1946 Betriebsingenieur bei der „Porceleyne Fles“ in Delft. Mitglied der Kommission für Konzessionsvergebung im Personenverkehr. Mitglied des Bergbaurats. Mitglied des Kuratoriums der Technischen Hochschule Eindhoven.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten seit 1946. Sekretär der Abgeordnetenkammer. Fraktion der Arbeiterpartei.

- Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
- des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik,
 - des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung,
 - des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Rotterdam, Rochussenstraat 129 A, Tel. 5 20 51.

PROBST, Maria

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 1. Juli 1902 in München. 1921 bis 1923 an der Deutschen Botschaft in Paris. Anschließend Studium der Germanistik in Freiburg/Br., Zürich und München; 1930 Promotion zum Dr. phil. 1946 Lehrerin an der Oberschule in Hammelburg; anschließend Redakteurin der „Bayerischen Rundschau“. Dezember 1946 Mitglied des Bayerischen Landtages (CSU). Mitglied der Landesvorstandschafft der CSU in Bayern. Mitglied der Hauptvorstandschafft des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e. V., Mitglied des Präsidiums der Europäischen Frauen-Union. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949.

- Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
 - der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
 - des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 - des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Hammelburg (Unterfranken), Spitalgasse 5.

RATZEL, Ludwig

Sozialistische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 13. Februar 1915 in Friedrichsfeld bei Mannheim. Studium der Physik, Mathematik und physikalischen Chemie. Promotion zum Dr. rer. nat. 1940. Bis Anfang 1947 wissenschaftlicher Mit-

arbeiter der Firma Carl Zeiss, Jena. April 1957 Dozent an der städtischen Ingenieurschule Mannheim, seit 1952 Direktor. Vor 1933 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend Mannheims.

Mitglied des Kreises Mannheim der SPD. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1955. Mitglied des Bundestagsausschusses für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, sowie des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes,
 Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Mannheim-Rheinau, Strahlenburgstraße 6, Tel. 8 81 43.

RESTAT, Étienne

Libérale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 23. Mai 1898 in Casseneuil. Landwirt. Conseiller général von Cancon. Bürgermeister von Casseneuil. Vizepräsident der Gruppe der Senatoren-Bürgermeister. Generalsekretär der Senatoren-Gruppe der „Gauche démocratique“.

Senator (Lot-et-Garonne) seit 1948. Fraktion: Gauche démocratique.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 22. Januar 1959.

Anschrift: Casseneuil (Lot-et-Garonne), Tel. 29.

RICHARTS, Hans

Christlich-demokratische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 14. Oktober 1910 in Schwarzenborn. Vier Jahre landwirtschaftliche Praxis. Studium der Landwirtschaft an der Universität Bonn. Staatsexamen 1938. Diplom-Landwirt, Landwirtschaftsrat. Kurze Tätigkeit im Pflanzenschutz. 1939 Landbau-Außenstellenleiter Trier. 1939 bis 1945 Kriegsteilnahme. 1952 Stadtrat in Trier.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953, der Bundestagsausschüsse für Außenhandel, für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft und für Landwirtschaft und Forsten. Christlich-Demokratische Union.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für
 die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik.

Anschrift: Trier, Olewiger Straße 110, Tel. 23 73.

RIVIEREZ, Hector

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 19. März 1913 in Cayenne (Guyane). Rechtsanwalt.
 Diplom für römisches Recht und Zivilrecht. Präsident der Landes-
 versammlung von Oubangui-Chari.

Mitglied des Senats (Oubangui-Chari) seit 1952. Fraktion: Indé-
 pendants d'outre-mer et Rassemblement démocratique africain.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen
 Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Paris 7^e, 18, avenue de la Bourdonnais, Tel. INV 77 56.

ROCHEREAU, Henri

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 25. März 1908 in Chantonnay (Vendée). Dr. jur. Expor-
 teur. Mitglied des Koordinierungs-Komitees für statistische Erhe-
 bungen. Mitglied der französischen Handelsdelegation in China.
 Präsident des Senatsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten, für
 Zollfragen und Handelsverträge.

Senator (Vendée) seit 1946. Fraktion: Républicain indépendant.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
 Präsident des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für
 die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 Mitglied des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Ge-
 meinschaft,
 — des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der über-
 seeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Paris 16^e, 9, rue de Sontay, Tel. KLÉ 73 98.

ROSELLI, Enrico

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 30. Oktober 1909 in Casale Monferrato. Dr. rer. nat. (Chemie). Leiter des Studienbüros der christlich-demokratischen Partei. 1946 Abgeordneter. Vorsitzender des ersten Unterausschusses für finanzielle Fragen und des Schatzamtes der Abgeordnetenkammer.

Mitglied der Abgeordnetenkammer. Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Handel, Gewerbe und Außenhandel. Christlich-demokratische Fraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,
— des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Rom, Via Villa Koch 1

RUBINACCI, Leopoldo

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 13. September 1903 in San Giorgio a Cremano (Neapel). Dr. jur. et pol. 1945 bis 1948 Sekretär des Allgemeinen Italienischen Arbeitsverbandes. 1948 bis 1953 Senator der Republik. 1949 bis 1952 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates. 1950 Unterstaatssekretär für Arbeit. 1951 bis 1954 Minister für Arbeits- und Sozialfürsorge. 1954 Delegierter der Regierung bei der internationalen Arbeitskonferenz. Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für die Untersuchung der Lebensbedingungen der Arbeiter in Italien. Stadtrat von Neapel. Abgeordneter der Provinz Neapel. Präsident der Italienisch-Amerikanischen Gesellschaft Neapel.

Mitglied des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik der Vereinten Nationen. Mitglied der Abgeordnetenkammer. Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Unterstützung, Sozialfürsorge und Zusammenarbeit. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,

- Mitglied des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der
 Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes,
 — des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der über-
 seeischen Länder und Gebiete.

Anschrift: Rom, Via Cristoforo Colombo 181, Tel. 51 53 24.

SABATINI, Armando

Christlich-demokratische Fraktion
 Italien

Geboren am 21. Juni 1908 in Granaglioni (Bologna). Abgeordneter in der ersten (1948) und zweiten (1953) Legislaturperiode der Republik. Unterstaatssekretär für Arbeit und Sozialfürsorge im Kabinett Scelba (1954) und im Kabinett Segni (1955). 1958 Abgeordneter für den Wahlkreis Komplex Cuneo-Alessandria-Asti während der dritten Legislaturperiode der Republik. Landessekretär der „Federazione Italiana Metalmeccanici“. Nationalrat der A.C.L.I. für 1948 und 1949.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Mitglied der Exekutive der CISL. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion. Nationalrat der D.C.

- Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der
 Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Turin, Corso Sebastopoli 187, Tel. 39 37 73.

SALADO, Xavier

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Frankreich

Geboren am 18. August 1917 in Freneda (Tiaret-Algerien). Ingenieur für Drucktechnik.

Abgeordneter (Tiaret) seit 1958. Fraktion: Administrativer Zusammenschluß der Gewählten von Algerien-Sahara.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959.

Anschrift: Trezel, Tiaret (Algerien), Tel. 12 oder 50.

*** SANTERO, Natale**

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 25. Dezember 1893 in Saliceto (Cuneo). Chirurg. Dozent für pathologische Chirurgie. Vorsitzender des Provinzgreniums Varese für Krebsbekämpfung. Gemeinderat von Busto Arsizio von 1946 bis 1950. 1948 zum Senator gewählt. Wiederwahl im Jahre 1953 und 1958. Mitglied des Verfassungsausschusses der Ad-hoc-Versammlung.

Seit 1945 Mitglied der Versammlung der WEU. Mitglied des Senats der Republik. Sekretär des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Senats. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
Vizepräsident der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Busto Arsizio (Varese), Tel. 3 15 53.

SAVARY, Alain

Sozialistische Fraktion
Frankreich

Geboren am 25. April 1918 in Algier. Licencié en droit. Absolvent der „Ecole libre des sciences politiques“. Honorar-Kommissar der Republik. 1941 bis 1943 Gouverneur der Inseln Saint-Pierre und Miquelon. 1946 bis 1947 Generalsekretär des Generalkommissariats für deutsche und österreichische Angelegenheiten. 1948 bis 1951 Mitglied der Versammlung der Französischen Union. 1956 Staatssekretär für marokkanische und tunesische Angelegenheiten im Außenministerium.

Abgeordneter (Saint-Pierre und Miquelon) seit 1944. Fraktion: Sozialist.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
Mitglied des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und Investitionen.

Anschrift: Paris 15^e, 9, rue Pérignon, Tel. SUF 67 61.

SCHEEL, Walter

Vizepräsident der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 8. Juli 1919 in Solingen. Ausbildung im Bankfach, Kriegsteilnahme. 1945 bis 1953 Tätigkeit als Geschäftsführer und Prokurist in Industrie und Verbänden. 1953 selbständiger Wirtschaftsberater. 1948 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Solingen. 1950 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mitglied des Bundesvorstandes sowie des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen der Freien Demokratischen Partei. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953 und des Bundestags-Wirtschaftsausschusses.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 1956,

- des Europäischen Parlaments seit März 1958,
- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,

Präsident des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,

Mitglied des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschriften: Düsseldorf-Benrath, Meliesallee 5, Tel. 71 29 24;
Düsseldorf, Kapellstraße 27, Tel. 1 36 08.

SCHILD, Heinrich

Christlich-demokratische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 22. Oktober 1895 in Wuppertal-Elberfeld. Kriegsteilnahme von 1914 bis 1918. 1919 bis 1921 Studium der Nationalökonomie und der Rechte in Berlin und Köln. 1921 Promotion zum Dr. rer. pol. 1921 bis 1924 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, Abteilungsleiter beim Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertag und beim Reichsverband des Deutschen Handwerks in Hannover. 1925 bis 1933 Geschäftsführer handwerklicher Fachverbände in Hannover. 1933 bis 1934 Generalsekretär des Reichsstandes des deutschen Handwerks in Berlin. September 1934 aus politischen Gründen entlassen. 1934 bis 1944 Mitinhaber und kaufmännischer Leiter einer keramischen Werkstätte in Velten bei Berlin. 1935 bis 1943 Mitarbeiter des Vorstandes, später Erstes Vorstandsmitglied der Treubau AG für Baufinanzierung im Deutschen Reich; gleichzeitig Auf-

sichtsratsmitglied in mehreren Wohnungsbaugesellschaften. 1945 bis Ende 1948 selbständiger Wirtschaftsberater und Wirtschaftstreuhänder in Wuppertal. 1949 Generalsekretär des Rheinisch-Westfälischen Handwerksbundes e. V. 1951 ehrenamtlicher Geschäftsführer der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des deutschen Mittelstandsblocks.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Deutsche Partei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit Oktober 1958,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Düsseldorf, Jülicher Straße 1, Tel. 44 16 17.

SCHIRATTI, Guglielmo

Christlich-demokratische Fraktion
 Italien

Geboren am 7. August 1901 in Maiano (Udine). Dr. jur. Rechtsanwalt. Freiberuflich tätig bis 1946. Im gleichen Jahre in die Konstituierende Versammlung gewählt. In den Jahren 1948, 1953 und 1958 in die Abgeordnetenversammlung wiedergewählt. Präsidialsekretär. Quästor der Abgeordnetenversammlung. Vorsitzender des vierten Unterausschusses für finanzielle Fragen und des Schatzamtes. Berater der Gesellschaft „Fondo Assicurativo tra Agricoltori“.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Unterstaatssekretär für Schatzfragen. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
 — des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Rom, Via Savastano 22, Tel. 87 20 03.

SCHMIDT, Helmut

Sozialistische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 23. Dezember 1918 in Hamburg. 1937 bis 1945 Wehrdienst. 1945 bis 1949 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften.

1949 Diplom-Volkswirt. 1949 bis 1953 Referent, Abteilungsleiter und später Amtsleiter in der Behörde für Wirtschaft und Verkehr des Landes Hamburg.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Mitglied des Vorstandes der SPD sowie des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung seit 1957,
 — des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Hamburg-Othmarschen, Zickzackweg 6 b, Tel. 89 20 12.

SCHMIDT, Reinhold Martin

Sozialistische Fraktion
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 16. Juni 1914 in Gassen/Niederlausitz. 1934 bis 1936 landwirtschaftliche Tätigkeit in Dänemark, Schweden und Finnland. 1936 bis 1939 Studium der Landwirtschaft an der Universität Berlin. Diplomlandwirt, Promotion zum Dr. agr. 1940 bis 1943 landwirtschaftlicher Sachbearbeiter im Forschungsdienst und im Planungsamt für die angegliederten Ostgebiete. 1943 bis 1945 Kriegsteilnahme.

Mitglied der SPD seit 1946. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Mitglied des agrarpolitischen Ausschusses der SPD sowie des Bundestags-Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Gellersen 7 über Hameln/Weser, Tel. Aerzen 2 86.

*** SCHUIJT, Wilhelmus J.**

Christlich-demokratische Fraktion
 Niederlande

Geboren am 27. Juni 1909 in Amsterdam. Doktor phil. 1929 bis 1935 Lehrer. 1940 bis 1945 Studienrat. 1943 bis 1946 Vorstandsmitglied des großen Beratenden Ausschusses der Illegalität. 1950 bis 1956 Journalist (Korrespondent einer Amsterdamer Tageszeitung in Paris

und Korrespondent des katholischen Rundfunks). 1952 bis 1957 Stellvertretender Generalsekretär der Nouvelles Equipes Internationales in Paris. Chefredakteur des Organs der K.V.P. (Katholische Volkspartei) „De opmars“. Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union. Generalsekretär der christlich-demokratischen Fraktion dieser Versammlung.

Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten. Katholische Volkspartei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
- des Ausschusses für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete,
- der Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen.

Anschrift: Den Haag, Hogeweg 12, Tel. 55 20 69.

SCHUMAN, Robert

Christlich-demokratische Fraktion
Frankreich

Geboren am 29. Juni 1886 in Luxemburg. Rechtsanwalt. Dr. jur. 1940 Unterstaatssekretär für Flüchtlingsfragen. 1946 bis 1947 Finanzminister. 1947 bis 1948 Ministerpräsident. 1948 bis 1953 Außenminister. Leiter der französischen Delegation bei der dritten Sitzungsperiode der Vollversammlung der UNO. 1955 bis 1956 Justizminister. Dr. h. c. der Universitäten Laval in Quebec, Harvard, Edinburg, Birmingham, Tilburg, Löwen und Los Angeles.

Abgeordneter (Moselle) seit 1919. Fraktion: Mouvement républicain populaire (christlich-demokratisch).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
Präsident des Europäischen Parlaments.

Anschrift: Paris, Assemblée Nationale.

SIMONINI, Alberto

Stellvertretender Vorsitzender der sozialistischen Fraktion
Italien

Geboren am 19. Februar 1896 in Reggio Emilia. Mitglied der Sozialistischen Partei seit 1912. Sekretär der P.S.D.I. von 1947 bis 1949.

Mitglied des Parteivorstandes von 1946 bis 1958. Ehemaliger Vorsitzender der Parlamentsfraktion der P.S.D.I. Ehemaliger Minister für die Handelsmarine, Post und Fernmeldewesen. Stadt- und Provinzialrat von Reggio Emilia.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Parlamentsfraktion der Sozialdemokratischen Partei.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung 1954 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschriften: Rom, Via Senafe 9, Tel. 81 45 10;
 Reggio Emilia, Viale Piave 1 b, Tel. 36 15.

SMETS, Isidoor

Sozialistische Fraktion
 Belgien

Geboren am 6. Juni 1901 in Mecheln. Seit 1917 Gewerkschaftssekretär. 1927 bis 1938 Gemeinderatsmitglied. 1936 bis 1946 Mitglied des Provinzial-Landtages. 1944 bis 1946 Mitglied des Kreistages von Antwerpen. Mitglied des Vorstandes der Belgischen Sozialistischen Partei. Mitglied des Vorstandes des allgemeinen belgischen Gewerkschaftsverbandes (A.B.V.V.). Vorsitzender der Gewerkschaftszentrale (A.B.V.V.). Präsident des nationalen Instituts für Wohnungsbau.

Mitglied des belgischen Senats.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Brüssel 15, De Brocquevillelaan 15, Tel. 33 63 00.

STARKE, Heinz

Liberale Fraktion und Nahestehende
 Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 27. Februar 1911 in Schweidnitz (Schlesien). Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1935 Promotion zum Dr. jur.;

1940 große juristische Staatsprüfung in Berlin, Gerichtsassessor. Bis 1945 Kriegsteilnahme. Nach dem Kriege Tätigkeit in der Wirtschaftsverwaltung für die britische Zone, danach in der Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt und Bonn als Grundsatz-Referent für wirtschaftspolitische Fragen. Seit April 1950 Erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1953. Tätig in den Ausschüssen für Haushaltsfragen, Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik sowie Zonengrenzfragen, einschließlich ostbayerischer Grenzgebietsfragen. Freie Demokratische Partei.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,

Vizepräsident des Ausschusses für Verkehrsfragen,

Mitglied des Ausschusses für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung und Immunitäten.

Anschrift: Bayreuth, Bahnhofstraße 25/27, Tel. 22 81.

STORCH, Anton

Christlich-demokratische Fraktion

Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 1. April 1892 in Fulda. Tischlerhandwerkslehre; Tischlergeselle. Kriegsteilnehmer 1914 bis 1918. 1921 bis 1933 Gewerkschaftsangestellter des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter in Deutschland. 1933 bis 1939 Versicherungsvertreter. 1939 bis 1945 dienstverpflichtet zur Berufsfeuerwehr in Hannover. Danach Gewerkschaftsangestellter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Leiter der Sozialpolitischen Abteilung in der britischen Besatzungszone). 1947 bis 1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Von 1948 bis 1949 Direktor der Verwaltung für Arbeit im Wirtschaftsrat.

1949 bis 1957 Bundesminister für Arbeit. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949. Mitglied der Bundestagsausschüsse für Arbeit

sowie für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen. Stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Sozialpolitik. Christlich-Demokratische Union.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
— des Ausschusses für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene und des Gesundheitsschutzes.

Anschrift: Bonn, Zitelmannstraße 3, Tel. 2 12 46.

STRÄTER, Heinrich

Sozialistische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 22. November 1891 in Soest/Westfalen. Schlosser. Tätigkeit in einem Hüttenwerk. 1930 Hauptamtlicher Geschäftsführer der Ortsverwaltung Hörde des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Seit 1919 Mitglied der SPD. Mehrere Jahre kommunalpolitisch tätig. Nach 1945 bis 1953 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Bis September 1958 Vorstandsmitglied der IG Metall. 1952 bis 1959 Mitglied des Beratenden Ausschusses bei der Hohen Behörde. Seit 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen.

Anschrift: Dortmund-Berghofen, Schwärmerweg 1, Tel. 4 15 03.

STROBEL, Käte

Sozialistische Fraktion
Bundesrepublik Deutschland

Geboren am 23. Juli 1907 in Nürnberg. Kaufmännische Tätigkeit in einer Obst- und Gartenbau-Genossenschaft bis 1938.

Mitglied des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nach 1945 Beteiligung am Aufbau der SPD, besonders der Frauenarbeit in Franken. Mitglied der verschiedenen füh-

renden Parteigremien. Stellvertretende Vorsitzende der SPD im Bezirk Franken. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,
Vizepräsident des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
Mitglied des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die
wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern.

Anschrift: Nürnberg, Minervastraße 30, Tel. 48 20 90.

*** TARTUFOLI, Amor**

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 21. Februar 1896 in Ascoli Piceno. Doktor der Agrarwissenschaften. Ehemaliger Provinzialsekretär der italienischen Volkspartei in Ascoli Piceno. Senator in der ersten (1948) und zweiten (1953) Legislaturperiode der Republik. 1958 zum Senator gewählt (Wahlkreis Ascoli Piceno, Marche) für die dritte Legislaturperiode der Republik. Präsident des Verbandes selbständiger Landwirte in Mailand. Landesberater der Staatsbank für die Landwirtschaft. Präsident des „Consorzio Agrario“, Como.

Mitglied des Senats der Republik. Mitglied des Ausschusses für Industrie, Binnen- und Außenhandel und Fremdenverkehr sowie der Ausschüsse für Öffentliche Arbeiten, Transportwesen, Post- und Fernmeldewesen und Handelsmarine. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
— des Ausschusses für Sozialpolitik.

Anschriften: Mailand, Via Cusoni 10, Tel. 87 06 12;
Rom, Via Fratelli Bonne 27, Tel. 58 79 98.

*** THORN, Gaston**

Liberale Fraktion und Nahestehende
Luxemburg

Geboren am 3. September 1928 in Luxemburg. Dr. jur. Rechtsanwalt. Generalsekretär der Liberalen Partei. Präsident der Jung-Demokraten. Vizepräsident des Nationalrates der Europabewegung.

Abgeordneter (Centre) seit 1959. Fraktion: Liberal.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 20. März 1959,

- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Luxemburg, 97, Grand' rue, Tel. 2 33 93.

TOMÈ, Zefferino

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 1. Dezember 1905 in Casarsa della Delizia (Udine). Dr. jur. Präsident der Genossenschaftsvereinigung Friuli. Bürgermeister von St. Vito al Tagliamento. Senator der Christlich-Demokratischen Partei in der ersten und zweiten Legislaturperiode. Sekretär des Präsidium des Senats.

Mitglied des Senats der Republik. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,

- des Ausschusses für Verkehrsfragen,
- des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften.

Anschrift: Giardini Pordenone, Udine, Tel. Pordenone 43 72.

TROISI, Michele

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 27. Februar 1906 in Tufo (Avellino). Dr. rer. pol. Dr. jur. Privatdozent für Volkswirtschaft und Verkehrswirtschaft. Präsident des Verbandes der selbständigen Landwirte der Provinz Bari. Präsident der „Ente meridionale di cultura popolare e di educazione professionale“ mit Hauptsitz in Bari. Ehemaliger Vorsitzender des Studienausschusses für die Reform des Fremdenverkehrswesens

beim Verband der Handelskammern. Stadtrat von Bari (Christlich-Demokratische Partei). Ehemaliger Sekretär des Ausschusses für finanzielle Fragen und des Schatzamtes. Mitglied des Studienausschusses für die Reform der Staatseisenbahnbetriebe, sowie des Studienausschusses für Gewerbebefragen.

Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Vorsitzender des parlamentarischen Aufsichtsausschusses für die Depositen- und Kreditkasse und für die Fürsorgeanstalten. Vizepräsident des parlamentarischen Ausschusses für Verkehrswesen. Mitglied der Parteileitung der christlich-demokratischen Parlamentsfraktion.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von 1957 bis 1958,
 — des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft,
 — des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Bari, Via Dalmazia 161, Tel. 1 46 32.

*** TURANI, Daniele**

Christlich-demokratische Fraktion
 Italien

Geboren am 8. Februar 1907 in Bergamo. Kaufmann. 1953 Senator in der zweiten Legislaturperiode der Republik. 1958 Wiederwahl zum Senator der Lombardei in der dritten Legislaturperiode der Republik. Präsident des nationalen Verbandes der Fellhändler. Mitglied des Aufsichtsrats des „International Council of Hide and Skins Sellers Ass.“ London. Stadtrat von Bergamo.

Mitglied der italienischen Abordnung bei der OEEC in Paris. Mitglied des Senats der Republik. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
 — des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
 — des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft.

Anschrift: Bergamo, Via Leone XIII 23, Tel. 3 19 82;
 Rom, Via Vittorio Veneto 89, Tel. 48 78 41.

VALS, Francis

Sozialistische Fraktion
Frankreich

Geboren am 9. Januar 1910 in Leucate (Aude). Ehemaliger Präsident des „Comité départemental de libération de l'Aude“. Ehemaliger Präsident des Rates des Départements Aude. Conseiller général seit 1945. Départementsinspekteur für Jugendfragen und Sport.

Abgeordneter (Aude) seit 1951. Fraktion: Sozialist.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
Präsident des Ausschusses für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments und Haushaltsfragen der Gemeinschaften,
Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen,
— des Ausschusses für Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung.

Anschrift: Narbonne (Aude), Tel. 12 26.

VALSECCHI, Athos

Christlich-demokratische Fraktion
Italien

Geboren am 26. November 1919 in Gravedona (Como). Dr. phil. Abgeordneter in der ersten (1948), zweiten (1953) und dritten (1958) Legislaturperiode der Republik. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für finanzielle Fragen und Fragen des Schatzamtes. Sekretär des Ausschusses für Handelsverträge und Zollgesetzgebung. Aufsichtsbeauftragter für die Verwaltung der Schulden der öffentlichen Hand. Bürgermeister von Chiavenna (Sondrio) 1958 bis 1959. Unterstaatssekretär für den Haushalt.

Generalsekretär des interministeriellen Ausschusses für den Wiederaufbau (C.I.R.). Mitglied der Abgeordnetenversammlung. Unterstaatssekretär für Finanzfragen. Christlich-demokratische Parlamentsfraktion.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1958,
— des Ausschusses für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen der Finanzen und der Investitionen,
— des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik.

Anschrift: Rom, Via Venanzio Fortunato 58, Tel. 34 17 49.

VANRULLEN, Émile

Sozialistische Fraktion
Frankreich

Geboren am 7. März 1903 in Tourcoing (Nord). Professor. Ehemaliger Sekretär des Ausschusses des Rates der Republik für die Anwendung des EGKS-Vertrages. Conseiller général von Béthune. Stellvertretender Bürgermeister von Béthune. Stellvertretender Vorsitzender der französischen Gruppe des Parlamentarischen Rates der Europabewegung. Ehemaliger Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Senator (Pas-de-Calais) seit 1946. Fraktion: Sozialist.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung vom 22. November 1955 bis 19. März 1958,

- des Europäischen Parlaments seit 19. März 1958,
- des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Fragen der Energiewirtschaftspolitik.

Anschrift: Béthune (Pas-de-Calais), 103, boulevard Thiers, Tel. 2 34.

VENDROUX, Jacques

Liberale Fraktion und Nahestehende
Frankreich

Geboren am 28. Juli 1897 in Calais. Industrieller. Bürgermeister von Calais. Conseiller général. Mitglied der Handelskammer von Calais. Abgeordneter (Pas-de-Calais) von 1945 bis 1951 und seit 1958. Fraktion: Union für die Neue Republik.

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung von Juli 1953 bis Februar 1956,

- des Europäischen Parlaments seit 29. Januar 1959,
- des Ausschusses für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft,
- des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Anschrift: Calais (Pas-de-Calais), 36, boulevard La Fayette, Tel. 13 38.

VREDELING, Hendrikus

Sozialistische Fraktion

Niederlande

Geboren am 20. November 1924 in Amersfoort. Landwirtschaftliche Hochschule in Wageningen (sozialwirtschaftlicher Zweig). Landwirtschaftsingenieur. Seit 1950 Leiter der wissenschaftlichen Abteilung des allgemeinen niederländischen Agrarbetriebsverbandes (N.V.V.).

Mitglied des Europäischen Parlaments seit März 1958,

- des Ausschusses für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern,
- des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft.

Anschrift: Huis ter Heide (Zeist), Rembrandtlaan 13 A, Tel. K 6 33.

LISTE DER ABGEORDNETEN

(nach nationaler Zugehörigkeit)

Belgische Abgeordnete

(14 Mitglieder)

Sénat

De Block, August	Leemans, Victor
Dehousse, Fernand	Motz, Roger
De Smet, Pierre	Smets, Dore
Duvieusart, Jean	

Chambre des Représentants

Bertrand, Alfred	Gailly, Arthur
Bohy, Georges	Janssens, Charles
De Kinder, Roger	Le Hodey, Philippe
De Riemaecker-Legot, Frau Marguerite	

Sekretariat

Gillis

Palais de la Nation — Sénat de Belgique

Brüssel

Deutsche Abgeordnete

(36 Mitglieder)

Bundestag

Bergmann, Karl	Lindenberg, Heinrich
Birkelbach, Willi	Lücker, Hans-August
Birrenbach, Kurt	Margulies, Robert
Burgbacher, Friedrich	Metzger, Ludwig
Deist, Heinrich	Müller-Hermann, Ernst
Deringer, Arved	Odenthal, Willy
Engelbrecht-Greve, Ernst	Oesterle, Joseph
Friedensburg, Ferdinand	Probst, Frau Maria
Furler, Hans	Ratzel, Ludwig
Geiger, Hugo	Richarts, Hans
Hahn, Karl	Scheel, Walter
Hellwig, Fritz	Schild, Heinrich
Illerhaus, Joseph	Schmidt, Helmut
Kalbitzer, Hellmut	Schmidt, Martin
Kopf, Hermann	Starke, Heinz
Kreyssig, Gerhard	Storch, Anton
Lenz, Aloys	Sträter, Heinrich
Leverkuehn, Paul	Strobel, Frau Käte

Sekretariat

Dr. Eberhard

Bundeshaus — Bonn

Französische Abgeordnete

(36 Mitglieder)

Sénat

Alric, Gustave	Longchambon, Henri
Bousch, Jean	Poher, Alain
Boutemy, André	Restat, Etienne
Carcassonne, Roger	Rivierez, Hector
Dulin, André	Rochereau, Henri
Estève, Yves	Vanrullen, Emile

Assemblée nationale

Aubame, Jean	Hamani, Diori
Azem, Ouali	Lagaillarde, Pierre
Bégué, Camille	Legendre, Jean
Bernasconi, Jean	Lunet de la Malène, Christian
Boscary-Monsservin, Roland	Motte, Bertrand
Briot, Louis	Peyrefitte, Alain
Charpentier, René	Pleven, René
Coulon, Pierre	Salado, Xavier
Darras, Henri	Savary, Alain
Drouot-L'Hermine, Jean	Schuman, Robert
Faure, Maurice	Vals, Francis
Filliol, Jean	Vendroux, Jacques

Sekretariat

Moinet

Assemblée nationale — Paris

Italienische Abgeordnete

(36 Mitglieder)

Senato

Amadeo, Ezio	Galletto, Bortolo
Battaglia, Edoardo	Granzotto Basso, Luciano
Battista, Emilio	Guariglia, Raffaele
Boggiano Pico, Antonio	Marina, Mario
Braccesi, Giorgio	Piccioni, Attilio
Braitenberg, Carl	Santero, Natale
Carboni, Enrico	Tartufoli, Amor
Cerulli-Irelli, Giuseppe	Tomè, Zefferino
De Bosio, Francesco	Turani, Daniele

Camera dei Deputati

Angioy, Giovanni	Martino, Gaetano
Bonino, Uberto	Roselli, Enrico
Bonomi, Paolo	Rubinacci, Leopoldo
Cantalupo, Roberto	Sabatini, Armando
Carcattera, Antonio	Schiratti, Guglielmo
Cavalli, Antonio	Simonini, Alberto
De Vita, Francesco	Troisi, Michele
Martinelli, Mario	Valsecchi, Athos
Martino, Edoardo	N

Sekretariat

Chiti-Batelli

Senato della Repubblica — Rom

Luxemburgische Abgeordnete

(6 Mitglieder)

Chambre des députés

Bech, Jean	Herr, Joseph
Fischbach, Marcel	Krier, Antoine
Fohrmann, Jean	Thorn, Gaston

Sekretariat

Meris

Chambre des députés — Luxemburg

Niederländische Abgeordnete

(14 Mitglieder)

Eerste Kamer der Staten-Generaal

Campen, Philippus C. M. van	Lichtenauer, Wilhelm F.
Kapteyn, Paulus J.	N ⁽¹⁾

Tweede Kamer der Staten-Generaal

Blaisse, Pieter A.	Nederhorst, Gerard M.
Goes van Naters, Jhr. Marinus van der	Ploeg, Cornelis J. van der
Hazenbosch, Cornelis P.	Posthumus, Sijbrandus A.
Janssen, Marinus M. A. A.	Schuijt, Wilhelmus J.
Korthals, Hendrik A.	Vredeling, Hendrikus

Sekretariat

J. L. Kranenburg

Den Haag, Binnenhof 1 a

⁽¹⁾ Am 6. Mai 1959 wurde Herr J. de Wilde zum Mitglied des Europäischen Parlaments ernannt.

POLITISCHE FRAKTIONEN

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION

MÄRZ 1958

(67 Mitglieder)

Präsidium

Präsident: Wigny

Mitglieder: Blaisse, Kopf, Margue, Piccioni

Mitglieder

Aubame	Engelbrecht-Greve	Oesterle
Battista	Friedensburg	Van der Ploeg
Bertrand	Furler	Poher
Birrenbach	Galletto	Frau Probst
Boggiano Pico	Geiger	Richarts
Bonomi	Grégoire	Rip
Braccesi	Guglielmone	Roselli
Braitenberg	Hahn	Rubinacci
Burgbacher	Hazenbosch	Sabatini
Van Campen	Illerhaus	Santero
Carboni	Janssen	Schiratti
Carcattera	Leemans	Schuijt
Cavalli	Lenz	Schuman
Cerulli-Irelli	Leverkuehn	Storch
Charpentier	Lichtenauer	Tartufoli
Colin	Lindenberg	Teitgen
De Bosio	Loesch	Tomè
Frau De Riemaecker-Legot	Lücker	Troisi
Deringer	Martinelli	Turani
De Smet	Martino, Edoardo	Valsecchi
Duvieusart	Müller-Hermann	

EUROPÄISCHES PARLAMENT

111

APRIL 1959
(65 Mitglieder)

Präsidium

Präsident: Poher

Mitglieder: Battista, Bertrand, Blaisse, Fischbach, Furler,
Hazenbosch, Kopf, Piccioni, Schuman

Mitglieder

Aubame	Engelbrecht-Greve	Müller-Hermann
Bech	Friedensburg	Oesterle
Birrenbach	Galletto	Van der Ploeg
Boggiano Pico	Geiger	Frau Probst
Bonomi	Hahn	Richarts
Braccesi	Hellwig	Roselli
Braitenberg	Herr	Rubinacci
Burgbacher	Illerhaus	Sabatini
Van Campen	Janssen	Santero
Carboni	Leemans	Schild
Carcattera	Le Hodey	Schiratti
Cerulli-Irelli	Lenz	Schuijt
Charpentier	Leverkuehn	Storch
De Bosio	Lichtenauer	Tartufole
Frau De Riemaecker-Legot	Lindenberg	Tomè
Deringer	Lücker	Troisi
De Smet	Martinelli	Turani
Duvieusart	Martino, Edoardo	Valsecchi

Änderungen zwischen März 1958 und April 1959:

Todesfälle

Guglielmone, Rip

Beendigung des Mandats

Colin, Grégoire, Loesch, Margue, Teitgen, Wigny

Ernennungen

Bech, Fischbach, Hellwig, Herr, Le Hodey, Schild

Sekretariat

Generalsekretär: H. J. Opitz

Sekretär: Frau Magrini-Valentin

Luxemburg, 19, rue Beaumont, Tel. 2 83 10 und 2 19 21

LIBERALE FRAKTION UND NAHESTEHENDE

MÄRZ 1958

(35 Mitglieder)

Präsidium

Präsident: Pleven

Vizepräsidenten: Korthals, Gaetano Martino, Scheel,
Frau Thome-Patenôtre

Sekretär: Mutter

Mitglieder

Alric	Crouzier	Marina
Angioy	Devinat	Maurice-Bokanowski
Battaglia	Elbrächter	Pinay
Berthoin	de Félice	Raingeard
Bonino	Guariglia	Rivierez
Boutemy	Hamani	Rochereau
Caillavet	Janssens	Schaus
Cantalupo	Laborbe	Starke
Corniglion-Molinier	Laffargue	Warnant
Coulon	Margulies	

APRIL 1959

(41 Mitglieder)

Präsidium

Präsident: Pleven

Vizepräsidenten: Martino Gaetano, Korthals, Scheel

Sekretär: N

Schatzmeister: Margulies

Mitglieder

Alric	Battaglia	Bonino
Angioy	Bégué	Boscary-Monsservin
Azem	Bernasconi	Bousch

EUROPÄISCHES PARLAMENT

113

Boutemy	Guariglia	Motz
Briot	Hamani	Peyrefitte
Cantalupo	Janssens	Restat
Coulon	Lagaillarde	Rivierez
Drouot-L'Hermine	Legendre	Rochereau
Dulin	Longchambon	Salado
Estève	Lunet de la Malène	Starke
Faure	Marina	Thorn
Filliol	Motte	Vendroux

Änderungen zwischen März 1958 und April 1959:

Todesfall

Laborbe

Beendigung des Mandats

Berthoin	Elbrächter	Pinay
Caillavet	de Félice	Raingeard
Corniglion-Molinier	Laffargue	Frau Thome-Patenôtre
Crouzier	Maurice-Bokanowski	Warnant
Devinat	Mutter	

Neues Mitglied

Estève

Ernennungen

Azem	Dulin	Motte
Bégué	Faure	Motz
Bernasconi	Filliol	Restat
Boscary-Monsservin	Lagaillarde	Salado
Bousch	Legendre	Thorn
Briot	Longchambon	Vendroux
Drouot-L'Hermine	Lunet de la Malène	

Sekretariat

Generalsekretär: Louis Maury

Sekretär: Frau Déa Lise

Luxemburg, 19, rue Beaumont, Tel. 2 90 61 und 2 19 21

SOZIALISTISCHE FRAKTION

MÄRZ 1958

(38 Mitglieder)

Präsidium

Präsident: Lapie

Vizepräsidenten: Birkelbach, Dehousse, Simonini

Parlamentarischer Sekretär, Schatzmeister: Fohrmann

Mitglieder: Gailly, Van der Goes van Naters, Kalbitzer

Mitglieder

Amadeo	Granzotto Basso	Savary
Bergmann	Kapteyn	Schmidt, Helmut
Bohy	van Kauenbergh	Schmidt, Martin
Carcassonne	Kreyssig	Smets, Dore
Charlot	Leber	Sträter
Conrad	Mage	Strobel
De Block	Metzger	Tanguy-Prigent
Deist	Nederhorst	Vals
De Vita	Posthumus	Vanrullen
Gozard	Ratzel	Vredeling

APRIL 1959

(34 Mitglieder)

Präsidium

Präsident: Birkelbach

Vizepräsidenten: Vanrullen, Dehousse, Simonini

Parlamentarischer Sekretär, Schatzmeister: Fohrmann

Mitglieder: Gailly, Van der Goes van Naters, Kalbitzer

Mitglieder

Amadeo	Carcassonne	Deist
Bergmann	Darras	De Kinder
Bohy	De Block	De Vita

EUROPÄISCHES PARLAMENT

115

Granzotto Basso	Odenthal	Smets, Dore
Kapteyn	Posthumus	Sträter
Kreyssig	Ratzel	Frau Strobel
Krier	Savary	Vals
Metzger	Schmidt, Helmut	Vredeling
Nederhorst	Schmidt, Martin	

Änderungen zwischen März 1958 und April 1959:

Beendigung des Mandats

Charlot, Conrad, Gozard, van Kauwenbergh, Lapie, Leber, Mage,
Tanguy-Prigent

Ernennungen

Darras, De Kinder, Krier, Odenthal

Sekretariat

Generalsekretär: Fernand Georges

Sekretäre: Hans Apel, Jean Feidt

Luxemburg, 19, rue Beaumont, Tel. 2 19 21

FRAKTIONSLOS

MÄRZ 1958

Debré, Estève

APRIL 1959

Änderungen zwischen März 1958 und April 1959:

Beendigung des Mandats

Debré

Übergang in eine Fraktion (Liberale und Nahestehende)

Estève

AUSSCHÜSSE

**(1) Ausschuß für politische Angelegenheiten und
institutionelle Fragen**

Amtierender Präsident: Van der Goes van Naters

Vizepräsident: Boutemy

Mitglieder:

Amadeo	Furler	Metzger
Battista	Janssens	Piccioni
Birkelbach	Kopf	Pleven
Carboni	Korthals	Poher
Dehousse	Legendre	Frau Probst
Faure	Le Hodey	Santero
Fischbach	de la Malène	Scheel
Fohrmann	Martino, Edoardo	Schuijt
Friedensburg	Martino, Gaetano	Vals

Arbeitsgruppe für die europäischen Wahlen

Präsident: Dehousse

Vizepräsident: Santero

Mitglieder:

Boutemy	Van der Goes van Naters	Metzger
Carboni	Kopf	Frau Probst
Faure	Legendre	Schuijt
Fischbach	Martino, Gaetano	Bohy

(2) Ausschuß für Fragen der Handelspolitik und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dritten Ländern

Präsident: Rochereau

Vizepräsidenten: Leverkuehn, Savary

Mitglieder:

Alric	Hahn	Poher
Bech	Hazenbosch	Richarts
Birrenbach	Kalbitzer	Roselli
Blaisse	Kreyssig	Smets, Dore
Boscary-Monsservin	Leemans	Frau Strobel
Cantalupo	Margulies	Thorn
Cavalli	Motz	Turani
Cerulli-Irelli	Peyrefitte	Vredeling
Galletto	Pleven	

(3) Ausschuß für Fragen der Landwirtschaft

Präsident: Boutemy

Vizepräsidenten: Frau Strobel, Troisi

Mitglieder:

Bonino	Engelbrecht-Greve	Richarts
Bonomi	Estève	Schiratti
Boscary-Monsservin	Guariglia	Schmidt, Martin
Braccesi	Herr	Smets, Dore
Van Campen	Leemans	Storch
Carcassonne	Lücker	Tartufole
Charpentier	Margulies	Thorn
De Kinder	Pleven	Vredeling
De Vita	Van der Ploeg	

(4) Ausschuß für Fragen der Sozialpolitik

Präsident: Nederhorst

Vizepräsidenten: Storch, Angioy

Mitglieder:

Amadeo	Drouot-L'Hermine	Frau Probst
Bégué	Fischbach	Richarts
Bernasconi	Gailly	Rubinacci
Bertrand	Hazenbosch	Sabatini
Birkelbach	Krier	Scheel
Carcattera	Motte	Simonini
Darras	Odenthal	Tartufoli
De Bosio	Van der Ploeg	Vanrullen
Frau De Riemaecker-Legot	Poher	

(5) Ausschuß für Fragen des Binnenmarktes der Gemeinschaft

Präsident: Illerhaus

Vizepräsidenten: Kreyssig, Korthals

Mitglieder:

Alric	Duvieusart	Poher
Blaisse	Fischbach	Rochereau
Bohy	Granzotto Basso	Schmidt, Helmut
Carcattera	Hahn	Starke
Cerulli-Irelli	Hellwig	Thorn
Coulon	Marina	Turani
Darras	Martinelli	Vanrullen
Deringer	Martino, Edoardo	Vendroux
De Smet	Nederhorst	

**(6) Ausschuß für langfristige Wirtschaftspolitik, für Fragen
der Finanzen und der Investitionen**

Präsident: Deist

Vizepräsidenten: Battaglia, Rubinacci

Mitglieder:

Aubame	Faure	Motte
Battista	Fischbach	Motz
Birkelbach	Fohrmann	Roselli
Birrenbach	Geiger	Savary
Bousch	Janssen, M. M. A. A.	Schiratti
Van Campen	Kapteyn	Starke
De Block	Lagaillarde	Sträter
De Smet	Lindenberg	Valsecchi
De Vita	Longchambon	

**(7) Ausschuß für Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder
und Gebiete**

Präsident: Scheel

Vizepräsidenten: Aubame, Carcassonne

Mitglieder:

Birkelbach	Hamani	Metzger
Briot	Janssens	Müller-Hermann
Carboni	Kalbitzer	Oesterle
Charpentier	Kopf	Peyrefitte
Dehousse	Krier	Piccioni
Deist	Lichtenauer	Rochereau
Duvieusart	Lindenberg	Rubinacci
Van der Goes van Naters	Longchambon	Schuijt
Guariglia	Martino, Edoardo	

(8) Ausschuß für Verkehrsfragen

Präsident: Martinelli

Vizepräsidenten: Kapteyn, Starke

Mitglieder:

Battista	Filliol	Poher
Bech	Korthals	Schmidt, Helmut
Braitenberg	Le Hodey	Schmidt, Martin
Carcassonne	Lenz	Simonini
Charpentier	Leverkuehn	Thorn
Coulon	Lichtenauer	Tomè
De Kinder	Motz	Troisi
Drouot-L'Hermine	Müller-Hermann	Vendroux
Engelbrecht-Greve	Oesterle	

(9) Ausschuß für Fragen der Energiewirtschaftspolitik

Präsident: Burgbacher

Vizepräsidenten: De Block, Alric

Mitglieder:

Battista	Hazenbosch	Posthumus
Bech	Leemans	Valsecchi
Bergmann	Lenz	Vanrullen
Estève	Longchambon	N
Galletto	Poher	

**(10) Ausschuß für Fragen der wissenschaftlichen und technischen
Forschung**

Vizepräsident: Ratzel

Mitglieder:

Alric	De Smet	Martino, Gaetano
Bech	Friedensburg	Peyrefitte
Boggiano Pico	Geiger	Posthumus
Braitenberg	Janssen, M. M. A. A.	Vals
Charpentier	Longchambon	
De Block	Margulies	

**(11) Ausschuß für Fragen der Betriebssicherheit, der Arbeitshygiene
und des Gesundheitsschutzes**

Präsident: Bertrand

Vizepräsidenten: Gailly, Cantalupo

Mitglieder:

Angioy	Lenz	Rubinacci
Bergmann	Lichtenauer	Sabatini
Bernasconi	Van der Ploeg	Santero
Fohrmann	Posthumus	Storch
Geiger	Ratzel	

**(12) Ausschuß für Verwaltungsfragen des Europäischen Parlaments
und Haushaltsfragen der Gemeinschaften**

Präsident: Vals

Vizepräsidenten: Margulies, Carcaterra

Mitglieder:

Battaglia	Janssen, M.M.A.A.	Rivierez
Braccesi	Kreyssig	Schild
Burgbacher	Krier	Smets, Dore
Frau De Riemaecker-Legot	Motte	Tomè
Illerhaus	Poher	

**(13) Ausschuß für Rechtsfragen, für die Geschäftsordnung
und Immunitäten**

Präsident: Bohy

Vizepräsident: Coulon

Mitglieder:

Carboni	Granzotto Basso	Metzger
Cavalli	Herr	Frau Probst
Deringer	Janssen, M. M. A. A.	Scheel
Estève	Janssens	Schiratti
Van der Goes van Naters	Krier	Starke

PRÄSIDENTIALAUSSCHUSS⁽¹⁾

Vorsitzender

Der Präsident des Parlaments

Robert Schuman

Mitglieder

Die Vizepräsidenten des Parlaments

Jean Fohrmann

Hans Furler

Emile Vanrullen

Charles Janssens

Emilio Battista

Hellmut Kalbitzer

C. P. Hazenbosch

Edoardo Battaglia

Die Präsidenten der Ausschüsse

Jhr. M. van der Goes van Naters,
amtierender Vorsitzender

Henri Rochereau

André Boutemy

G. M. Nederhorst

Josef Illerhaus

Heinrich Deist

Walter Scheel

Mario Martinelli

Friedrich Burgbacher

Ludwig Ratzel,
amtierender Vorsitzender

Alfred Bertrand

Francis Vals

Georges Bohy

Die Präsidenten der politischen Fraktionen

Alain Poher

René Plevin

Willi Birkelbach

⁽¹⁾ Gemäß Artikel 12 der Geschäftsordnung des Parlaments können die Hohe Behörde, die Europäischen Kommissionen und die Ministerräte auf Einladung des Präsidenten an den Sitzungen teilnehmen.

**IM BERICHTSJAHR AUSGESCHIEDENE MITGLIEDER
DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

J. Berthoin (März 1958 — Januar 1959)
H. Caillavet (März 1958 — Januar 1959)
J. Charlot (März 1958 — Januar 1959)
A. Colin (März 1958 — Januar 1959)
K. Conrad (März 1958 — Februar 1959)
E. Corniglion-Molinier (März 1958 — Januar 1959)
J. Crouzier (März 1958 — Januar 1959)
M. Debré (März 1958 — Januar 1959)
P. Devinat (März 1958 — Januar 1959)
A. Elbrächter (März 1958 — November 1958)
P. de Félice (März 1958 — Januar 1959)
G. Gozard (März 1958 — Januar 1959)
P. Grégoire (März 1958 — Januar 1959)
T. Guglielmone † (März 1958 — Januar 1959)
A. van Kauenbergh (März 1958 — März 1959)
J. Laborbe † (März 1958 — Mai 1958)
G. Laffargue (März 1958 — Juni 1958)
P.-O. Lapie (März 1958 — Januar 1959)
G. Leber (März 1958 — Februar 1959)
F. Loesch (März 1958 — März 1959)
J. Mage (März 1958 — Juni 1958)
N. Margue (März 1958 — März 1959)
M. Maurice-Bokanowski (März 1958 — Januar 1959)
A. Mutter (März 1958 — Januar 1959)
A. Pinay (März 1958 — Januar 1959)
M. Raingeard (März 1958 — Januar 1959)
W. Rip † (März 1958 — Februar 1959)
E. Schaus (März 1958 — März 1959)
F. Tanguy-Prigent (März 1958 — Januar 1959)
P. H. Teitgen (März 1958 — Januar 1959)
J. Thome-Patenôtre (März 1958 — Januar 1959)
P. Warnant (März 1958 — August 1958)
P. Wigny (März 1958 — Juli 1958)

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN IN DER SCHRIFTENREIHE CARDOC:

Sonderausgabe: *Auf dem Weg zu einem einzigen Parlament - Der Einfluss der Gemeinsamen Versammlung der EGKS auf die römischen Verträge*, Luxemburg, März 2007, 231 S., OR: IT, erschienen in allen Sprachen der Gemeinschaft (mit Ausnahme von Irisch)

Schriftenreihe CARDOC, No 1 "Das Europäische Parlament und die Arbeiten des Europäischen Konvents", Luxemburg, September 2007, 159 S., OR: IT, auch in FR und EN erhältlich